

Die Politische Meinung



GEMEINSAM?

Nachdenken über Allgemeinheit

ZUM SCHWERPUNKT Jens Hacke, Die Suche nach dem Allgemeinen; Christine Langenfeld, Über das Politische als Kern des demokratischen Verfassungsstaates; Marion Detjen, Was ist das „Volk“?; Horst Möller, Gesamtgesellschaftliche Verantwortung; Julia Klöckner, Wie den Wohlstand wahren?

INTERVIEW Friedrich Merz über den Realitätsschock des Ukraine-Krieges und die Erneuerung der CDU; Juri Andruchowytch über russische Kriegsverbrechen, die Aufgabe des Schriftstellers im Krieg und die Bedeutung des Euromaidan

KOMMENTIERT Carsten Linnemann, Plädoyer für ein allgemeines Gesellschaftsjahr

KRIEG IN DER UKRAINE Daria Belova, Die Sicht einer russischen Kriegsgegnerin im Exil

BILDSTRECKE Der französische Street-Art-Künstler JR, „INSIDE OUT“



Populist plus Putin. Der Lega-Vorsitzende Matteo Salvini auf dem Roten Platz in Moskau. Quelle: Facebook

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Angriffskriegsbedingt wollen Rechts- wie Linkspopulisten nichts mehr von ihren erschreckend engen Verbindungen zu ihrem Idol, Russlands Wladimir Putin, wissen. Doch wird die peinliche Anlehnung an Putin die Populisten in aller Welt tatsächlich dauerhaft schwächen, wie es etwa der notorisch zukunfts-freudige Francis Fukuyama erwartet? „Dank der mutigen Ukrainer“ verflüchtigt sich der „Blues vom Niedergang der globalen Demokratie“.

Verfrüht ist der Jubel über die neu gefundene Einigkeit in und unter den westlichen Demokratien. Der Preis der Kriegsfolgen und Sanktionen – noch schlägt er nicht vollständig durch – bietet überreichlich brisantes Potenzial für Konflikte und Spaltung. Schon jetzt ließen sich die Franzosen nicht davon abhalten, in großer Zahl die Rechtspopulistin Marine Le Pen und den Altlinken Jean-Luc Mélenchon zu wählen, und das, obwohl diese über Jahre eine Pro-Putin-Linie gefahren hatten. Zusammen erreichten sie im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl weit mehr Stimmen als der spätere Wahlsieger Emmanuel Macron.

Dass vor der Stichwahl Bundeskanzler Olaf Scholz sowie die sozialistischen Ministerpräsidenten von Spanien und Portugal in *Le Monde* implizit zur Wahl des Amtsinhabers aufriefen und die Franzosen ermunterten, ein Frankreich zu wählen, „das unsere gemeinsamen Werte verteidigt“, gehört zu den ungewöhnlichen Details eines Wahlkampfes, in dem nicht allein die Populisten polarisierten und die Wahl als Wahl ohne substantielle Optionen erschien. Gestützt auf ihre überlegene Autorität, wirkten die auswärtigen Regierungschefs auf das Wahlverhalten der europäischen Nachbarn ein und setzten sich noch dazu dem altbekannten Vorwurf aus, dass die politische Mitte erneut nur mit Moralisierung auf den Populismus reagiere.

Der unausgesprochene Wahlauf Ruf verdeutlicht, wie problematisch es ist, etwas Allgemeines wie „unsere gemeinsamen Werte“ für sich in Anspruch zu nehmen. Vermittelt das doch den Anschein, dass die Angesprochenen vernünftigerweise gar nicht anderer Ansicht sein könnten. In dieser Herangehensweise liegt ein entpolitisierendes Moment, auf Dauer sogar eine antipluralistische Gefährdung.

Wer das Politische zurückdrängt, sollte sich über Distanz- und Frustrationsmehrheiten, die – wie kürzlich in NRW – vorerst nur den Wahlen fernbleiben, nicht wundern. Der Verweis auf das Allgemeine vermag ein profiliertes politisches Programm nicht zu ersetzen. Die gerade für Volksparteien so wichtige Bündelung von Interessen geschieht nicht bloß durch Konsens- und Dialogorientierung. Mehr Gemeinsamkeit entsteht – so paradox es erscheint – auch im Streit und Widerstreit.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Gemeinsam? Nachdenken über Allgemeinheit

18 DIE SUCHE NACH DEM ALLGEMEINEN

Jens Hacke

Warum die Demokratie nicht ohne Einsatzbereitschaft der Bürger funktioniert

23 ALLGEMEINHEIT UND DEMOKRATIE

Christine Langenfeld

Über das Politische als Kern des demokratischen Verfassungsstaates

32 WAS IST DAS „VOLK“?

Marion Detjen

Anmerkungen zu einem Kernbegriff im Grundgesetz nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine

38 REPRÄSENTATION DER GEMEINSAMKEITEN

Tobias Montag

Wie Volksparteien Allgemeinheit herstellen

43 INTERVIEW: HIN ZUM WESENTLICHEN

Friedrich Merz über den Realitätsschock des Ukraine-Krieges und die Erneuerung der CDU

51 GESAMTGESELLSCHAFT- LICHE VERANTWORTUNG

Horst Möller

Wie Volksparteien Gegensätze ausgleichen und integrieren

65 WIE DEN WOHLSTAND WAHREN?

Julia Klöckner

Die Soziale Marktwirtschaft braucht neue Entscheidungen

70 KIRCHE FÜR ALLE?

Stephan Schaede

Die neue Fernbeziehung

77 TEILHABE DURCH WISSEN

Carsten Dutt

Über die Unentbehrlichkeit der Allgemeinbildung

87 INDIVIDUUM UND GEMEINSCHAFT

Judith Froese

Paradoxien gegenwärtiger gesellschaftspolitischer Entwicklungen

92 MEHR ODER WENIGER ANERKANNT

Kerstin Vieregge

Zur öffentlichen Sicht auf die Bundeswehr

Gelesen

28 WAS WIR FÜR AUSGEMACHT HALTEN

Ralf Konersmann

Christian Bermes befreit die „Meinung“ aus ihrem Schattendasein und zeigt, wie sie Gemeinsamkeit ermöglicht

82 PARTEIGESCHICHTE UND PARTEIREFORM

Wolfgang Tischner

Zwei Sammelbände zur Geschichte der CDU

Kommentiert

56 DEUTSCHLAND IM KRISENMODUS

Carsten Linnemann

Plädoyer für ein allgemeines Gesellschaftsjahr

96 KALKÜL STATT RESPEKT

Andreas Feser

Stühlerücken im Bundestag

Erinnert

61 LEHRSTUNDE 1982

Michael Mertes

Politik vom Grundsätzlichen her denken

117 DER HEUREKA-MOMENT

Hans-Jörg Dietsche,

Matthias Schäfer

Über die Erfindung der „Sozialen Marktwirtschaft“ vor 75 Jahren

122 „SAINT SCHUMAN“

Rebecca Schröder

Ein Europäer auf dem Weg zur Seligsprechung

Krieg in der Ukraine

100 INTERVIEW: „GLÜCKLICH DAS LAND, WO HELDEN HELDEN SIND“

Der ukrainische Schriftsteller Juri Andruchowytsh über russische Kriegsverbrechen, die Aufgabe des Schriftstellers im Krieg und die Bedeutung des Euromaidan

111 WIR SIND SCHULDIG

Daria Belova

Die Sicht einer russischen Kriegsgegnerin im Exil

Seitenblick

105 DER PUTIN-SCHWINDEL

Norbert Seitz

Die SPD und ihr Spannungsdogma

126 AUS DER STIFTUNG



We the People

Der international gefragte französische Street-Art-Künstler JR, der seine eigene Identität – szenenüblich – hinter einem Kürzel (JR: „Juste Ridicule“) verbirgt, gibt seiner Kunstform ganz neue Dimensionen. Bei seiner globalen Aktion „INSIDE OUT“ beklebt er Mauern, Fassaden, Straßen und Plätze mit überdimensionalen Schwarz-Weiß-Porträts. Seit 2011 haben sich fast 450.000 Menschen in 138 Ländern daran beteiligt. Jeder ist eingeladen, an diesem „The people’s art project“ mitzuwirken (www.insideoutproject.net).

Tapeziert JR, wie er es selbst sieht, einen Spiegel der Gesellschaft in öffentliche Räume? Jedenfalls trägt er dazu bei, dass Menschen, die meist übersehen werden oder sich unbeachtet fühlen, wahrgenommen und Teil von etwas Größerem werden. Allgemeinheit bedeutet hier das Gegenteil von Gesichtlosigkeit und anonymer Masse. Vielmehr bildet sie sich in der Interaktion des Sehens und Gesehen-werdens.

„INSIDE OUT“ dreht um, was und wer wichtig ist. In manchen Ländern, in denen JR aktiv geworden ist, war man zuvor nur an die überdimensionierten Porträts von Potentaten im Stadtbild gewöhnt.

© The Inside Out Project

Gemeinsam?

Nachdenken über Allgemeinheit













Die Suche nach dem Allgemeinen

Warum die Demokratie nicht ohne Einsatzbereitschaft der Bürger funktioniert

JENS HACKE

Geboren 1973 in Bonn, seit 2020
Professur für Vergleichende
Politische Kulturforschung
(Vertretung), Universität der
Bundeswehr München.

In stabilen liberalen Demokratien wirkte die Diskussion über den gesellschaftlichen Zusammenhalt lange Zeit wie ein Luxusproblem. Wenn es den Bürgerinnen und Bürgern gutgeht, scheint die Suche nach gemeinschaftsbildenden Kräften eher gefährlich: Die Beschwörung jedweder kollektiven Identität weckt den Verdacht, andere ausschließen zu wollen; der Appell an Gemeinsinn erscheint ebenso lästig wie überflüssig. Von Opferbereitschaft und Patriotismus zu sprechen, weckt allenfalls unruhige Geister einer dunklen Vergangenheit. Eine oft karikierte liberale Position, dass an alle gedacht ist, wenn jeder an sich denkt, gefällt den Selbstoptimierern und *hominis oeconomici* des neoliberalen Zeitalters.

„Wohlstand für alle“ war schon in Wirtschaftswunderzeiten zur Formel der Erwartung eines stetig steigenden Lebensstandards avanciert, die das zivilisierend-pazifizierende Moment des Konsums mitdachte – ein alter wirtschaftsliberaler Traum. Das Faszinosum der „unsichtbaren Hand“ sorgte für eine Art prästablierter Harmonie, denn die Verfolgung des Eigeninteresses, vermittelt durch Marktkräfte, fügt sich zum Wohle aller. Auch wenn diese Überlegung evidentermaßen nie so ganz aufging, konnte sie doch einige Plausibilität für sich beanspruchen. In der Tat ist der Markt ein erstaunliches Instrument zur Herstellung von Balance und zur Befriedigung der Nachfrage. Die Epoche der Systemkonkurrenz im Kalten Krieg gab dieser Überzeugung Rückenwind. Aber der Markt ist eben ein Instrument, kein natürliches Prinzip. Schon in den 1920er-Jahren hatte John Maynard Keynes das absolute Vertrauen in den Markt als Voodoo-Glauben enttarnt, denn die Kosten eines darwinistischen Wettbewerbs um Innovation und Preise, das Scheitern von Projekten, die damit einhergehende Verschwendung von Ressourcen – diese wenig ökonomischen Faktoren werden im vermeintlich vernunftbasierten Marktmodell kaum erfasst.

DÜNNER FIRNIS DER ZIVILISATION

Zudem wird die Gesellschaft eben nicht nur von rationalisierbaren Bedürfnissen gelenkt: Sie wird ebenso beherrscht von Erwartungen, Hoffnungen und Ängsten, von der Sehnsucht nach Zusammengehörigkeit und dem Wunsch nach individueller Freiheit und Selbstbestimmung. Wir erleben es dieser Tage. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist in seinen Folgen noch kaum abzuschätzen, und die Erfahrung, dass der Firnis der Zivilisation dünn und brüchig ist, wird zur existenziellen Verunsicherung. Überrascht und auch ergriffen erleben wir die patriotische Wehrhaftigkeit der Ukrainer, die verbindende Kraft des Nationalgefühls und des Freiheitsstrebens – die Selbstverständlichkeit, mit der Hunderttausende ihr Leben für die Landesverteidigung aufs Spiel setzen. Tausende haben es bereits verloren. Sprach ein deutscher Politiker in den 1990er-Jahren von der „Nation als Schicksalsgemeinschaft“, setzte er sich dem Verdacht aus, am rechten Rand zu fischen. Für die Ukraine ist diese Feststellung heute lediglich eine objektive Situationsbeschreibung – und erinnert im Übrigen daran, dass Nationalbewusstsein, Freiheitsdrang und Demokratie im 19. Jahrhundert eng verbunden waren. Dass die Ukrainer darüber hinaus nach Europa und in die Europäische Union streben, ist nicht nur Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen geschuldet, sondern belegt den Appeal einer politischen Kultur der Freiheit, die im ehemals sogenannten freien Westen selbst erst wieder in ihren Fundamenten begriffen werden muss.

Der Soziologe Andreas Reckwitz hat uns über die „Gesellschaft der Singularitäten“ aufgeklärt, welcher der Sinn für das Allgemeine zunehmend abhandengekommen ist. Damit pointiert er eine Entwicklung, die in der politischen Theorie schon seit Langem Anlass zu besorgter Reflexion gab – zuletzt im etwas stiefmütterlich rezipierten Kommunitarismus. Wie ist einer zunehmenden Individualisierung zu begegnen? Lässt sich in hochgradig arbeitsteiligen und differenzierten Gesellschaften Gemeinsinn überhaupt noch nachhaltig fördern?

„GRENZEN DER GEMEINSCHAFT“

Das politische Denken der Moderne kreist unaufhörlich um den Antagonismus von Gesellschaft und Gemeinschaft. Ein antitotalitärer Impuls führte mit guten Gründen dazu, die „Grenzen der Gemeinschaft“ (Helmuth Plessner) enger zu ziehen und vor einem ideologisch entflammten Kollektivismus links oder rechts eindringlich zu warnen. Es ist darum kaum verwunderlich, dass demokratische Politik defensiv bleibt, wenn es um gemeinschaftsstiftende Werte und Rhetoriken geht. Bei uns taucht schnell das Gespenst der „Volksgemeinschaft“ auf. In einer postheroischen Gesellschaft werden klassische republikanische Ideale eher befremdet zur Kenntnis genommen – oder sie taugen allenfalls für politische Sonntagsreden. Schon John F. Kennedys Formel „Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann – fragt, was ihr für euer Land tun könnt!“ würde heute vermutlich eher verschrecken als begeistern. Der Republikanismus des sozialdemokratischen Staatsrechtlers Hermann Heller, der zum zehnten Verfassungstag der Weimarer Republik zur Verteidigung der Freiheit aufrief – „wenn es sein muß mit der Waffe in der Hand“ –, zeugt von einem lang abhandengekommenen Geist demokratischer Wehrhaftigkeit.

Dementsprechend gilt in der Politik seit Langem die Maxime, die Bürgerinnen und Bürger in erster Linie vor Zumutungen zu bewahren. Jeder noch so vorsichtig vorgetragene Appell an gemeinsame Verantwortung kann sich als Bumerang erweisen. Angela Merkels „Wir schaffen das“ im Sommer 2015 ist vermutlich der eindrücklichste Beleg dieser Entwicklung. Die Tendenz, mögliche Einschränkungen in sich anbahnenden Krisen sofort mit Geldausschüttungen abzufedern, kann dann fast schon absurde Züge annehmen: Abwrackprämien, Pandemiepauschalen und Tankrabatte befördern die Vollkasko-Mentalität eines Gemeinwesens, dessen Bürgerinnen und Bürgern gar nicht mehr zugetraut wird, einen politischen Sinn zu entwickeln oder zu Einsichten in die Konsequenzen krisenhafter Verläufe zu gelangen. Dabei werden die Kompetenzen und der Einsatzwillen in der Bevölkerung gründlich unterschätzt und Potenziale verschenkt. Dies zeigt die Bereitschaft zur Flüchtlingshilfe 2015, in den Folgejahren und 2022 ebenso wie das weitgehende

Unverständnis gegenüber dem Gießkannenprinzip von Energiegeldern, die von den meisten überhaupt nicht benötigt werden, ja ihnen angesichts des Leids in der Ukraine teils eher fehl am Platz scheinen.

Warum kein Tempolimit, warum keine gemeinschaftlichen Einsparungsanstrengungen fossiler Energieträger? Ein jahrelanges Buhlen um die gesellschaftliche Mitte, in der ja bekanntlich die Wahlen gewonnen und die bei Laune gehalten werden soll, hat den Sinn dafür vernebelt, was die Mehrheit der Bevölkerung zu leisten imstande wäre. Maß, Mitte, Vernunft und Verlässlichkeit werden dann zu Chiffren einer Politik, die Führung umdeutet in Administration und Risikomanagement, das eigentlich immer zu spät kommt und allenfalls auf den Druck der Demoskopie reagiert. Überzeugungsarbeit und das Erklären von Maßnahmen finden nur noch rückwärtsgerichtet statt und verzichten auf jede Gestaltungskraft.

Odo Marquards Maxime „Vernünftig ist, wer den Ausnahmezustand vermeidet“ bleibt eine kluge Leitlinie demokratischer Politik. Aber die Demokratien des Westens sind dazu aufgefordert, die Bedrohungen der Ordnung mitzudenken und Normalitätsgewissheiten nicht einzufrieren. Man sollte es dieser Tage nicht bei Selbstbeichtigungen liberaler Blindheit belassen. Aus Selbstkritik und Fehlerkorrektur ist in der Geschichte des Westens (um Heinrich August Winklers zu Unrecht kritisierte, normativ notwendige Identitätsformel bewusst zu gebrauchen) immer wieder die Fähigkeit zur Erneuerung erwachsen. Der Westen muss und kann erklären, wofür er steht: Freiheit, Menschenrechte, eine Kultur der Toleranz, ja auch der Kampf gegen Armut und Ungleichheit sind keine Sprechblasen, sondern feste Überzeugungen. Sie geben Orientierung bei der Bestimmung des Allgemeinen, das eben über die simplen Sicherheits- und Wohlstandsbedürfnisse des Einzelnen hinausgeht.

PLURALISTISCHE ORDNUNG IST KEIN PERPETUUM MOBILE

In der amerikanischen Debatte haben kritische Liberale wie Richard Rorty oder Mark Lilla die Linke früh dafür gescholten, die soziale Frage und das Allgemeine zugunsten von *identity politics* vernachlässigt zu haben. Es wäre zu billig, die Linke allein für den Verlust gesellschaftlicher Solidaritätsbeziehungen verantwortlich zu machen, denn die Zurückhaltung, neben bürgerlichen Freiheiten auch Pflichten zu thematisieren und über das Alltägliche hinaus Diskussionen über das Gemeinwohl anzustoßen, betrifft die Volksparteien insgesamt. Sie sind eben nicht lediglich die Advokaten einer um ihren Besitzstand besorgten Mitte, sondern sollten Foren bieten, um die Gesellschaft insgesamt gerechter, sozialer und lebenswerter zu gestalten – als Gemeinschaftsanstrengung im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger.

„Never let a good crisis go to waste“, wusste Winston Churchill, und in diesem Sinne bieten auch die derzeitigen Katastrophenszenarien das Potenzial, nachhaltige Lernerfahrungen zu befördern und sich der existenziellen Grundlagen der Freiheit bewusst zu werden, um sie zu schützen und zu kräftigen. Es ist wahr: Das Gemeinwohl kann im Pluralismus der liberalen Gesellschaft als Resultante der verschiedenen Interessengruppen verstanden werden; eine ideologische Monopolisierung seiner Inhalte führt in den Totalitarismus. Jedoch ist die pluralistische Ordnung kein Perpetuum mobile, das auf ideelle Energiezufuhren, Konflikte und alternative Programmatiken verzichten kann. „Das Gemeinwohl kommt nicht von selbst“, formulierte Dolf Sternberger 1961, „sondern man muss es wollen.“ Der Aristoteliker Sternberger scheute sich nicht, vom „allgemeinen Besten“ zu sprechen. „Nur eine moralische Gesinnung“ könne die Institutionen tauglich machen, „das allgemeine Beste zu befördern“. Eine solche Haltung ist von keiner politischen Elite zu erwarten, wenn sie nicht den Mut hat, sich insgesamt auf bürgerliche Tugenden zu stützen. Wie es scheint, sind Sternbergers basale Einsichten alles andere als altmodisch, vielmehr weiterhin aktuell.

Allgemeinheit und Demokratie

Über das Politische als Kern des demokratischen Verfassungsstaates

CHRISTINE LANGENFELD

Geboren 1962 in Luxemburg, Rechtswissenschaftlerin, seit 2000 Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Georg-August-Universität Göttingen, 2008 bis 2016 Mitglied des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration und dessen Vorsitzende von 2012 bis 2016, seit 2016 Richterin im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe.

Wie viel Polarisierung verträgt eine Demokratie, damit sie funktionieren kann? Welches Maß an gemeinsamem Demokratieverständnis ist erforderlich, um unsere Demokratie am Leben und lebendig zu erhalten? Es wird im Folgenden um die Frage gehen, was eine Demokratie bei aller Verschiedenheit der Lebensentwürfe an gemeinsamen Grundüberzeugungen benötigt, welche verbindlichen Regeln für alle im

demokratischen Prozess gelten müssen und welche Grundwerte auch für die Mehrheit unverfügbar sind.

Doch zunächst zum Befund, der der Annäherung an die aufgeworfenen Fragen vorausgehen muss. Dass die Demokratie weltweit, so auch in Deutschland, vor großen Herausforderungen steht, deren Bewältigung alles andere als sicher ist, ist unbestritten. Eines der Kennzeichen dieser Entwicklung ist das Erstarken der extremen politischen Ränder und damit verbunden des Populismus, der in einer Reihe von Staaten, auch in der Europäischen Union, zur Ausbreitung autoritärer Regime geführt hat beziehungsweise dort, wo dies noch nicht der Fall ist, geeignet ist, Entwicklungen in eine Richtung zu befördern, die der Demokratie schaden.

Gesellschaften werden gespalten und einzelne Gruppen gegeneinander ausgespielt. Das Gemeinsame geht verloren. Bezeichnend für diese Entwicklung ist, dass sie sich in demokratischen Bahnen vollzieht: „Im Zentrum dieser Entwicklungen [steht] ein paradoxer Befund, nämlich, dass der Demokratie vor allem von der Demokratie Gefahr zu drohen scheint, weil sie immer häufiger ‚im Namen der Demokratie‘ angegriffen wird. Denn auch wenn [...] die neuen populistischen Führerfiguren vieles infrage stellen – die Demokratie nun gerade nicht. Ganz im Gegenteil: Sie geben vor, in ihrem Namen anzutreten [...].“⁶¹

Dieser Prozess geht einher mit einer immer stärkeren Polarisierung des öffentlichen Diskurses. Politisch Andersdenkende werden nicht mehr als politische Gegner, sondern als Feinde betrachtet, denen weder Respekt noch Anerkennung geschuldet ist. Gestritten wird nicht mehr nur über politische Sachfragen, sondern die Auseinandersetzung setzt tiefer und grundsätzlicher an. In Zweifel gezogen wird die Legitimität der demokratischen Institutionen und des politischen Prozesses selbst, wenn etwa insinuiert wird, dass es bei der Besetzung bestimmter Ämter nicht mit rechten Dingen zugegangen sei, wenn Wahlergebnisse angezweifelt, Urteile unabhängiger Gerichte infrage gestellt werden und so weiter.

Gleichermaßen bewirkt und verstärkt wird die politische Polarisierung durch die Entstehung abgeschotteter und geschlossener Diskursblasen und Wissenswelten, in denen eigene Wahrheiten bis hin zu Verschwörungstheorien propagiert werden und aus denen heraus kontroverse politische Debatten nicht mehr möglich sind. Demgegenüber benötigen funktionierende Demokratien gemeinsame, für alle zugängliche Diskursräume, in denen um politische Lösungen gerungen wird, die am Ende die Akzeptanz auch bei jenen finden, die in der Sache nicht übereinstimmen. Diese gemeinsamen, mit hoher Legitimität ausgestatteten Diskursräume, in denen sich Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe begegnen, gehen immer mehr verloren. Kommunikation verläuft heute hochgradig individuell und vielfach in Paralleluniversen. Zu konstatieren ist ein Bedeutungsverlust der klassischen Intermediäre wie Presse und Rundfunk ebenso wie der politischen Parteien.

Die Themenagenden werden zunehmend im Netz gesetzt; eine Bündelung und kritisch-rationalisierende, auch an Fakten orientierte Einordnung von Interessen und politischen Anliegen, die der Fragmentierung des politischen Diskurses entgegenwirken und Grundlage für die in der Demokratie notwendige Kompromissbildung sind, ist nur noch eingeschränkt möglich, mit allen Folgen für die Akzeptanz der sodann getroffenen politischen Entscheidungen.

KEIN „IMPERATIVES GRUPPENMANDAT“ MÖGLICH

Zentrale gemeinsame Diskursräume und Zentren demokratischer Öffentlichkeit sind die Parlamente. In den Parlamenten werden Bürgerinnen und Bürger als Gleiche repräsentiert. Was Gleichheit in diesem Zusammenhang bedeutet, ist freilich umstritten. Gefordert wird an dieser Stelle, in den Parlamenten die Zusammensetzung der Bevölkerung maßstabsgetreu abzubilden. Die gesellschaftliche Diversität müsse sich in den Parlamenten widerspiegeln. Dem zugrunde liegt ein gruppenbezogenes Repräsentationsverständnis, das danach strebt, Defizite in der Vertretung bestimmter, bislang unterrepräsentierter Gruppen in den Parlamenten zu beheben – ein politisch durchaus berechtigtes und nachvollziehbares Anliegen. Allerdings: So wenig, wie es einen homogenen Volkswillen gibt, so wenig gibt es homogene Gruppeninteressen, die von den Angehörigen einer Gruppe in Reinform vertreten werden könnten und müssten. Abgesehen davon, dass eine solche Sichtweise in der Gefahr steht, den Angehörigen bestimmter Gruppen essenziellistische Formen von Identität zuzuschreiben, und damit eine Homogenität unterstellt, die es in einer pluralen und freien Gesellschaft nicht geben kann, steht es allen Abgeordneten als Trägern beziehungsweise Trägerinnen des freien Mandats zu, diejenige Politik zu vertreten, die sie als richtig erachten. Ein „imperatives Gruppenmandat“ kann es nicht geben.

Für ein parlamentarisches Regierungssystem, das auf die Suche nach Kompromissen in der politischen Auseinandersetzung angelegt ist und in dem am Ende die Mehrheit entscheidet, bedeutete ein gruppenbezogenes Repräsentationsverständnis als Ausdruck einer strikten Diversitätspolitik eine Neuorientierung hin zu einer Form der Einheitsbildung, die sich auf das Finden eines Minimalkonsenses beschränkt, mit dem alle, Mehrheit und Minderheiten, leben können. Das originär Politische – die Auseinandersetzung innerhalb einer politischen Gemeinschaft gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger jenseits von ethnischen, religiösen, sozialen und sonstigen Unterschieden, das Ringen um die besten Lösungen – träte in den Hintergrund. Gerade dieses Politische macht jedoch den Kern des demokratischen Verfassungsstaates aus, der den Rahmen für die Austragung politischer Kontroversen, an der alle Bürgerinnen und Bürger chancengleich teilnehmen können sollten, zur Verfügung stellen muss.

Inwieweit dieses gelingt, hängt nicht zuletzt von der Vitalität der Parteienlandschaft ab. Diese wird am wirksamsten immer noch durch ein System gewährleistet, in dem Volksparteien zusammen mit anderen, kleineren Parteien um die Gunst der Wähler konkurrieren. Denn Parteien sind am ehesten in der Lage, die Voraussetzungen für die Herstellung der Einheit in Verschiedenheit zu schaffen, indem sie unterschiedliche Interessen aufgreifen und programmatisch verarbeiten. Wenn Diversität in einer Weise verstanden wird, die gesellschaftliche Integration in der pluralen Gesellschaft verbindet, kann sie sich als produktiv in der heterogenen Gesellschaft der Moderne erweisen. Nicht institutionalisierte, Identitäten festschreibende Diversitätspolitik ist dann gemeint, sondern die Anerkennung und Ermöglichung grundrechtlicher Freiheit der Individuen in ihrer Verschiedenheit, verbunden mit der Schaffung von gesellschaftlichen Bedingungen möglichst chancengleicher Mitwirkung in Gesellschaft und Politik.

DER „WILLE ZUR VERFASSUNG“

Dafür sind für alle geltende „allgemeine“ Grundregeln des demokratischen Diskurses erforderlich, an die sich jedermann zu halten hat. Dies gilt insbesondere im Zuge der fortschreitenden Pluralisierung von gesellschaftlichen Interessen und individuellen Lebensentwürfen. Der Prozess der Meinungsbildung muss offengehalten werden, aber am Ende muss über Interessenkonflikte – demokratisch, das heißt durch die Mehrheit – verbindlich entschieden werden.² An der Fähigkeit zur gemeinschaftlichen Entscheidung bemisst sich die politische Handlungsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens. In der Offenheit des politischen Prozesses, der im Ergebnis zu bestimmten Mehrheitsentscheidungen führt, zeigt sich auch die Zukunftsfähigkeit des demokratischen Verfassungsstaates. Er ermöglicht den notwendigen Wandel und sichert zugleich die erforderliche Stabilität durch die Beständigkeit der demokratischen Verfahren und seiner Institutionen. Dass dies so bleibt und – um mit Konrad Hesse zu sprechen – die Verfassung ihre normative Kraft bewahrt, hängt von uns allen ab, sowohl von denjenigen, die im Staat als Mandats- und Amtsträger Verantwortung tragen, als auch von der Zivilgesellschaft. Notwendig ist – um noch einmal Konrad Hesse zu zitieren – der „Wille zur Verfassung“, die Bereitschaft, für Demokratie und Rechtsstaat gerade dort aktiv einzutreten, wo die Zustimmung zur rechtsstaatlichen Demokratie verloren gegangen ist oder verloren zu gehen droht.

Grundlage der Vorstellung, dass dies möglich ist, trotz aller krisenhaften Entwicklungen gerade der jüngeren Zeit, ist das dem Pluralismus zugrunde liegende Menschenbild: „Der Pluralismus beruht auf dem optimistischen Vertrauen, dass ein freiheitlicher Staat in der Regel ausreichend stark ist, um heterogenen Kräften zu gestatten, sich frei in Gesellschaft und Staat

zu bewegen. Pluralismus setzt damit vor allem auf Toleranz und Gewaltlosigkeit.“³ Und auf die Fähigkeit zum Kompromiss (gegebenenfalls unter Zurückstellung der eigenen Interessen), möchte man ergänzen. Ein Verständnis von Freiheit, das die eigenen Vorstellungen von Selbstverwirklichung absolut setzt und Einschränkungen nicht mehr gelten lassen möchte, verträgt sich damit nicht. Erforderlich ist vielmehr ein anspruchsvolleres freiheitliches und demokratisches Ethos, ein bürgerschaftliches Interesse am Ganzen, das gepflegt werden muss, freilich nicht erzwungen werden kann.

Gefragt sind hier insbesondere die Bildungsinstitutionen, deren Aufgabe die nachhaltige politische Erziehung zur Demokratie und die Vermittlung des notwendigen Wissens über Grundlagen und Funktionsweise unseres demokratischen Verfassungsstaates ist. Es geht darum, Einigkeit darüber zu erzielen, was die Mitglieder einer hochdifferenzierten Gesellschaft miteinander verbindet. Das hierfür notwendige Fundament ist die Akzeptanz des Grundgesetzes. Allerdings greift dieses Fundament tiefer als der reine Text einer Verfassung, so zentral diese auch ist; es ist Ergebnis und Ausdruck der in einer Gesellschaft über Generationen hinweg gewachsenen und gemeinsamen Erfahrungen, sich durchaus auch wandelnden Einsichten und Überzeugungen, von denen die große Mehrheit einer Gesellschaft glaubt, dass sie gelten sollen.

¹ Philip Manow: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Berlin 2020, S. 17.

² Andreas Voßkuhle: „Hugo Preuß als Vordenker einer Verfassungstheorie des Pluralismus“, in: ders.: Europa, Demokratie, Verfassungsgerichte, Berlin 2021, S. 139 (S. 157 f.).

³ Andreas Voßkuhle, a. a. O., S. 155.

Was wir für ausgemacht halten

Christian Bermes befreit die „Meinung“ aus ihrem Schattendasein und zeigt, wie sie Gemeinsamkeit ermöglicht

RALF KONERSMANN

Geboren 1955 in Düsseldorf, emeritierter Professor für Philosophie, Buchautor und Publizist, 2000 bis 2021 Direktor des Philosophischen Seminars der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Zuletzt erschienen im S. Fischer Verlag: „Die Unruhe der Welt“ (5. Auflage 2015), das „Wörterbuch der Unruhe“ (2017, ausgezeichnet mit dem Tractatus-Preis 2017) sowie „Welt ohne Maß“ (2021).

Christian Bermes: *Meinungskrise und Meinungsbildung. Eine Philosophie der Doxa*, Felix Meiner Verlag, Hamburg 2022, 122 Seiten, 14,90 Euro.

Zu den Erstaunlichkeiten der Alltagskommunikation gehört die Bereitwilligkeit, mit der wir sprachliche Unschärfen hinnehmen und ohne Weiteres durchgehen

lassen. Wir finden nichts dabei, wenn Begriffe wie Wörter verwendet und im Fluss der Rede einfach mitgetragen werden. Das Einfordern von Definitionen hingegen wirkt im Alltagsgespräch eher störend und überdies pedantisch.

Und das zu Recht. Die Streubreite der Wortbedeutungen erspart uns nicht nur die Umständlichkeiten der Wortklaubelei. Sie weckt auch die Verständnisbereitschaft des Gegenübers, das sich, wenn es etwas verstehen will, nicht darauf beschränken kann, einzelne Wörter aufzuschnappen. Verstehen verlangt die Bereitschaft, dem Gedankengang zu folgen. Die Vieldeutigkeit der gesprochenen Sprache hat den guten Sinn, dass Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen miteinander ins Gespräch kommen, aufeinander eingehen und gemeinsam klären können, was sie jeweils meinen.

Womit wir beim Thema wären: bei der Funktion und dem Begriff der *Meinung*. Obwohl alle Welt zu allem und jedem eine Meinung hat, ist das, was all diese Meinungen als solche ausmacht, erstaunlich schwer zu greifen. Meinung – und Meinungsstärke – ist gefragt und sogar gefordert; im gleichen Atemzug jedoch schlägt der Meinung der Einwand entgegen, sie sei bloß subjektiv, lasse beweiskräftige Belege vermissen und bleibe hinter der Aussagekraft der Daten und Zahlen zurück. Meinungen – und zumal, wenn sie als Einzelmeinungen auftreten – gelten als defizitär und sollten, so der verbreitete Konsens, möglichst umgehend „in Wissen transformiert“ werden. Auf Meinungen, so der Verdacht, ist kein Verlass.

Ungeachtet dessen erkennt man leicht, dass auch dieses Verlangen eine Meinung ist – eine Meinung zudem, die auf starken Vorannahmen beruht: auf der als selbst-

verständlich unterstellten Erwartung, dass Meinungen, da sie doch unzulänglich seien, durch Gewissheiten ersetzt werden *könnten* und, ebendarum, auch ersetzt werden *müssten*. Das unbeirrbar voranschreitende, universale und zweifelsbefreite Wissen, so der Tenor dieser Erzählung von der Überwindung des Meinens durch das Wissen, werde die Menschen aus dem Dunkel der Höhle herausführen und sie von ihren Irrtümern, die sich zu Meinungen verdichtet haben, befreien.

STELLUNGNAHME AUF HALBDISTANZ

Christian Bermes, der an der Universität Koblenz-Landau Philosophie lehrt, hat nun ebenso bündige wie aufschlussreiche Überlegungen zu diesem seltsam schillernen Begriff der Meinung angestellt – Überlegungen, die das Bild deutlich differenzieren und, wie nur folgerichtig, verändern.

In sechs Kapiteln, die jedes für sich als Essay bestehen können, zeigt Bermes, was wir, trotz aller Bedenken, die auch er nicht verschweigt, an den Meinungen haben und weshalb es klug wäre, es sich mit ihnen nicht zu leicht zu machen. Das Ergebnis dieser kenntnisreichen Annäherung ist eine „Philosophie der Doxa“ – das griechische Wort *dóxa* steht für „Meinung“, für „Ansicht“ und „Vorstellung“, aber auch für „Wahn“ –, die das Phänomen in der Weitläufigkeit seiner funktionalen Bezüge erfasst. Der Weg, den Bermes bei seiner Erschließungsarbeit einschlägt, führt von einer begriffssprachlichen Bestandsaufnahme über die Sondierung der historischen Einsätze und Zusammenhänge zu einer veritablen „Rehabilitation der Doxa“.

Der erste, aber auch bereits entscheidende Schritt dieser Rehabilitation erfolgt auf der Ebene der Pragmatik. Er besagt, dass die Situation, in der die Menschen leben, ihnen ein konjekturales Weltverhältnis nahelegt. Allenfalls in Ausnahmefällen bewegen sie sich in Lebenslagen, in die sie entweder gänzlich ahnungslos oder als vollumfänglich Informierte hineingegangen sind. In diesem Habitat, das sich zwischen den äußersten Grenzwerten des Nichtwissens und des absoluten Wissens erstreckt, bewährt sich die Vorläufigkeit der Meinung. Meinungen sind das Mittel der Wahl, wenn es gilt, in offenen Situationen zurechtzukommen, angemessen zu handeln und tragfähige, verantwortbare Entscheidungen treffen zu müssen.

Den Schlüssel zu dieser Situierung des Phänomens bietet die Arbeitshypothese der Stellungnahme. Moderne Philosophen haben das Verhalten der Menschen zur Welt als Stellungnahmen beschrieben, das als *Teilhabe*, aber auch in der paradoxen Bindung der *Distanz* konkret wird. Derlei Bezüge bestehen nicht nur gegenüber der Ordnung der Dinge, sondern auch zwischen Menschen, die aufgefordert sind – Bermes zitiert an dieser Stelle Helmut Plessner –, ihr „Mit-, Gegen- und Füreinander“ fortlaufend zu gestalten.

In dieser Lage, die durch eine Vielfalt ständig wechselnder Relationen charakterisiert ist, springen die Meinungen ein. Die Meinung erspart es den Beteiligten, bei ihrer umfassenden „Beziehungsarbeit“ in allen Fällen Eindeutigkeit herstellen oder sich, auf der anderen Seite, generell mit Unverbindlichkeiten zufriedengeben zu müssen. Die immer neu zu wägende Mischung aus Bestimmtheit und Unentschiedenheit, die für das Meinen überhaupt bezeichnend ist, ermöglicht die,

wie Bermes formuliert, über den Moment hinaus lebbare „Stellungnahme auf Halbdistanz“.

MEINEN UND WISSEN

Philosophisch liegt dieser Argumentation die Ansetzung der „Lebensbedeutsamkeit“ allen Verstehens zugrunde, aus der die konkreten Formen des Wissens, einschließlich des Szientismus, einmal hervorgegangen sind. Erneut meldet sich hier eine anthropologische Grundthese: Der Mensch ist das Wesen, das, weil ihm die Instinktsicherheit der Tiere fehlt, lernen und sich zurechtfinden, das Wissen erwerben und speichern muss.

Allerdings, so der prominente Einwand namentlich Edmund Husserls, hat das Wissen auf dem langen Weg in die institutionell verfasste Wissenschaft den Rückhalt in dieser „letzten Ursprünglichkeit“ aus dem Blick verloren und ist, statt sich als deren kritische Fortführung zu konstituieren, zu den Meinungen in Konkurrenz getreten. Es ist nun gerade die aus dieser Absetzbewegung hervorgegangene Hierarchie, die erklärt, weshalb Meinungen sich trotz der Entkräftungsoffensive der rationalen Weltmodelle halten können. Offensichtlich setzen Meinungen anders an. Bei ihnen sind Bedürfnisse aufgehoben und artikulierbar geblieben, an denen die methodisch-disziplinierten Wirklichkeitsbeschreibungen der Wissenschaft bereits mit der Art ihres Zugriffs vorbeigehen.

Die Folgen dieser Spaltung sind heute allenthalben zu besichtigen, etwa in den ebenso verbreiteten wie hilflosen Versuchen, Meinungen durch Fakten zu

kontrollieren und, wie es dann heißt, die ‚Tatsachen sprechen zu lassen‘. Allein das Ansinnen ist schief, weil Meinungen nicht wie Tatsachen sind, sondern, wie Bermes richtig zeigt, das „Wissen von Tatsachen“ betreffen. Meinungen sagen, was von den Tatsachen zu halten ist und was, im nächsten Schritt, aus ihrer Zurkenntnisnahme folgt. Im Gegensatz dazu und anders, als die in letzter Zeit populär gewordenen Faktenchecks suggerieren, verharren Tatsachen in tiefem Schweigen. Fakten helfen, irrige Meinungen zu korrigieren, können die Leistung, die Meinungen erbringen, jedoch keinesfalls ersetzen.

DAS ZERRBILD DER DEMOSKOPIE

Gerade denen, die über die Fakten verfügen, kann die Mühe nicht erspart werden, sich über deren Zurkenntnisnahme hinaus eine Meinung zu bilden. Bereits der Aufklärer Georg Christoph Lichtenberg, der nicht nur ein philosophischer Schriftsteller, sondern auch ein bedeutender Naturwissenschaftler war, hat daraus die Konsequenz gezogen. Lichtenberg hat die Meinung keineswegs verdammt, um sie schnellstmöglich loszuwerden, sondern als Ausdrucksgestalt menschlicher Lebens- und Erlebenswirklichkeit geschätzt, die Rückschlüsse zulässt auf das Wesen, das in dieser Weise ein Bild seiner Welt zu gewinnen hofft: „Die gemeinsten Meinungen und was jedermann für ausgemacht hält, verdienen oft am meisten untersucht zu werden.“

Die Anstrengungen der heutigen Meinungsforschung dürften ihm allerdings eher skurril vorgekommen sein. Zum einen

deshalb, weil die betreffenden Institute nicht, wie sie vorgeben, Meinungen abfragen, sondern Einstellungen, Erwartungen und Gefühlslagen. Zum anderen auch deshalb, weil das, was am Ende als festgestellte ‚Meinung‘ herauskommt, ein vor allem auf Handlichkeit bedachtes, mit Rücksicht auf die Interessen der Auftraggeber entstandenes Resultat ist, dem die lebensweltliche Verwurzelung gleichgültig sein kann. Was von der Meinung bleibt, so Bermes, ist eine Karikatur – ein „Zerrbild“.

Meinungen, so stellt sich heraus, sind Äußerungen, mit denen sich die Betroffenen exponieren – Bermes spricht von „In-Szene-setzen“ –, Äußerungen, mit denen sie hervortreten und sich zeigen, denen aber dennoch etwas Vorläufiges eigenet. Meinungen sind Meinungen im Prozess und können, mögen sie auch im Augenblick ihrer Äußerung unumstößlich erscheinen, wechseln und sich ändern.

Aber gerade darin, dass sie bei aller Wandlungsfähigkeit zugleich verbindlich sind, dass also die Betroffenen ihre Meinung nicht nur *haben*, sondern in gewisser Weise auch *sind*, bleibt am Ende die Frage der Abstandnahme – der Abstandnahme nicht nur gegenüber der Welt, sondern auch gegenüber der Meinung selbst. Meinungen, schrieb Hannah Arendt, lassen „zwischen Menschen etwas Gemeinsames“ entstehen. Offenbar ist es gerade dieses Gemeinsame und das diese Gemeinsamkeit tragende Gespräch, aus dem sich die Chance ergibt, sich von Meinungen auch einmal zu lösen und sie, sind sie einmal entkräftet und unhaltbar geworden, ohne Bedauern aufzugeben.

Was ist das „Volk“?

Anmerkungen zu einem Kernbegriff im Grundgesetz nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine

MARION DETJEN

Geboren 1969 in München, promovierte Historikerin und Publizistin, seit 2016 Dozentin für Migrationsgeschichte, deutsche Geschichte und Globalgeschichte, Leiterin des Program for International Education and Social Change (PIESC), Bard College Berlin.

Die mit dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine beschworene „Zeitenwende“ kann sich nicht darauf beziehen, dass nun wieder Krieg in Europa herrscht: Denn der Krieg in der Ukraine steht in einer langen Kontinuität mit anderen Kriegen des russischen Imperialismus in den letzten dreißig Jahren, zuletzt in Syrien. Die „Zeitenwende“ ergibt dann Sinn, wenn sie das in der deutschen Politik und

Öffentlichkeit wahrzunehmende schockartige Erkennen bezeichnet, dass es eben diese Kontinuität gibt und dass die Feindschaft des russischen Regimes gegen Demokratie- und Freiheitsbewegungen überall, wo es seine imperialen

„Interessen“ berührt wähnt, Deutschland unmittelbar betrifft und für den Fortbestand einer demokratischen und rechtsstaatlichen Bundesrepublik potenziell gefährlich ist. Diese Erkenntnis zwingt uns, lieb gewonnene Anschauungen zu überprüfen und über Begriffe neu nachzudenken. Der Begriff des „Volkes“ im deutschen Grundgesetz (GG) ist einer davon.

Dieser altertümlich wirkende Volksbegriff hat im Grundgesetz eine zentrale Stellung. Laut Präambel ist das deutsche „Volk“ der Akteur, der sich „kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt“ das Grundgesetz gegeben hat, ausgestattet mit einem „Bewusstsein“, nämlich dem seiner „Verantwortung vor Gott und den Menschen“, und „beseelt“ von einem „Willen“, dem „Willen, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Das „Volk“ wird aufgefasst als ein lebendiges Glied, ein Mitglied, Teil eines lebendigen Körpers; es existiert auch vor und außerhalb und jenseits seiner Verfassung. Weiterhin bekennt sich das „Deutsche Volk“ in Artikel 1 Absatz 2 GG zu den Menschenrechten, und in Artikel 20 Absatz 2 GG wird es als Souverän bestimmt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

In eigentümlichem Widerspruch zu der Lebendigkeit und Personenhaftigkeit dieses scheinbar mit Willen, mit Seele, Bewusstsein und Bekenntnisdrang erfüllten „Volkes“ des Grundgesetzes steht das heute von keinem vernünftigen Menschen mehr angezweifelte Wissen, dass das „Volk“ keineswegs ein natürliches Wesen ist: „Das Volk gibt es gar nicht – jedenfalls nicht auf dieselbe Art, auf die es eine Person gibt.“¹ Es ist eine Konstruktion, eine, so Benedict Anderson, „imaginierte Gemeinschaft“.² Nur völkische Rechtsradikale leugnen heute noch diesen Konstruktionscharakter.

DIE LIBERALDEMOKRATISCHE PERSPEKTIVE

Es sind vor allem drei Bedeutungen, die in den Verhandlungen darüber, was das „Volk“ sein soll, unterschieden werden. Aus einer liberaldemokratischen Perspektive liegt es nahe, das „Volk“ nur als *Demos* zu begreifen – als das deutsche Volk der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, das durch freie Wahlen in einem gemeinsamen politischen Prozess die deutsche Staatsgewalt legitimiert. In der staatsgläubigen Variante mag die demokratische Legitimierung für die Legitimität deutscher Staatsgewalt unabdingbar sein, nicht aber für die Legitimität anderer Staatsgewalten. Sie erkennt auch höchst undemokratische Regime im Ausland an, solange diese nur in der „internationalen Staatengemeinschaft“ völkerrechtlich als Repräsentanten souveräner Staaten anerkannt sind. Das „Volk“ des anderen Staates, in den man sich um der Vermeidung von Kriegen willen nicht einmischen darf, ist dann nur im engen Sinne ein „Staatsvolk“, jedenfalls kein Volk der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Ein Verständnis des Volkes als *Ethnos* ist für die liberaldemokratische Perspektive in Deutschland problematisch. Der ethnische Volksbegriff verweist auf eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Geschichte, vor allem in Deutschland, aber auch auf Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Abstammung, die in anderen Kontexten als „race“ bezeichnet werden. Da die Willkür und Machtabhängigkeit der Konstruktion eines kulturellen oder gar biologischen *Ethnos* offensichtlich ist und der Ethnonationalismus „immer wieder zu Massenmord und Vertreibung geführt hat“, gilt der ethnische Volksbegriff in Deutschland als weithin diskreditiert. Auch die dritte Bedeutung von „Volk“, die es in einen Gegensatz zu den Eliten bringt, also im Sinne von „das einfache Volk“ (lateinisch *populus*), ist durch die populistische Verwendung für die liberaldemokratische Perspektive inakzeptabel.

Dennoch stellt sich auch für diejenigen, die den ethnischen und populistischen Volksbegriff mit Misstrauen sehen, die Frage, ob und wie der *Demos* selbst, in Zeiten eines Krisengefühls, das gerade die Wirksamkeit und Gerechtigkeit der formalisierten Verfahren und Prozesse der Demokratie anzweifelt, vor den Ethnonationalisten und Populisten geschützt werden kann. Zur „Zeitenwende“ gehört, dass wir plötzlich wahrnehmen, wie in der Ukraine ein nicht nur demokratischer, sondern auch ethnischer und populistischer Volksbegriff für einen Freiheitskampf eingesetzt wird und den totalitären russischen Imperialismus bislang aufhalten kann. Zur „Zeitenwende“ gehört auch, dass uns mit den Präsidentschaftswahlen in Frankreich vor Augen geführt wurde, wie gefährlich der französische *Demos* dem französischen *Ethnos* und *Populus* geworden ist. Ohne die Dysfunktionalitäten und die Korruptiertheit des demokratischen Systems wären die Nationalisten, Chauvinisten und Putin-Freunde nicht so mächtig.

DER ZUSAMMENHANG VON „ETHNOS“ UND „DEMOS“

Das Grundgesetz hat mit seinem Volksbegriff das Verhältnis zwischen *Demos*, *Ethnos* und *Populus* klug austariert. Das „Volk“ ist und bleibt der *Demos*, der durch Wahlen allein staatliches Handeln legitimiert. Das demokratisch legitimierte staatliche Handeln umfasst auch die staatlichen Entscheidungen darüber, wer neu eingebürgert, also in den *Demos* aufgenommen wird. Auch dadurch bekommt der *Demos* in der Art und Weise, wie er zusammengesetzt ist, eine Geschichte. Das deutsche „Volk“ wird über seine Eigenschaft als demokratisch verfasste politische Gemeinschaft hinaus zur Abstammungsnation. Diese Abstammungsnation sollte man nicht mit Rassismus verwechseln, auch wenn sie sich sehr oft rassistisch verhält. Sie geht zurück auf die Reichseinigung 1871: Das deutsche „Volk“ wurde dort, im Zuge langer, natürlich machtpolitisch gesteuerter Nationsbildungsprozesse, in seinen „Stämmen“

zusammengefügt (den „Altstämmen“ Bayern, Schwaben, Franken et cetera und den „Neustämmen“, die mit der deutschen Ostbesiedelung hinzukamen – natürlich allesamt Konstruktionen, aber deshalb nicht weniger wirkungsvoll). Auch die „deutschen Juden“ wurden quasi als eigener Stamm gedacht, oder – bei Theodor Mommsen – als ein „fermentierendes Element“, das der „Legierung“ der deutschen Stämme erst ihre richtige Qualität gegeben habe, sich jetzt aber einfügen und auf lange Sicht seine jüdische Sonderidentität ablegen müsse.³ Ohne Zweifel eine antisemitische Denkfigur, auch wenn sie von einem leidenschaftlichen Bekämpfer des zeitgenössischen Antisemitismus eines Heinrich von Treitschke vorgetragen wurde.

Wesentlich für den Zusammenhang von *Ethnos* und *Demos* war, dass die Konstitution dieses deutschen Volkes durch die Annahme einer Reichsverfassung als ein politischer Akt verstanden wurde. Die Stammesangehörigen waren gleichzeitig auch wahlberechtigte Bürger (Frauen ausgenommen), und es gab Parlamente und Bürgerrechte, auch wenn die Legitimität des deutschen Kaisers und der Fürstenregierungen in den Ländern weiterhin auf dem Gottesgnadentum fußte. Und wer immer neu eingebürgert wurde – von den Länderregierungen, denn die deutsche Staatsangehörigkeit stellte sich bis 1913 über die Angehörigkeit zu einem der Länder her –, wurde unwiderruflich Teil der deutschen Abstammungsgemeinschaft, mit seinen Kindern und Kindeskindern, in der Theorie ganz unabhängig von Religion, Hautfarbe und Herkunft.

VERPFLICHTUNG AUF DIE DEMOKRATIE

Mit diesem Denken in Stämmen und Abstammung brach der eigentümliche Rassismus der Nationalsozialisten – durch Ausbürgerung der Juden ebenso wie der politisch Missliebigen und durch Zwangseinbürgerung von Volksgruppen, die bisher der Staatsangehörigkeit nach nicht deutsch gewesen waren, aber nun der „germanischen Rasse“ zugeschlagen wurden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges etablierte das Grundgesetz die deutsche Abstammungsnation erneut und verpflichtete sie auf die Demokratie. Die Zwangsausgebürgerten und ihre Nachkommen erhielten ein bis heute wirksames Recht des Wiedereintritts in die deutsche Staatsnation. Und für die Zwangseingebürgerten, denen nach 1945 Staatenlosigkeit drohte, wurde ebenfalls Verantwortung übernommen: Sie erhielten als „Volksdeutsche“ auch das Recht auf einen deutschen Pass. Die Alliierten gaben den Rahmen und die demokratisch-menschenrechtlichen Prinzipien vor, aber wie der Volksbegriff ausgefüllt wurde, war spezifisch deutsch, die deutschen staatsrechtlichen Traditionen vor 1933 an die neuen Gegebenheiten adaptierend.

Nun ist allerdings, und das im Ansatz seit 1871, die Veränderung der Zusammensetzung des „Volkes“ durch Zuwanderungen und Einbürgerungen

von bisher Nicht-Deutschen durch die Konstituierung des deutschen Volkes als *Demos* mit einer Hypothek belastet. Die Regierungen müssen bei den Entscheidungen über Einbürgerungen auf den *Ethnos* des *Demos* Rücksicht nehmen, und hier kommt auch der *Populus* ins Spiel. Der *Populus*, als der resentmentgeladene Pöbel, kann hervorragend gegen Einwanderung instrumentalisiert werden. Mit populistischer Politik können Fragen der Einwanderung und Erweiterung des Staatsvolks daran geknüpft werden, was die schlechtesten Teile des *Demos* angeblich als mit seinem *Ethnos* vereinbar aushalten oder nicht aushalten. Und an dieser Stelle schlägt der ethnische Volksbegriff in Rassismus um. Das „Volk“ darf nicht mit zu viel „Fremdheit“ überfordert werden. Selbst wenn die politischen Akteure ehrlich denken, dass das mit der Fremdheit halb so wild ist, sind sie hilflos und erpressbar gegenüber jeder Kraft, die anderes behauptet, denn der *Populus* muss mitgenommen werden. So ist das Schielen zum rechten Rand in den Volksbegriff des Grundgesetzes eingebaut.

TRANSNATIONAL VERZAHNTES GEMEINWOHL

Bis jetzt ist es in Deutschland gelungen, das Gleichgewicht zwischen *Demos*, *Ethnos* und *Populus* so zu halten, dass wirklich antidemokratische, illiberale, autoritäre Parteien noch nicht in die Nähe einer Regierungsübernahme gerückt sind. Aber die alle Grenzen überschreitenden, sich um keine Doktrinen der Staatstheorie kümmernden, von Imperialismen und zügellosem Ausbeutungskapitalismus geschürten Konflikte werden weiterhin zu- und nicht abnehmen. Gerade, weil *Demos*, *Ethnos* und *Populus* so eng aufeinander bezogen sind, mit der Gefahr der Zerstörung der Demokratie *durch* die Demokratie, scheint mir ein Schritt unumgänglich: die Lösung des Begriffs des Gemeinwohls vom Begriff des „Volkes“. Das Gemeinwohl muss notwendig transnational gedacht werden, genauso wie die Bedrohungen für das Gemeinwohl transnational sind, damit das „Deutsche Volk“ seine in der Präambel des Grundgesetzes deklarierte „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ und seinen „Willen, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, wahrnehmen kann. Wenn Russland die Ukraine angreift, geht das uns Deutsche unmittelbar an.

Aber gerade *dass* und *wie* die Ukraine jetzt angegriffen wird, zeigt, dass auch die Angriffe auf Syrien, die Angriffe auf Georgien, die Angriffe auf Tschetschenien sowie der Verrat an Afghanistan et cetera uns Deutsche unmittelbar hätten angehen sollen. Hätten wir die Afghaninnen und Afghanen nicht so feige im Stich gelassen, sähe sich der russische Imperialismus jetzt möglicherweise nicht ermutigt, sich nach Westen auszudehnen. Unsere Sicherheit wird auch am Hindukusch aufs Spiel gesetzt, wenn wir nicht begreifen, dass in einer globalisierten Welt das Gemeinwohl der Afghaninnen

und Afghanen und das Gemeinwohl des „Deutschen Volkes“ engstens miteinander verzahnt sind.

Ein zweiter Schritt wäre es, darüber nachzudenken, wie die von Deutschen praktizierte zivilgesellschaftliche transnationale Solidarität, die sich nicht nur jetzt bei den Ukraine-Flüchtlingen zeigt, auch in der Konstitution und den Konstruktionen des „Deutschen Volkes“ besser berücksichtigt werden könnte. Was es im 21. Jahrhundert eigentlich heißt, „dem Frieden der Welt zu dienen“, und eben auch der Freiheit der anderen, die für den Frieden Voraussetzung ist, wäre im Grundgesetz neu auszubuchstabieren. Die neuen Partnerschaften zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren, die bei der „Flüchtlingshilfe“ sichtbar werden, könnten ein Ausgangspunkt dafür sein.

Sich nur darauf zu verlassen, dass ein Verständnis des „Deutschen Volkes“ als *Demos* ausreichen wird, um die Gefahren für unsere Demokratie abzuwenden, ist falsch. Wir müssen uns auch um den *Ethnos* und um den *Populus* kümmern. Dass Nation und Ethnizität nicht an und für sich gute oder schlechte Konzepte sind, sondern eigentlich neutral und es allein davon abhängt, wie sie semantisch und politisch gefüllt werden, gehört in der postkolonialen Theorie seit Stuart Halls bahnbrechenden Vorlesungen zum Grundwissen.⁴ An diese Imperialismus-kritischen Diskurse müsste sich die Weiterentwicklung unseres Begriffs vom „Deutschen Volk“ anschließen. Das „Volk“ ist, was wir aus ihm machen.

¹ Floris Biskamp: Volk, Hintergrundinfo zum ABDELKRATIE-Video „Volk“, 06.06.2020, www.bpb.de/themen/politisches-system/abdelkratie/311088/volk/ [letzter Zugriff: 11.04.2022].

² Benedict Anderson: *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, Verso Books, London / New York 1983.

³ Theodor Mommsen: *Auch ein Wort über unser Judentum*, Weidmannsche Buchhandlung, Berlin 1880.

⁴ Stuart Hall: *The Fateful Triangle. Race, Ethnicity, Nation, The W.E.B. Du Bois Lectures at Harvard University in April 1994*, hrsg. von Kobena Mercer, Harvard University Press, Cambridge (Mass.) 2017.

Repräsentation der Gemeinsamkeiten

Wie Volksparteien Allgemeinheit herstellen

TOBIAS MONTAG

Geboren 1981 in Erfurt, Referent Parteien und Beteiligung, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Volksparteien zeichnen sich durch den Anspruch aus, die Gesellschaft in ihrer Breite zu repräsentieren und für die Mehrheit zu sprechen. Abnehmende Parteibindungen in einer sich pluralisierenden Gesellschaft, schwache

Wahlergebnisse, die Fragmentierung des Parteiensystems aufgrund von Parteienneugründungen und des Einzugs weiterer Parteien in die Parlamente einerseits, das Schrumpfen der Anzahl der Parteimitglieder, die Überalterung sowie die Tendenz zu einer immer homogeneren Parteimitgliedschaft andererseits sind keine guten Bedingungen für die Bewahrung dieses Selbstverständnisses. Bereits 2008 hat der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte davor gewarnt,

dass die „Konsensmaschine Volkspartei“ aufgrund der rudimentären Verankerung in der Gesellschaft an Kraft verlieren könne.¹ Sämtliche Parteien in Deutschland bemühen sich folglich, den Mitgliederverfall zu stoppen, die innerparteiliche Vielfalt zu erhöhen, sich zu verjüngen und Verengungen auf bestimmte Wählergruppen aufzubrechen. Dabei fällt auf, dass die beiden Volksparteien CDU beziehungsweise CSU und SPD im Vergleich zu den Grünen und den Liberalen den Modernisierungsprozessen teilweise hinterherlaufen.

Einer der Gründe dafür könnte bereits im Volksparteienanspruch selbst angelegt sein. Die oft beschworene „Krise der Volksparteien“ fällt mit dem Erstarken eines Repräsentationsverständnisses zusammen, das mit der Praxis der Integration verschiedener Gruppen, Interessen und Positionen in den Volksparteien wenig zu tun hat. Gemeint ist damit die Vorstellung, dass bestimmte Gruppen nur von Personen repräsentiert werden könnten, die über die entsprechenden gruppenkonstitutiven Eigenschaften verfügen. Fehlen diese, wird den Repräsentanten jeglicher Vertretungsanspruch aberkannt.² Repräsentativ wären Institutionen demnach nur, wenn sie sich aus Personen zusammensetzten, die die Gesellschaft in ihrer Vielfalt statistisch exakt abbildeten. Unserer Verfassungsordnung ist diese Vorstellung fremd. Artikel 38 Absatz 1 Grundgesetz bezeichnet die Abgeordneten des Bundestages als Vertreter des *ganzen* Volkes. Gruppenspezifischen Vertretungsansprüchen wird damit eine Absage erteilt. Auch bei der Idee der Volkspartei, die die breite Gesellschaft repräsentiert, schwingt dieses im Grundgesetz verankerte Verständnis mit. Die alte Vorstellung von der gesellschaftsumfassenden Volkspartei passt damit scheinbar nicht zum – in den Begrifflichkeiten von Andreas Reckwitz – „singularisierten“ Repräsentationsverständnis unserer Tage. Ist die Idee der Volkspartei nur noch ein normativer Anspruch?

UMGANG MIT DEM REPRÄSENTATIONSDEFIZIT

Nicht ganz. Es gibt Vorschläge, wie die Volksparteien diesen Anspruch „beleben“ könnten, sowie typische Reaktionsmuster auf die zunehmende gesellschaftliche Pluralisierung. Um die „Konsensmaschine“ am Laufen zu halten, versuchten die Volksparteien, mit immer allgemeineren politischen Aussagen und Positionen das Verbindende der sich vervielfältigenden Gesellschaft herzustellen. Gut zu erkennen ist das nach wie vor an unleserlichen Wahlprogrammen und der Kritik am substanzlosen „Politikersprech“. Über Jahre trug dieser Ansatz zu Wahlerfolgen bei, zeitigte jedoch auch negative Auswirkungen: Die Volksparteien gingen nicht gestärkt hervor, sondern punkteten mit Personalisierungseffekten ihres Spitzenpersonals, das – anstatt der Parteien – zum Abbild der Allgemeinheit wurde. In dieser Situation schlug sich die Vielfalt der Gesellschaft in einer Fragmentierung des Parteiensystems nieder. Nicht

die Volkspartei spiegelte die gesellschaftliche Entwicklung wider, sondern die Vervielfältigung der Parteien. Mit dem alten Volksparteienanspruch ist das nicht vereinbar.

Kaum verwunderlich, dass folglich ein Repräsentationsverständnis Auftrieb erhielt, das eine stärkere Abbildung der Gesellschaft innerhalb der Volksparteien einfordert und damit dem „singularisierten“ Denken entgegenkommt. Das Bemühen, die Alterskohorten der Gesellschaft in den Parteien widerzuspiegeln oder den Frauenanteil zu erhöhen, könnte Ausdruck dieses veränderten Verständnisses sein. Bisher ist es allerdings keiner deutschen Partei gelungen, eine statistische Repräsentativität ihrer Mitgliedschaft herzustellen. Ein weiterer Versuch in diese Richtung besteht im Erproben von Bürgerbeteiligungsverfahren: Sie sollen die Rückkoppelung zur Gesellschaft verbessern und von „außen“ Impulse setzen. Da diese Verfahren oft selbst hochgradig selektiv sind, verfehlen sie in der Regel eine Breitenwirksamkeit und sind nicht repräsentativ. Ansätze, die einem statistischen Repräsentationsverständnis als Antwort auf die „singularisierte Gesellschaft“ besser zu entsprechen suchen, waren bisher also nicht sonderlich erfolgreich.

Ein anderer Vorschlag zielt darauf ab, die „Allgemeinheit“ der Volksparteien zu erhalten, indem man sie gewissermaßen zu einer Plattform für das Widerstreiten gesellschaftlicher Gruppen und Positionen macht. Ihre Aufgabe bestünde dann im Sichtbarmachen politischer Alternativen. Diese Form der „konfliktiven Repräsentation“³ würde allerdings nur funktionieren, wenn die Volksparteien gleichsam als Moderatoren von Konflikten aufträten. Ob die Wähler das goutieren, ist fraglich. Interessant an dieser Idee ist jedoch, dass sie das alte Volksparteienverständnis von der breiten Repräsentation der Gesellschaft wiederbelebt – nicht durch das Aufzeigen des kleinsten gemeinsamen Nenners, sondern des großen Ganzen in seiner Widersprüchlichkeit.

VERHARREN IM „MEHRHEITSGEFÄNGNIS“?

Bereits diese wenigen Ansätze verdeutlichen, dass der mit dem Volksparteienkonzept verbundene Anspruch, die Breite der Gesellschaft zu repräsentieren und Politik für alle zu machen, oberflächlich ist. Die Praxis sieht anders aus. Die Volksparteien repräsentieren die Gesellschaft eben gerade *nicht*, indem sie diese gewissermaßen statistisch exakt in ihrer eigenen Organisation widerspiegeln. Im Gegenteil: Sie verleihen Gruppen, Interessen und politischen Positionen ein überproportionales Gewicht. Diese nichtrepräsentative Steuerung des innerparteilichen Willensbildungsprozesses mag auf den ersten Blick irritieren. Bei genauerem Hinsehen wird aber deutlich, dass sich auf diese Weise Innovationen und Erneuerungsprozesse Bahn brechen können, die sonst in einem festgefügtten Mehrheitsgefängnis verharren würden. Erst das Zusammenspiel von innerparteilicher und staatlicher Willensbildung in

Form von formalisierten, mehrheitsbasierten Abstimmungen und Wahlen führt zur Herstellung von Allgemeinheit in den Volksparteien und stellt zudem eine Rückkopplungs- und Verantwortungsschleife her.

Die Funktionsweise disproportionaler Repräsentation lässt sich gut anhand der Jugendorganisationen der Parteien verdeutlichen. In allen deutschen Parteien sind die jüngeren Mitglieder im Verhältnis zur Gesellschaft unterrepräsentiert. Dies gilt nicht nur für die CDU, in der die unter Dreißigjährigen noch nicht einmal sechs Prozent der Gesamtmitgliedschaft ausmachen, sondern auch für die vermeintlich „jugendlichen“ Grünen und die FDP mit jeweils rund achtzehn Prozent an jungen Mitgliedern.⁴ Junge Parteimitglieder sind folglich in einer numerischen Minderheitenposition. Das gilt letztlich auch für das Verhältnis innerhalb der Gesamtgesellschaft, die zunehmend von älteren Menschen dominiert wird. Dennoch ist die Stellung junger Menschen über die Jugendverbände im Gefüge der Parteien abgesichert. Die Parteien räumen ihnen sogar mehr Einfluss ein, als ihnen eigentlich numerisch zusteht.

„KONFLIKTIVE REPRÄSENTATION“

Die Junge Union beispielsweise hat Mitglieder, die nicht zwingend über ein Parteibuch der CDU verfügen. Dennoch entsendet die Jugendorganisation Vertreter in die Bundesvorstände – sofern diese Parteimitglieder sind –, in Bundesfachausschüsse und auf Parteitage. Dort haben die Repräsentanten der Jugendvereinigungen die gleichen Rede-, Stimm- und Antragsrechte wie jene Delegierten, die ausschließlich von Parteimitgliedern nominiert worden sind. Die Jungen Liberalen wiederum agieren auf den Bundesparteitagen der FDP faktisch wie ein herausgehobener Landesverband, denn in der Geschäftsordnung ist abgesichert, dass ihre Vertreter im Bundesvorstand in der Rednerliste „hochrutschen“. Die Anliegen der Jugendvereinigungen werden damit privilegiert.

Der oft kritisierte Formalismus sichert also unterrepräsentierten Gruppen in Parteien ein überproportionales Gewicht. Hinzu kommt, dass die Jugendvereinigungen die bereits erwähnte Technik der „konfliktiven Repräsentation“ anwenden. Anstatt Integration durch Konsens bedeutet das – zugespitzt formuliert – Integration durch das Ausleben von Streit innerhalb der Parteien. Genau das praktizieren die Jugendorganisationen. Alle Jugendvereinigungen sehen ihre Rolle darin, ihre jeweiligen „Mutterparteien“ anzutreiben, sie gewissermaßen wachzurütteln, indem sie diese mit unbequemen Forderungen konfrontieren. Dass dies auch nicht auf Sachfragen beschränkt sein muss, bewies insbesondere die Junge Union, die mit einer Mitgliederbefragung im Herbst 2020 Druck auf die Union aufbaute, um Friedrich Merz als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2021 zu nominieren.

Auch die Jusos trieben unter Kevin Kühnert die eigene Partei vor sich her. Mit dem Wahlerfolg der SPD zogen zahlreiche Jungsozialisten in den Bundestag ein und trugen damit durchaus zu einer Senkung des Altersdurchschnitts der Abgeordneten bei.⁵ Diese Beispiele belegen, dass sich das strukturelle Übergewicht junger Menschen in der Partei über den Weg der Jugendorganisationen in Macht ummünzen lässt.

Die Parteien können demnach – so das Fazit – relativ gelassen der Forderung entgegensetzen, sie sollten ihre Modernisierungsbemühungen auf eine stärkere Abbildung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in ihrer Organisation richten. Sie haben erprobte Strukturen und Verfahren entwickelt, die in der Lage sind, pluralen Akteuren selbst dann eine Stimme zu verleihen, wenn diese in den Parteien numerisch nur wenig Gewicht aufweisen. Das setzt allerdings voraus, dass das Verständnis und der Respekt vor formalen Prozessen, die genau dies absichern, auch künftig vermittelt werden. Solange Begriffe wie Parteiproporz oder Parteisatzung als Belastung für und nicht als Ermöglichung von Engagement verstanden werden, können die Volksparteien ihre Stärke als Motor des Gemeinwohls nicht ausspielen. Angetrieben wird die „Konsensmaschine“ letztlich von der freigesetzten kreativen Energie aus den in demokratischen Mehrheitsverfahren umgeformten Gruppeninteressen.

¹ Karl-Rudolf Korte: „Die Konsensmaschine stottert“, in: Die Zeit, 16.10.2008.

² Vgl. Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Suhrkamp Verlag, Berlin 2017; David Budde: Formen der Repräsentation und ihre Legitimation. Die voraussetzungsreiche Anerkennung von Repräsentanten in der Politik, Working Paper, Center for Political Theory & History, Freie Universität Berlin, 2013.

³ Markus Linden/Winfried Thaa: „Die Krise der Repräsentation – gibt es Auswege?“, in: dies. (Hrsg.): Krise und Reform politischer Repräsentation, Nomos Verlag, Baden-Baden 2011, S. 310–312.

⁴ Oskar Niedermayer: „Parteimitgliedschaften im Jahr 2020“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 52. Jg., Nr. 2/2021, S. 376.

⁵ Vgl. Deutscher Bundestag: Der Bundestag wird weiblicher und jünger. Mitteilung vom 29.09.2021, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw39-wahlstatistik-863722 [letzter Zugriff: 18.02.2022].

Hin zum Wesentlichen

Über den Realitätsschock des Ukraine-Krieges und die Erneuerung der CDU

FRIEDRICH MERZ

Geboren 1955 in Brilon, Jurist, seit 2022 Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Zu Beginn von Putins Krieg gegen die Ukraine haben Sie von einem „Realitätsschock“ gesprochen. Von welchen Illusionen müssen sich die nationale und internationale Politik verabschieden?

Friedrich Merz: Den Begriff „Realitätsschock“ habe ich verwendet, weil viele damals sagten, wir seien am 24. Februar 2022 „in einer anderen Welt aufgewacht“. Dem

habe ich entgegengehalten, dass die Welt, in der wir an diesem Tag aufgewacht sind, lange vorher schon so war, wir dies aber nicht wahrhaben wollten.

Der 24. Februar war insofern eine Begegnung mit der Wirklichkeit. Spätestens seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Einmarsch in die Ostukraine hätten uns diese Realitäten klar sein müssen. Heute wissen wir es besser: Putin führt einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine. Und mit dieser neuen Realität müssen wir uns auseinandersetzen. Es ist in der Tat eine Zeitenwende – vermutlich eine viel weitreichendere, als wir es uns heute vorstellen können.



Foto: © picture alliance / SZ Photo | Metodi Popow

Inwieweit stellt sich die Bundesregierung dieser Realität?

Friedrich Merz: Meine Beobachtung ist, dass große Teile der Bundesregierung sehr wohl versuchen, sich ihr zu stellen. Der Realität am nächsten scheinen mir die Grünen zu sein. Aber bei der SPD bemerke ich eine große Zögerlichkeit, die zwei Ursachen hat: Zum einen gibt es eine über Jahrzehnte gewachsene Sehnsucht nach „Frieden ohne Waffen“ – in einer Partei, die sich immer auch als pazifistisch verstanden hat. Diese Haltung wird zum anderen oft genug überlagert von einem geradezu naiven Russlandverständnis bis hin zu persönlichen und wirtschaftlichen Verstrickungen in einem großen SPD-Russland-Netzwerk. Altbundeskanzler Gerhard Schröder ist das sichtbarste Bei-

spiel, aber er ist nur einer von vielen. Dieses Russland-Netzwerk reicht viel tiefer in die SPD hinein und hat bis heute großen Einfluss. Die SPD wird bis zu einer echten Aufarbeitung dieser Verstrickungen noch einen sehr langen Weg gehen müssen.

Der Kanzler und im Gefolge die SPD-Fraktion haben sich – am Ende doch noch – zur Lieferung schwerer Waffen durchgerungen. Ist das eine Zeitenwende in Zeitlupe?

Friedrich Merz: Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung am 27. Februar den Begriff „Zeitenwende“ verwendet. Aber wenn man sich mit dem Abstand von einigen Monaten fragt, was denn „Zeitenwende“ für die Bundesregierung konkret heißt, dann bleibt im Grunde nur ein

sogenanntes „Sondervermögen“ für die Bundeswehr, mit anderen Worten: 100 Milliarden Euro neuer Schulden. Abgesehen von den Bemühungen um die Ersatzbeschaffung von Energieleistungen bleiben alle anderen Ausgaben dieser Bundesregierung weiterhin so geplant wie vor dem Krieg.

Erwarten Sie, dass die Schockwellen des Krieges auch jenseits der Waffenlieferungen die Stabilität der Bundesregierung beeinträchtigen?

Friedrich Merz: Es zeigt sich unter anderem an der extremen Dünnhäutigkeit der Regierung, die in den letzten Tagen dazu übergegangen ist, jede Kritik an ihr als staatspolitisch unverantwortlich darzustellen. Mit anderen Worten: Nur wer dem zustimmt, was die Bundesregierung vorschlägt, verhält sich staatspolitisch angemessen, alles andere ist „Parteipolitik“. Diese Argumentationsmethode verbindet sich folgerichtig mit einer immer heftiger werdenden Kritik an der Opposition.

Dabei ist schon heute absehbar, dass zum Beispiel die Haushaltsentwicklung eines der großen Probleme dieser Bundesregierung werden wird. So stehen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes an, die sehr teuer für den Bundeshaushalt werden könnten – etwa über den Solidaritätszuschlag. Auch unsere Klage gegen die aus unserer Sicht verfassungswidrige Übertragung von sechzig Milliarden Euro Corona-Hilfen in einen sogenannten Klima- und Transformationsfonds wird demnächst verhandelt. Insgesamt gibt es große Haushaltsrisiken, die ausgerechnet von einem FDP-Finanzminister verantwortet werden, der damit bereits sichtbar seiner eigenen Klientel

schadet. Stolperfallen gibt es reihenweise, aber meist stürzen Regierungen über Themen, von denen man im Voraus gar nichts ahnt.

Am heutigen Tag gab es einen gemeinsamen Antrag im Bundestag über die Lieferung auch schwerer Waffen. Trotz dieser Zusammenarbeit mit den Regierungsfractionen ist nicht ausgemacht, dass die Union der Grundgesetzänderung für das Sondervermögen zustimmen wird. Warum ist das so, wenn Ihnen die Ausstattung der Bundeswehr so besonders wichtig ist?

Friedrich Merz: Der Antrag im Deutschen Bundestag war nötig geworden, weil die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler in den letzten Wochen zu Waffenlieferungen an die Ukraine nie klar Position bezogen haben. Vor allem aus den Reihen der Koalition hat es dafür Kritik gehagelt, bis hin zum Vorwurf des politischen Hütchenspiels. Daher haben wir uns in der Unionsfraktion entschlossen, einen entsprechenden Bundestagsantrag zu formulieren. Erst als dieser Antrag fertiggestellt war, haben sich die Regierungsfractionen zu einem eigenen und schließlich mit uns zusammen zu einem Antrag bereitgefunden. Wenn wir die Debatte nicht begonnen hätten, hätte sie gar nicht stattgefunden und der gemeinsame Entschließungsantrag wäre auch nicht zustande gekommen.

Aber das war eine mehr prozedurale Entscheidung. Die sachlich-inhaltliche Entscheidung steht noch aus: die Errichtung des Sondervermögens, gegebenenfalls durch eine Grundgesetzänderung. Bei der Aussprache über den Bundeshaushalt haben wir dem Bundeskanzler eine

Liste von sechs Punkten vorgelegt, die aus unserer Sicht erfüllt sein sollten. Der zentrale Punkt ist, dass das Geld wirklich der Bundeswehr mit einer Kontrolle durch das Parlament zufließen muss und nicht anderen Zwecken zugeordnet wird. Wir wollen auch die Zusage des Bundeskanzlers eingehalten sehen, dass „ab sofort jährlich mehr als zwei Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes in die Bundeswehr investiert werden“. Dann muss das Beschaffungswesen der Bundeswehr verändert werden. Auch fordern wir einen Tilgungsplan, der sicherstellt, dass das Geld, das aufgenommen wird, zurückgezahlt wird. Die Bundesregierung kennt diese Punkte, und darüber müssen wir verhandeln. Ein Ergebnis ist noch ziemlich weit entfernt.

Welche Konsequenzen hat die extrem zugespitzte Bedrohungslage für die Rolle der Union als Oppositionspartei, vor allem aber für den Erneuerungsprozess der CDU?

Friedrich Merz: Die gesamte Diskussion wird aktuell durch den Krieg in der Ukraine bestimmt. Trotzdem bemühen wir uns, die CDU inhaltlich-strategisch wieder so zu positionieren, dass sie in Deutschland strukturell mehrheitsfähig bleibt. In einer Grundsatz- und Programmkommission arbeitet die Partei an den Themen, auch in Abstimmung mit der CSU. Anfang Mai haben wir mit der CSU in einer gemeinsamen Präsidiumssitzung einen erweiterten Sicherheitsbegriff definiert und Schlussfolgerungen gezogen, wie umfassende Sicherheit für die Bevölkerung aussehen kann.

Wir wollen damit auch zu den Kernkompetenzen der Union zurück: innere Sicherheit, wirtschafts- und finanzpoliti-

sche Solidität, Außen- und Sicherheitspolitik – diese Bereiche waren immer entscheidend für das Profil der Union. Ohne Zweifel kommen heute andere Themen hinzu, vor allem die Fragen des Klimawandels, die wir mit marktwirtschaftlichen Instrumenten beantworten wollen. Und natürlich müssen wir auch auf gesellschaftliche Änderungen reagieren und neue Antworten geben.

Sie haben bemängelt, dass sich manche in der Union weiterhin „im Regierungsmodus“ bewegen. Was stört Sie daran?

Friedrich Merz: Nach sechzehn Jahren Regierungsverantwortung fällt der Übergang von einer Regierungsfraktion zu einer Oppositionsfraktion sicherlich nicht leicht. Immer wieder heißt es bei uns noch: „Wir müssen!“ Darauf antworte ich meist: „Wir müssen gar nichts mehr, wir sind jetzt in der Opposition.“ Neben der Kritik an der Regierung geht es aber auch um eigene Positionen. Die erarbeiten wir jetzt wieder selbst und ohne Regierungsapparat im Hintergrund.

Nicht ohne Genugtuung haben Sie festgestellt, dass es an der Spitze der CDU noch nie eine so fundamentale Veränderung gegeben habe. Warum war sie notwendig? Und mit welchen inhaltlichen Impulsen sind diese „neuen Köpfe“ verbunden?

Friedrich Merz: Der Befund ist richtig: Wir hatten nach einer Vorstandswahl noch nie so viele „neue Köpfe“ im Präsidium und im Bundesvorstand. Der Anteil von Frauen im engsten Führungskreis der Partei hat sich deutlich erhöht, und trotz

eines etwas älteren Vorsitzenden ist dieses Präsidium im Durchschnitt knapp fünf Jahre jünger geworden. Für sich genommen ist das aber noch kein Erfolg, sondern eine Voraussetzung dafür, dass wir wieder Themen besetzen und Themen mit Personen verbinden. Ich möchte, dass sich die Union nicht nur in einer Person wiederfindet, sondern dass es eine Reihe von Köpfen gibt, von denen unsere Themen authentisch vertreten werden.

Welchen Stellenwert messen Sie dem Problem fehlender Basisnähe bei?

Friedrich Merz: Unsere Basis ist insgesamt zu schmal geworden. Wir haben nominal 400.000 Mitglieder, von denen allerdings nur ein kleiner Anteil wirklich aktiv sein dürfte. Damit verbindet sich ein erhebliches Nachwuchsproblem. Der Mangel an Frauen trifft die Partei nicht allein an der Spitze bei der Besetzung von Führungspositionen, sondern wir haben insgesamt viel zu wenig Frauen in der politischen Arbeit der Partei, vor allem auch auf kommunaler Ebene.

Auch aus diesem Grund habe ich vorgeschlagen, mit Christina Stumpp eine Stellvertretende Generalsekretärin zu berufen, die das Thema vordringlich bearbeiten soll und ein Kommunalbüro einrichten wird. Aus der Bundespartei heraus soll sie daran mitwirken, den unmittelbaren Zugang zur Basis – in den Städten, Gemeinden und in den Ortsverbänden – zu unterstützen, damit sich die Partei wieder breiter aufstellt.

Sie haben den Zustand von zu wenig Frauen in der CDU als „gehöriges Defizit“ beklagt. Wie wollen Sie in dieser Frage vorgehen? Ergebnisse der Struk-

tur- und Satzungskommission liegen bereits vor.

Friedrich Merz: Seit längerer Zeit steht eine Entscheidung über die Struktur und Satzung der Partei aus. Dazu gibt es Vorschläge aus der Kommission, die aktuell auch in einigen Details überarbeitet werden müssen, auch weil die Beschlussfassung ursprünglich vor drei Jahren erfolgen sollte.

Die Entscheidung muss auf einem Präsenzparteitag getroffen werden; der nächste findet im September statt. Ich lege Wert darauf, dass wir dann über die Struktur- und Satzungsfragen entscheiden und sie nicht noch einmal verschieben. Das wird dann auch eine Entscheidung darüber sein, wie wir die Mitarbeit von Frauen in der Partei verbessern wollen.

Sie sagen: „Das Prinzip der Volkspartei ist nicht tot“ – gegen manche Evidenz von Wahlergebnissen und Expertenstimmen. Was lässt Sie so optimistisch sein?

Friedrich Merz: Mich macht optimistisch, dass das Parteiensystem in Deutschland immer noch stabiler ist als in fast allen westlichen Demokratien, sogar unter Einschluss der USA. Mich stimmt auch optimistisch, dass die CDU bei den meisten Wahlen wieder stabile Ergebnisse erzielt. Ein großer Teil der Wählerinnen und Wähler scheint verstanden zu haben, dass eine weitere Ausdifferenzierung des Parteiensystems nicht unbedingt zu besseren politischen Lösungen führt.

Volksparteien sind Parteien, von denen sich mehr als fünfzig Prozent der Wählerinnen und Wähler vorstellen können, sie unter bestimmten Umständen zu

wählen. Diese Zahl trifft immer noch zu: Rund fünfzig Prozent der Wählerinnen und Wähler könnten sich vorstellen, die Union zu wählen! Alle diese Wähler werden wir nicht erreichen, absolute Mehrheiten werden die Ausnahme bleiben. Aber die Union könnte deutlich über dreißig, ich meine sogar an die vierzig Prozent herankommen, wenn sie diese breite Wählerschaft als Volkspartei wieder durch Personen und Themen abbildet.

Was ist der gesamtgesellschaftliche Auftrag von Volksparteien?

Friedrich Merz: Ich bin unverändert der Überzeugung, dass aus den christlich-sozialen, wirtschaftsliberalen und wertkonservativen Wurzeln ein – um im Bild zu bleiben – starker und gesunder Baum wachsen kann. Das setzt voraus, dass wir unsere Wurzeln, also das, was uns ausmacht, heute in einem breiteren gesellschaftspolitischen Kontext attraktiv halten und auf dieser Grundlage eine breite Wählerschaft an uns binden.

Das können wir schaffen, wenn wir gleichzeitig auf Fragen wie etwa des Klimawandels Antworten geben. In der Breite der Partei ist dieses Thema sehr spät auf ein ernsthaftes Interesse gestoßen. Aber jetzt verfolgen wir es mit einem eigenen Ansatz, indem wir die Probleme mit marktwirtschaftlichen Instrumenten lösen und nicht mit staatlichen Eingriffen und Regulierungen. Diese Herangehensweise gründet auf zutiefst christlich-demokratischen Überzeugungen. Das Beispiel zeigt, dass sich die Herausforderungen unserer Zeit durchaus mit den Instrumenten beantworten lassen, die wir in der CDU weit früher entwickelt haben.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel sagt, Polarisierung und Moralisierung seien die wichtigsten Gefährdungen der Demokratie. Manche sehen die Volksparteien als Kollateralschaden dieser Tendenzen. Eigentlich warte ich darauf, dass jemand einmal sagt, sie seien im Gegenteil die Antwort darauf.

Friedrich Merz: Nicht Polarisierung und Moralisierung sind aus meiner Sicht die größten Gefährdungen für die Demokratie, sondern Unklarheit, undifferenzierte Antworten und auch das Bemühen, alles möglichst lange im Unklaren zu lassen. Politik besteht aus mehr als nur der Beschreibung dessen, was ohnehin passiert. Ich bin auch nicht der Meinung, dass Politik dem Zeitgeist nur nachlaufen sollte, sondern sie müsste beanspruchen, ihn auch zu prägen. Das setzt Streitbereitschaft im besten demokratischen Sinne voraus – für uns als Oppositionspartei vor allem mit der Regierung, ohne dabei die Brücken einzureißen.

Sie beteuern, dass es mit Ihnen keine „Achsenverschiebung“ in der CDU geben wird. Was ist Ihr Verständnis von Mitte?

Friedrich Merz: Der Begriff der politischen Mitte ist in den letzten Jahren zu einer Floskel geworden und kein sich selbst erklärender Begriff mehr. Vielmehr sollten wir wieder mehr über das eigene Koordinatensystem sprechen und uns von anderen klar abgrenzen, vor allem gegen ganz rechts und ganz links. Wir sind eine Partei, die die Breite der Gesellschaft anspricht und mitten in der Gesellschaft ihren Platz hat. Der Begriff „Die Mitte“ steht mir ein bisschen zu verloren im Raum.

Die aufglimmende Debatte um das „C“ im Parteinamen haben Sie mit einem Interview beendet. Was bedeutet Ihnen die christliche Orientierung?

Friedrich Merz: Jeder hat zunächst einmal eine eigene Beziehung zum Glauben. Für die Politik einer christlich-demokratischen Partei ist es nicht erforderlich, dass alle katholisch oder evangelisch sind. Aber sehr wohl ist für uns entscheidend, dass wir alle unserem christlichen Bild vom Menschen als einzigartigem Individuum folgen. Wir geben auf dieser Welt auch immer nur vorletzte Antworten, nie die letzten. Das bewahrt uns vor Absolutheitsansprüchen und stellt unsere Antworten immer unter einen höheren Vorbehalt. Und das lässt uns in der Politik mutig und demütig zugleich sein.

Das klingt eher demütig als mutig, was vielleicht zur gegenwärtigen Situation der Kirchen passt. Daher eine konkretere Nachfrage: Welche Impulse erhoffen Sie sich vom christlichen Denken für die Partei?

Friedrich Merz: Ich mache es ganz konkret. Das Thema, das mich in meinem politischen Denken seit Langem am meisten beschäftigt hat, ist die Frage, wie wir auf der Grundlage der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik in der Lage sind, Produktivvermögen auf viele Schultern zu verteilen. Wie lassen sich Menschen, die im klassischen Sinne keine Unternehmer sind, an der Produktiventwicklung unserer Volkswirtschaft beteiligen? Das ist für mich das letzte nicht eingelöste Versprechen unserer Sozialpolitik, und in der Antwort liegt ja auch ein wesentlicher Teil der Lösung des

Problems für den Vermögensaufbau und die Altersversorgung der jungen Generation.

Die CDU hat den Anschluss zu jungen Menschen verloren, jedenfalls mehr als andere Parteien. Welche inhaltlichen Angebote haben Sie im Sinn, um das zu ändern? Nicht weniger als einen „neuen Generationenvertrag“ halten Sie für nötig.

Friedrich Merz: Ich bin in der Tat der Meinung, dass wir über einen neuen Generationenvertrag sprechen müssen. Das ist übrigens ein Grund, warum wir beim Sondervermögen für die Bundeswehr Bedingungen stellen. Wir dürfen der jungen Generation von morgen nicht die Lasten unserer Verteidigung von heute aufbürden.

Deshalb fordern wir, dass dem Sondervermögen ein Tilgungsplan beigefügt wird. An dieser Stelle begegnen sich Wirklichkeit und Grundüberzeugung: Aus unserem Denken heraus ergibt sich, dass wir die politischen Aufgaben wirklich treuhänderisch für die Zukunft der jungen Generation lösen müssen. Wenn wir es gut machen, dann sind wir auch in der Umwelt- und Klimapolitik sehr viel weiter als heute. Dann sind wir aber auch in der Finanz- oder Bildungspolitik und in vielen anderen Bereichen konzeptionell weiter als heute.

Die aktuellen Krisen erfordern einen starken Staat. Nur könnte man auch einen überforderten Staat und eine immer größere Abhängigkeit der Bürgerinnen und Bürger von staatlichen Leistungen und Interventionen fürchten.

Friedrich Merz: Auch die CDU ist leider immer wieder der Versuchung erlegen, paternalistisch zu denken und zu handeln. Dabei ist Eigenverantwortung die zentrale Voraussetzung für Freiheit. Wer Eigenverantwortung vernachlässigt, reduziert am Ende auch die individuelle Freiheit. Diesen Zusammenhang wiederherzustellen und besser zu erläutern, kann auch dazu führen, dass man sich mit einem neuen Freiheitsgefühl den Zukunftsfragen zuwendet.

Die Eigentumsbildung nimmt in unserem Grundsatz- und Programmprozess daher einen besonderen Platz ein. An erster Stelle, sozusagen vor der Klammer, stehen die Werte und das Fundament der CDU. Es folgen die verschiedenen Themen, aber diese sind wiederum stark von unserem freiheitlichen Denken geprägt, für das das Eigentum von großer Bedeutung ist. Wir sind eine Gesellschaft des Privateigentums und der persönlichen Verantwortung. Und deswegen hat Eigentumsbildung, sei es als Wohneigentum, sei es zur Sicherung der Altersversorgung, die kapitalgedeckt oder teilweise kapitalgedeckt ist, auch etwas mit unserem Freiheitsbegriff zu tun.

Die lange vergessene Frage der Eigentumsbildung braucht also einen Neuanfang?

Friedrich Merz: Ja, aber in einigen Bereichen brauchen wir überhaupt erst einmal wieder einen Anfang. Vor zwanzig Jahren gab es die „Herzog-Kommission“ und einen sehr erfolgreichen Parteitag 2003 in Leipzig. Dort war nicht der steuerpolitische Teil des Parteitags der wichtigere Teil, sondern die sozialpolitischen Themen standen im Vordergrund. Wir haben uns damals mit der Modernisierung der Arbeitswelt auseinandergesetzt und sind im Ergebnis dazu gekommen, dass wir Teile der sozialen Sicherungssysteme vom sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis lösen sollten. An diese Ideen, nicht unbedingt an die Ergebnisse, müssen wir anknüpfen.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 28. April 2022.

Gesamtgesellschaftliche Verantwortung

—
Wie Volksparteien Gegensätze ausgleichen und integrieren

HORST MÖLLER

Geboren 1943 in Breslau, 1992 bis 2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, 1996 bis 2011 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Für die Gründung der CDU und der CSU 1945 war der Unionsgedanke konstitutiv. Er bezog sich primär auf die Repräsentation christlicher Konfessionen, nachdem die Zentrumsparterie im Bismarck-Reich und in der Weimarer Republik eine ausschließlich katholische Partei gewesen war. Bereits in den 1920er-Jahren beurteilten Konrad Adenauer und Adam Stegerwald diese

konfessionelle Begrenzung als problematisch. Als Präsident des 62. Deutschen Katholikentages erklärte Adenauer am 28. August 1922: „Wir müssen beim Kampfe für die Geltung der christlichen Grundsätze in den öffentlichen Dingen bei den Nichtkatholiken Bundesgenossen suchen“, wir „müssen mit Bestrebungen Gleichgesinnter im evangelischen Lager Hand in Hand gehen und suchen, uns gegenseitig zu unterstützen und zu fördern.“

Die konfessionelle Beschränkung wurzelte in der Minderheitenposition der Katholiken sowie ihrer Benachteiligung im protestantisch dominierten Hohenzollernreich und begrenzte ihren Einfluss außerdem regional: Wie alle Weimarer Parteien besaß die Zentrumspartei Hochburgen, während sie in anderen Provinzen und Städten eine Splittergruppe blieb. Erst die Verwirklichung des Unionsgedankens nach 1945 bewirkte eine bundesweite Präsenz der beiden christlichen Parteien CDU und CSU. Einen wesentlichen Sammlungsaspekt übernahmen sie indes von ihren Weimarer Vorgängerinnen: Schon Zentrum und Bayerische Volkspartei waren im Unterschied zu den meisten zeitgenössischen Konkurrenten weder partikulare Interessen- noch Klassenparteien. Vielmehr vertraten diese beiden katholischen Parteien unterschiedliche soziale Schichten – von den Unternehmern bis zu den Angestellten und Arbeitern, von den Landwirten bis zu den Landarbeitern. Und sie repräsentierten auch die katholischen Frauen, wie der damalige Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Johannes Schauff, in wegweisenden Wahlanalysen bereits 1929 gezeigt hat. Wäre nicht die konfessionelle Beschränkung gewesen, wäre das Zentrum die gesellschaftliche Integrationspartei par excellence gewesen.

In der Weimarer Republik gab es neben der Zentrumspartei nur eine weitere, eher protestantische klassenübergreifende Volkspartei, die Deutschnationalen, doch war sie antidemokratisch. Erst in der Auflösungsphase der Demokratie mit katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen erreichte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) mit ihrer nationalistisch-rassistischen Integrationsideologie der „Volksgemeinschaft“ – die Minderheiten ausschloss – eine bis dahin ungeahnte Massenmobilisierung. Voraussetzung für ihre Wahlerfolge war nicht allein die extreme Notlage des größten Teils der Bevölkerung, sondern es waren auch Defizite der demokratischen Parteien, die als Vertreter jeweils begrenzter Interessenpolitik wahrgenommen wurden, aber die gesamtgesellschaftliche, die nationale Verantwortung nicht erfüllen würden. Wenn demokratische Parteien gesamtgesellschaftliche Erwartungen nicht erfüllen, wenn ihnen die Integration auf der Basis der für die große Mehrheit maßgeblichen Wertorientierungen nicht gelingt, liegt darin – zumal in schweren Krisen – ein Einfallstor für extremistische Demagogie.

NIEDERGANG DOMINIERENDER PARTEIEN IN EUROPA

Nach 1945 konnten CDU und CSU als christlich-wertorientierte konfessionelle, regionale und soziale Sammlungsparteien zu den erfolgreichsten demokratischen Volksparteien der neueren deutschen Geschichte werden. Ist der Rückblick auf eine große Erfolgsgeschichte bloße Nostalgie nach der seit zwanzig Jahren andauernden und bis zum Wahldebakel von 2021 fortschreitenden Erosion dieser jahrzehntlang erfolgreichen Sammlung? Handelt es

sich um unwiederbringliche, also überholte Rezepte politischen Erfolgs, oder lässt sich etwas aus diesem Aufstieg und Niedergang lernen?

Die Verluste an Mitgliedern und Wählern beschränken sich nicht auf die Unionsparteien; vielmehr treffen sie in vergleichbarem Maße die SPD, die sich von einer Klassenpartei noch der 1950er-Jahre ebenfalls zur großen Volkspartei entwickelt hatte und bei zwei Bundestagswahlen, 1972 und 2021, (wenn auch äußerst knapp) vor der Union lag. Die „Willy-Wahl“ 1972 war sowohl eine Persönlichkeitswahl Willy Brandts als auch eine Programmwahl – von beidem kann für die SPD von 2021 nicht einmal bei freundlichster Betrachtung die Rede sein. Und tatsächlich haben 2021 – trotz gegenteiligen Medienechos – Union und SPD die Wahl verloren. Illusionen über das Debakel könnten den Niedergang beschleunigen. So sind in mehreren Staaten, beispielsweise in Frankreich und Italien, binnen kürzester Zeit durch programmatische Fehler und mediokres Personalangebot jahrzehntlang dominierende große Parteien von der politischen Bühne verschwunden.

Als eine der Ursachen dieser Misserfolge der Unionsparteien und der SPD wurde schon bei früheren Wahlen die sich beschleunigende Auflösung der sozialkulturellen Stammwählermilieus diagnostiziert. Diese Entwicklung ist unbestreitbar, doch nicht zwangsläufig: Zwar hatten die Unionsparteien nach 1945 das optimale Sammlungskonzept, doch keineswegs automatisch Mehrheiten. Vielmehr mussten sie erst errungen werden – durch klare Zielvorgaben und starke Persönlichkeiten, die trotz scharfer politischer Auseinandersetzungen – oder auch durch sie – integrieren konnten, also die strukturelle Sammlung durch konkrete Politik personifizierten.

PARTIKULARISIERUNG DER POLITIK

Die nachlassende Attraktivität der Union wird unter anderem mit der fortschreitenden Säkularisierung der Gesellschaft erklärt und deshalb sogar ein Verzicht auf das Adjektiv „christlich“ diskutiert. Sicher haben es Parteien einer im Prinzip christlichen Wertorientierung in einer Gesellschaft schwerer, in der nur noch knapp die Hälfte der Bevölkerung einer Kirche angehört. Doch auch dieses Argument gilt nur begrenzt: In den neuen Bundesländern haben trotz der zur DDR-Zeit erheblich gesunkenen Zahl von Kirchenmitgliedern überzeugende Persönlichkeiten mit klarer politischer Zielrichtung und Wertorientierung, wie die Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf und Bernhard Vogel, absolute Mehrheiten erreicht und, wie Wolfgang Böhmer, große Erfolge errungen. Auf eine die Gesellschaft integrierende Wertorientierung kann keinesfalls verzichtet werden, und schon Franz Josef Strauß zog in Bezug auf den Säkularisierungstrend die Schlussfolgerung: Die CSU müsse offen auch für diejenigen sein, die zwar keiner Kirche angehörten, sich aber dem christlichen Wertekanon verpflichtet fühlten.

Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems war bis 1983 durch zunehmende Konzentration auf schließlich drei in den Bundestag gelangende Parteien charakterisiert. Aber während CDU/CSU, SPD und FDP Parteien mit einem breiten programmatischen Spektrum waren, zog mit den Grünen 1983 eine Partei in den Bundestag ein, die sich zunächst gar nicht als Partei verstand. Sie war eine (pazifistische) Protestbewegung, die vor allem aus der Anti-Atomkraft-Bewegung hervorging (und zunächst keineswegs eine Priorität des Umweltschutzes forderte).

Eine solche, auf ein zentrales Ziel gerichtete Partikularisierung der Politik hatte es in den ersten Jahren der Bundesrepublik beispielsweise beim Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) gegeben. In der Weimarer Republik bestanden mehrere spezifische Interessengruppen im Parlament, beispielsweise die Wirtschaftspartei und die Haus- und Grundbesitzer-Partei. Und schließlich saßen vierzehn Parteien im Weimarer Reichstag, was zur Destabilisierung der Demokratie erheblich beitrug, während die Konzentration auf wenige Bundestagsfraktionen in der frühen Bundesrepublik zu den wesentlichen Ursachen ihrer schnellen Stabilisierung zählte.

In den letzten Jahrzehnten ist hingegen eine zunehmende gesellschaftliche Pluralisierung zu beobachten, die das Parteiensystem verändert hat. Heute sitzen sechs Fraktionen – darunter zwei von Parteien, die zumindest der Tendenz nach systemwidrige Ziele verfolgen – in einem quantitativ aufgeblähten Bundestag, was die Integrationsaufgabe des Parlaments erschwert.

ENTPOLITISIERUNG DES ÖFFENTLICHEN DISKURSES

Auch die traditionellen demokratischen Parteien reagieren auf eine Partikularisierungs- und Individualisierungstendenz innerhalb der Gesellschaft, die durch Fernsehen und soziale Medien verstärkt wird. Fernsehmoderatoren halten selbst in Nachrichtensendungen Kurzinterviews für eine repräsentative Veranschaulichung gesellschaftlicher Befindlichkeiten. Ein erheblicher Teil der Fernsehsendungen im letzten Bundestagswahlkampf führte zufällig ausgewählte Wähler vor, die den Spitzenkandidaten ihre persönlichen Probleme präsentierten.

Die entscheidenden Fragen spielten in den Wahlsendungen dagegen kaum eine Rolle, weder die ins Gigantische steigende Staatsverschuldung noch die Finanz- und Wirtschaftspolitik insgesamt noch die Außen- und Europapolitik noch die Verteidigungspolitik. Wie fatal diese langfristige Entwicklung war, zeigte sich, als der Ukraine-Krieg seit Februar 2022 die deutsche Politik aus dem Schlummer jahrzehntelanger Versäumnisse und Illusionen riss, die durch Umfragen und mediale Verstärkung ständig genährt wurden. SPD und Grüne wehrten sich vehement gegen eine realitätsorientierte Verteidigungspolitik, und die Unionsparteien gaben entweder nach oder machten mit.

Auch heute scheinen viele Bürger und Politiker nicht zu begreifen, dass eine üppige Sozialpolitik (einschließlich zukunftssicherer Renten) nur auf der Basis einer florierenden Wirtschaft und einer dauerhaft soliden Finanzpolitik möglich ist. Kurzsichtige, einzelne Sozialgruppen befriedigende kostspielige „Geschenke“, wie sie der Bundesarbeitsminister seit Jahren in immer kürzeren Abständen verkündet, mögen die Betroffenen erfreuen, gefährden aber eine nachhaltige Sozialpolitik und liegen vor allem haushaltspolitisch nicht im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Und auch auf diesem Feld, der wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenz, lag ursprünglich ein Markenkern der Union (wie auch bei der FDP). Laut Umfragen traut ein Großteil der Wähler den Unionsparteien diese Kompetenz, die seit Ludwig Erhard zu ihrem Erfolg beigetragen hat, nicht mehr zu.

Die ständige Forderung nach „sozialer Gleichheit“ ist in einer liberalen Demokratie, die unterschiedliche individuelle Aufgaben, Leistungen und Entfaltungen garantieren muss, eine utopische Vorstellung. Eine prinzipiell heterogene demokratische Gesellschaft benötigt legitime Interessenvertretungen; die parlamentarische Entscheidungsbildung kann solche Gegensätze nicht aufheben, doch muss der Bundestag sie ausgleichen und integrieren. Demokratische Sammlungsparteien mit sozialer Breitenwirkung bieten dafür die besten Voraussetzungen, weil sie permanent den innerparteilichen Ausgleich erreichen müssen.

Diese zentrale Daueraufgabe kann nicht aus individualistischer, kleingruppenspezifischer Perspektive erfolgen, sondern muss von gesamtgesellschaftlichem Interesse, von nationalen Prioritäten im europäischen Kontext erfolgen. Infolgedessen müssen Parteien, wenn sie sich nicht marginalisieren wollen, in den Politikfeldern von Wirtschaft, Finanzen, Verteidigung, Außen- und Sicherheitspolitik eine wertorientierte, klare politische Position vertreten, nicht aber als Sprachrohr lautstarker Minderheiten agieren oder – statt eigene Ziele zu formulieren – den Demoskopen hinterherlaufen. Keine der großen Persönlichkeiten der Union von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Franz Josef Strauß bis zu Helmut Kohl – um nur diese zu nennen – hat den kleinsten gemeinsamen Nenner gesucht, sondern in harten Auseinandersetzungen zentrale Ziele durchgesetzt und durch Erfolge schließlich wesentlich zur Integration der Gesellschaft beigetragen. Und das gilt nicht minder für Liberale wie Walter Scheel, Otto Graf Lambsdorff und Hans-Dietrich Genscher oder die drei sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder. Die unverbindliche Beliebigkeit, mit der ein buchstäblich nichtssagender Kandidat ins Kanzleramt getragen wurde, dürfte kaum nachhaltig sein. Angesichts der drohenden Wirtschafts- und Finanzkrise könnte die Attraktivität der ehemals großen Parteien weiter schwinden, wenn sie die Gründe ihres Niedergangs nicht erkennen.

Deutschland im Krisenmodus

Plädoyer für ein allgemeines Gesellschaftsjahr

CARSTEN LINNEMANN

Geboren 1977 in Paderborn, seit 2009 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, seit 2013 Mitglied des CDU-Bundesvorstands, seit 2022 stellvertretender Bundesvorsitzender.

Die Corona-Pandemie und die Flüchtlingswelle von 2015 haben unsere Gesellschaft tief gespalten. Die Jahrhundertflut im vergangenen Jahr hat uns fassungslos gemacht, der Angriffskrieg auf die Ukraine erschüttert bis ins Mark.

Kaum jemand hätte noch zum Jahreswechsel ein kriegerisches Szenario auf europäischem Boden für möglich gehalten. Das millionenfache Leid der ukrainischen Bevölkerung ist schwer zu ertragen. Und das alles findet direkt vor unserer Haustür statt. Das konfrontiert gnadenlos mit uns selbst: Wie verhalten wir uns dazu? Welche Risiken sind wir bereit, einzugehen? Welchen Preis sind wir bereit, für unsere Werte zu zahlen?

Seit Jahren befindet sich Deutschland im Krisenmodus. Das Vorhersehbare ist

zunehmend das Unvorhersehbare geworden. Sowohl gesellschaftliche als auch – damit verbunden – individuelle Krisen nehmen nachweislich zu. Krisen führen dazu, dass Ängste wachsen, dass sich viele Menschen ohnmächtig fühlen und sich in ihre eigene Gedankenwelt zurückziehen.

Mit Krisen einher geht ein weiteres Phänomen: Je größer unsere Angst, desto ablehnender stehen sich Sichtweisen gegenüber; der Austausch von Argumenten wird lästig, sicher fühlt man sich nur noch unter Gleichgesinnten. Das ist menschlich – und zugleich ist es Gift für die Demokratie. Denn Demokratie lebt gerade durch Toleranz, ja sogar durch das bewusste Kultivieren von Heterogenität.

Oft erinnere ich mich – gerade seit dem vergangenen Jahr – an meine persönlichen Erfahrungen während der Oderflut 1997. Damals absolvierte ich meinen Wehrdienst, als der Ruf nach Unterstützung kam. Gemeinsam mit Kameraden machten wir uns auf den Weg ins Katastrophengebiet. Tage- und nächtelang wuchteten wir Sandsäcke. Ich weiß noch, wie kräftezehrend diese Tätigkeit war. Aber ich weiß auch, dass die gemeinsame Anstrengung etwas im positiven Sinne mit uns machte. Kameraden aus allen Ecken Deutschlands und aus unterschiedlichen Milieus raufeten sich zusammen, zogen an einem Strang. Aus einem bunten Haufen wurde eine eingeschworene Mannschaft, die gemeinsam für eine Sache eintrat und dafür alles gab.

Am Anfang nahm ich den Wehrdienst als eine Pflichtübung an, die ich schnell abhaken wollte. Doch spätestens mit diesem Einsatz änderte sich auch meine Einstellung. Ich habe in dieser Zeit zum ersten Mal wirklich am eigenen Leib erfahren, wie wichtig, ja überlebensnotwendig es für unsere Gesellschaft ist, dass man sich

unterhakt. Ich habe gelernt, was Solidarität, Gemeinschaft und Zusammenhalt bedeuten. Und ich kann heute mit Sicherheit sagen, dass diese Phase mit jedem von uns etwas gemacht hat: Sie hat uns für das Leben stärker, aufgeschlossener und auch dankbarer gemacht. Und noch etwas: Ich habe in dieser Zeit vielleicht zum ersten Mal wirklich begriffen, wie sinnstiftend es ist, sich nicht nur mit Worten, sondern durch das eigene Tun für andere Menschen einzusetzen. Das treibt mich bis heute an. Und auch wenn das alles kaum vergleichbar ist mit dem derzeitigen Leid in der Ukraine, so sehen wir doch gerade dort gleichzeitig sehr eindrücklich, welche Kräfte Zusammenhalt freisetzt.

SICH DEN FLIEHKRÄFTEN ENTGEGENSTELLEN

Fakt ist, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der zunehmend Fliehkräfte wirken. Die Digitalisierung mit ihren neuen Formen der Kommunikation führt zu neuen Formen der Lebensführung. Sie ermöglicht Kontakte über große Distanzen hinweg, sie macht die Welt zu einem Dorf. Das schafft völlig neue Verbindungen und auch unfassbare Chancen, die wir dringend nutzen müssen, um den massiven globalen Herausforderungen wie Klimawandel oder Desinformation zu begegnen. Aber die Digitalisierung verführt gleichzeitig zu einem physischen Rückzug in die eigenen vier Wände und – damit einhergehend – eigene Gedankenwelten. Das Tor zur Welt öffnet sich nur auf unseren Wunsch – und nur für diejenigen, denen wir Zutritt gewähren. Dadurch nehmen Offenheit und Toleranz gegenüber

anderen Meinungen ab. Der Austausch von Argumenten wird vielen lästig. Am Ende tauschen wir uns nur noch dort aus, wo wir uns in unserer eigenen Meinung bestärkt sehen. Andere Lebenswirklichkeiten blenden wir aus und gehen in die Falle: Wir glauben, da, wo wir sind, gebe es Wirklichkeit und Wahrheit. Das aber trennt uns voneinander.

Besonders dann, wenn unsere Wirklichkeiten immer pluralistischer werden. Schon die Flüchtlingskrise 2015 hat hierzu massiv beigetragen. Das kann von Wert sein, ist jedoch für eine Gesellschaft nicht nur bereichernd. Denn wo Menschen mit unterschiedlichen Werten und Lebensvorstellungen zusammenleben, lassen Bindekräfte nach. Konflikte treten auf.

EIN DIENST FÜR DIE GESELLSCHAFT

Was wir deshalb benötigen, ist ein gemeinsames Fundament, das die Gesellschaft trägt und Vertrauen schafft. Letzteres ist übrigens auch Grundvoraussetzung für einen leistungsfähigen Sozialstaat. Aber wie lässt sich ein solches Fundament aufbauen? Wie kann eine pluralistische werdende Gesellschaft immer wieder Gemeinsamkeiten finden und Bindekräfte entfalten?

Der Schlüssel sind für mich Kräfte, die sich entfalten, wenn Menschen ins Tun kommen, wenn sie neue Herausforderungen annehmen, wenn sie ihre bisherige Perspektive verlassen und Verständnis für die Lebenswirklichkeit anderer entwickeln. Daher plädiere ich für die Einführung eines allgemeinen, verpflichtenden Gesellschaftsjahres für Schulabgängerin-

nen und -abgänger, das beispielsweise bei der Bundeswehr, beim Technischen Hilfswerk, bei der Feuerwehr, im Pflege- und Sozialbereich oder bei Vereinen abgeleistet wird. Eine solche Zeit bietet die Chance, junge Menschen an unsere Gesellschaft und unseren Staat mit ihren vielfältigen Freiheiten, Chancen und Möglichkeiten in besonderer Weise heranzuführen und dabei auch unsere jeweilige Verantwortung zu verdeutlichen.

EINTAUCHEN IN ANDERE WELTEN

Jungen Menschen können während dieser Dienstzeit Wissen und Erfahrung im gesellschaftlichen, politischen, sozialen und praktischen Bereich vermittelt werden, die nicht theoretisch erlernt werden können, sondern nur praktisch erfahrbar sind.

Gerade mit Blick auf den Wert und den Zusammenhalt der Europäischen Union befürworte ich dabei ausdrücklich, dass der Dienst auch im europäischen Ausland abgeleistet werden kann. Perspektivisch sollten wir im Übrigen auch ein europäisches Gesellschaftsjahr in den Blick nehmen und eine Debatte darüber nicht scheuen.

Praktische Erfahrungen dieser Art sammeln hierzulande jetzt schon zahlreiche junge Menschen, die sich für ein Ehrenamt in ihrer Freizeit oder ein Freiwilliges Soziales Jahr entscheiden. Wer einen solchen Dienst absolviert, schaut nicht nur über den eigenen Tellerrand, sondern erwirbt zugleich ein hohes Maß an Sozialkompetenz. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2020 kommt sogar zu dem Schluss: Eine gute Einbindung in die breite Gesellschaft erhöht die Resilienz

bei der Bewältigung von Krisen und besonderen Herausforderungen.

Ich bin fest davon überzeugt: Ein allgemeines Gesellschaftsjahr für junge Menschen wäre auch ein kraftvolles Instrument, um der zunehmenden Anonymität und Polarisierung entgegenzuwirken. Wir würden als Staat zeigen, für welche Kultur und welches Miteinander wir stehen. Wir würden damit entscheidende Weichen stellen für sozialen Frieden, Toleranz, Sinnstiftung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir würden als Staat wieder verdeutlichen, dass sich unsere Bürgerpflichten in einer modernen Gesellschaft nicht darin erschöpfen, Steuern zu zahlen und Gesetze einzuhalten. Wir würden klarmachen, dass unser Staat keine Bestellplattform ist, sondern dass unser demokratisches Gemeinwesen auf das Engagement aller angewiesen ist. Junge Menschen müssen sich ausprobieren, eigene Grenzen erfahren, bewusst in Situationen hineingehen, die sie bisher nicht kannten, neue Fähigkeiten entdecken und die eigene Persönlichkeit entwickeln. Schule kann das nur in einem gewissen Rahmen leisten. Im praktischen Tun jedoch übernehmen wir Verantwortung für uns und die uns anvertrauten Aufgaben, werden dadurch selbstständiger und lernen uns besser kennen. Im Zentrum steht dabei die Erfahrung der Selbstwirksamkeit. Wer beiträgt zum Wohlergehen anderer, erlebt den eigenen Wert für das Leben anderer. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen die positiven Effekte dieser Form der Selbstwirksamkeit. Dabei zeigt sich, dass selbstwirksame Menschen gesünder, aktiver und erfolgreicher sind als andere.

Oft habe ich in den vergangenen Wochen gehört, junge Menschen hätten durch

die Corona-Pandemie genügend Lasten geschultert. Sie dürften in keine weitere Pflicht genommen werden, sondern müssten nun dringend in ihre Freiheit entlassen werden. Bis hierhin gehe ich uneingeschränkt mit: Die Pandemie-Jahre waren eine unverhältnismäßige Zumutung – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Es ist gerade in ihrem Sinn dringend notwendig, die Lehren aus den hinter uns liegenden Jahren zu ziehen und pandemische Maßnahmen zum Schutz von Gesundheit künftig viel stärker ganzheitlich auszurollen.

Ich glaube aber eben nicht daran, dass unbedingte Individualität und Unabhängigkeit uns auf Dauer ein zufriedeneres Leben und eine zukunftsfähigere Gesellschaft bescheren. Ein Gesellschaftsjahr ist weder eine Strafe, noch handelt es sich um Zwangsarbeit. Frankreich hat mit dem *Service Nationale* eine allgemeine Dienstpflicht eingeführt. Zahlreiche europäische Länder halten an der Wehrpflicht fest oder haben sie wieder eingeführt. Ein Gesellschaftsjahr setzt den schulischen Bildungsweg auf der Erfahrungsebene fort, um auf diese Weise zu mehr Gemeinschaftssinn, sozialer Kompetenz und eigener innerer Stabilität beizutragen.

FREIWILLIGKEIT IST KEINE ALTERNATIVE

Der Vorteil eines allgemeinen, verpflichtenden gegenüber einem freiwilligen Gesellschaftsjahr besteht darin, dass wir nur so auch diejenigen Jugendlichen erreichen können, die von einem solchem Dienst besonders profitieren könnten.

Etwa junge Menschen, die sich wegen ihres sozialen Umfeldes oder auch aufgrund ihres Migrationshintergrundes ausgeschlossen fühlen und mit unserer Gesellschaft hadern. Mit einem freiwilligen Dienst hingegen erreichen wir eher diejenigen, die längst wissen, dass sie durch ihr Tun einen Wert schaffen. Wir müssen jedoch gerade auch diejenigen erreichen, die genau das noch nicht wissen.

Als Volkswirt nehme ich die Bedenken meiner Juristenkollegen sehr ernst.

Klar ist: Eine allgemeine Dienstpflicht wäre nur durch eine Grundgesetzänderung umsetzbar. Dabei steht unser freiheitliches Menschenbild für mich nicht infrage. Jedoch bedeutet Freiheit für mich mehr als individuelle Freizügigkeit. Die Freiheit des Einzelnen können wir auf Dauer nur im Rahmen von gesellschaftlichem Frieden und demokratischen Werten gewährleisten. Beidem kann ein allgemeines Gesellschaftsjahr dienen. Davon bin ich überzeugt.

Lehrstunde 1982

Politik vom Grundsätzlichen her denken

MICHAEL MERTES

Geboren 1953 in Bonn, Jurist, Autor und literarischer Übersetzer, Staatssekretär a. D., 1987 bis 1998 in verschiedenen Funktionen im Bundeskanzleramt tätig, unter anderem als Leiter des Redenschreiberreferats, der Planungsgruppe sowie der Planungs- und Kulturabteilung.

Die zurzeit viel diskutierte „Zeitenwende“ fand, wie Michael Mandelbaum in seinem Buch *The Rise and Fall of Peace on Earth* (Oxford 2019) herausgearbeitet hat, eigentlich bereits im Jahr 2014 statt. Damals annektierte das von Wladimir Putin geführte Russland die Krim und errichtete

in der Ostukraine die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk. Von dort aus wurde am 17. Juli 2014 eine Passagiermaschine mit 298 Menschen an Bord auf dem Flug MH17 von Amsterdam nach Kuala Lumpur abgeschossen.

Russische Streitkräfte halfen 2015/16 dem syrischen Gewaltherrscher Baschar al-Assad, Aleppo in Schutt und Asche zu legen. Anderthalb Jahre später, im Herbst 2017, war Bundestagswahl. Die CDU zog in den Wahlkampf mit dem idyllischen Slogan „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“. Damals verlor die Union 8,6 Prozent, fast so viel wie die 8,8 Prozent bei der Bundestagswahl 2021.

Auch im Bundestagswahlkampf 2021 schien es der Union primär darum zu gehen, ungemütliche Botschaften zu vermeiden. Dabei lagen die Quellen künftiger Probleme offen zutage, namentlich die extreme Energieabhängigkeit von einem aggressiv revisionistischen Russland, der desolate Zustand der Bundeswehr, die Rückstände bei der Digitalisierung, Defizite beim Katastrophenschutz und vieles andere mehr.

Anfang März 2022 beschrieb Constanze Stelzenmüller pointiert den sandigen Untergrund, auf dem das neue deutsche Biedermeier errichtet wurde: Deutschland habe „seine Sicherheit an die USA ausgelagert, seinen Energiebedarf an Russland und sein exportbedingtes Wirtschaftswachstum an China“. Jetzt heißt es teils entschuldigend, teils patzig, im Nachhinein sei man immer klüger: „Wir alle“ hätten uns doch Illusionen gemacht. Außerdem habe es für bestimmte Positionen keine gesellschaftliche Mehrheit in Deutschland gegeben. Und überdies habe der Koalitionspartner SPD nicht mitgespielt. Bei näherem Hinsehen erweisen sich diese Defensivargumente als falsch oder hohl.

Es gab, *erstens*, genügend Zeitgenossen – besonders im Osten Europas –, die schon im Vorhinein klüger waren; doch „wir alle“ wollten nicht auf diese lästigen Stimmen hören. *Zweitens* ist es nicht die Aufgabe politischer Parteien, gesellschaftlichen Mehrheiten hinterherzulaufen; vielmehr haben sie die Pflicht, zu versuchen, gesellschaftliche Mehrheiten für die eigenen Überzeugungen (soweit vorhanden) zu gewinnen. Und *drittens*: Der entschuldigende Hinweis auf den Koalitionspartner ist nichts anderes als das Eingeständnis, dass man selbst nicht den Mut

zum Streit hatte und auch kein Stehvermögen bei stärkerem Gegenwind. Das ist kein Plädoyer für Polarisierung; politische Kontroversen sind nie Zweck an sich. Es geht um die Sache, für die man steht.

„GEISTIG-MORALISCHE ERNEUERUNG“

Der Rückblick auf den Machtwechsel von der Regierung Schmidt zur Regierung Kohl vor bald vierzig Jahren, im Herbst 1982, bietet instruktives Anschauungsmaterial dafür, wie erfolgreich eine Politik sein kann, die vom Grundsätzlichen her konzipiert ist; die in langen historischen Linien denkt und daher Probleme anpackt, die noch nicht spürbar sind, aber jenseits des Horizonts lauern; die bereit ist, um der eigenen Überzeugungen willen harte Auseinandersetzungen mit der politischen Konkurrenz in Kauf zu nehmen.

Diese Politik bleibt mit dem Namen Helmut Kohl verbunden, obwohl sie natürlich nicht von ihm allein erdacht und realisiert wurde. Sie speiste sich nicht zuletzt, wie Angela Merkel im Herbst 2021 treffend hervorhob, aus Kohls tiefem Verständnis für große geschichtliche Zusammenhänge. Wer sich zu detailverliebt auf Bäume konzentriert, sieht irgendwann den Wald nicht mehr. Immer noch kann man die Lacher auf seine Seite ziehen, wenn man Helmut Schmidts abgegriffenes Bonmot zitiert: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“ Falsch: Wer keine Visionen hat, ist dazu verurteilt, auf Sicht zu fahren.

Kohl begründete den Machtwechsel 1982 mit der Notwendigkeit einer „geistig-moralischen Erneuerung“. Diese oft

missverstandene Formel sollte signalisieren, dass es um einen Politikwechsel auf Feldern von prinzipieller Bedeutung ging: Konsolidierung des Bundeshaushalts mit dem Ziel, die Belastung nachwachsender Generationen zu verringern; Reform des Steuersystems und des Sozialstaats nach dem Motto „Leistung muss sich wieder lohnen“; Akzentuierung des vom Grundgesetz normierten Wiedervereinigungsgebots bei Fortsetzung des „geregelten Miteinanders“ zwischen Bundesrepublik und DDR; Überwindung der „Eurosklaverei“ im Tandem mit Frankreich; Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen – gegen eine Politik der Äquidistanz zwischen Washington und Moskau, wie sie von großen Teilen der SPD (den „Putin-Verstehern“ von heute) und praktisch allen Grünen vertreten wurde.

Der Macht- und Politikwechsel von 1982 hatte eine Vorgeschichte, die als Beispiel für die Kraft wertbeständiger Überzeugungen gelten kann. In den 1970er-Jahren blies der Zeitgeist, den die Chiffre „1968“ nur unzulänglich erfasst, der Union ins Gesicht. Intellektuell galt sie als nicht salonfähig. Ihr haftete das Etikett des bräsigen Kanzlerwahlvereins an – einer ideenlosen Truppe, die sich nicht um Fragen der Deutungsmacht scherte, weil es ihr angeblich nur um Regierungsposten ging. Nachdem die CDU begriffen hatte, dass der Machtverlust von 1969 kein Betriebsunfall gewesen war, machte sie sich unter ihrem Parteivorsitzenden Helmut Kohl ab 1973 auf den Weg der programmatischen Regeneration. Dieser Prozess gipfelte im Ludwigshafener Grundsatzprogramm von 1978. Bereits im Jahr 1976 hatte sich Kohl an der legendären, von der Katholischen Akademie Hamburg ausgerichteten „Grundwerte-Debatte“

beteiligt. In einer Rede zum 30. Jahrestag des Machtwechsels von 1982 ordnete Kardinal Karl Lehmann diese Debatte überzeugend in den größeren Kontext von Kohls Erneuerungsstrategie ein.

Auf langfristigen Wandel war auch die Positionierung der Union zur sozial-liberalen Ost- und Deutschlandpolitik gerichtet: einerseits „Ja“ zum entspannungspolitischen Dialog mit den kommunistischen Regimes in Moskau, Warschau und Ost-Berlin – andererseits „Nein“ zur sowjetischen Vorherrschaft über Mittel- und Osteuropa, die den Kontinent mitten durch Deutschland hindurch teilte. Gegen allen Defätismus, der sich als „Realismus“ ausgab, blieb die Union ihrer Überzeugung treu, dass die Teilung Deutschlands und Europas vor der Geschichte keinen Bestand haben werde und daher mit langem Atem, mit strategischer Geduld überwunden werden könne.

POLITISCHE KONTRAPUNKTIK

Die erste große Bewährungsprobe für die Standfestigkeit der Union kam gleich nach dem Regierungswechsel. Gegen massive innenpolitische Widerstände setzte Kohl 1983 den unter seinem Vorgänger Schmidt gefassten NATO-Doppelbeschluss von 1979 durch und festigte so das erodierte Vertrauen in die Verlässlichkeit der Bundesrepublik Deutschland als Bündnispartner. Wenige Jahre später erwies sich dieses Vertrauen als ein Schlüssel zur Überwindung westlicher Vorbehalte gegen den Wiedervereinigungsprozess 1989/90. Die Warnungen vor einer „neuen Eiszeit“ in den Ost-West-Beziehungen, gar vor einem dritten Weltkrieg, lösten sich in Luft auf.

Freilich musste Kohl auch einen Preis dafür zahlen, dass er selbst härtestem Streit nicht auswich: Fast während seiner gesamten Amtszeit erzielte er hohe Zustimmungswerte bei den Unionsanhängern, während er bei den Anhängern des politischen Gegners auf starke Ablehnung stieß. Gegen erhebliche Widerstände hielt er nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 an einem Energiemix fest, der die Kernkraft einschloss. Gegen eine deutliche Umfragemehrheit setzte er in den 1990er-Jahren den Euro durch. Sein Argument, die europäische Einigung sei eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert, wurde als maßlose Übertreibung eines Mannes belächelt, der zu viel historische Literatur verschlang. Die Wirklichkeit hat die Spötter inzwischen eines Besseren belehrt.

„Politik schreitet kontrapunktisch voran.“ Diese erhellende musikalische Metapher verdanken wir Hans Maier. Er bezog sie auf die wegweisende Entscheidung Konrad Adenauers von 1949, nicht dem Drängen auf eine Große Koalition nachzugeben, sondern eine Kleine Koalition mit der FDP und der DP einzugehen. Das war ein Wagnis, denn es bedeutete Konflikt mit einer starken Opposition in zentralen Fragen wie Soziale Marktwirtschaft und Westbindung. Aus heutiger Sicht war es aber auch der Beginn einer äußerst erfolgreichen Tradition, die mit der Großen Koalition 1966 bis 1969 kurz unterbrochen wurde. Erst seit 2005 gilt diese Konstellation nicht mehr als unerwünschter Ausnahmefall.

Als Kartelle der beiden Hauptkonkurrenten sind Große Koalitionen demokratiepolitisch ungesund; sie tendieren nämlich dazu, die natürlichen Zyklen der wechselseitigen Ablösung von Regierung

und Opposition aufzuheben. Die Droge Harmonie schwächt auf Dauer die geistig-moralische Spannkraft beider Partner. Kohl war ein entschiedener Gegner sowohl des Freund-Feind-Denkens in der Politik als auch von Großen Koalitionen. Er stand 1982 und auch später nur für ein Bündnis mit der FDP zur Verfügung.

Die vornehmste Aufgabe jeder Opposition – der Kern ihrer staatspolitischen Verantwortung – besteht darin, Alternative zur Regierung zu sein. Staatspolitische Verantwortung kann für sie auch einmal bedeuten, in Fragen von grundlegendem nationalem Interesse Regierungspolitik mitzutragen. Ende der 1970er-Jahre war das die Unterstützung der Union für den sicherheitspolitischen Kurs von Helmut Schmidt, der in der SPD keine Mehrheit fand. Heute geht es um die verteidigungspolitischen Konsequenzen der „Zeitenwende“. Die patriotische Loyalität der CDU/CSU-Opposition darf sich jedoch nicht zur Fortsetzung der Großen Koalition mit anderen Mitteln auswachsen; ein wenig sah es danach aus, als die Union ohne Not darauf verzichtete, bei der Bundespräsidentenwahl im Februar 2022 einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Was sind die Lehren aus 1982? *Erstens:* Wer Macht anstrebt, sollte zumindest eine eiserne Ration eigener Überzeugungen haben. *Zweitens:* Wer Macht erlangt hat, muss bereit sein, für seine Überzeugungen gegen Widerstände und Umfragemehrheiten einzustehen. Und *drittens:* Es gibt nie nur *eine* Option.

Literaturempfehlung

Mertes, Michael: Zyklen der Macht. Dynamik und Stagnation, Aufstieg und Niedergang in der Politik, Bouvier Verlag, Bonn 2021.

Wie den Wohlstand wahren?

—
Die Soziale Marktwirtschaft braucht neue Entscheidungen

JULIA KLÖCKNER

Geboren 1972 in Bad Kreuznach, 2009 bis 2011 Parlamentarische Staatssekretärin, 2011 bis 2022 CDU-Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz, 2011 bis 2018 Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, 2012 bis 2022 Stellv. Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, 2018 bis 2021 Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, seit 2021 Wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Wirtschaft in Deutschland hatte schon einfachere Zeiten erlebt. Die langanhaltende Corona-Pandemie mit den damit verbundenen umfassenden Beschränkungen wirkt nach. Und nun kommen erhebliche außenwirtschaftliche Verwerfungen durch den Russland-Ukraine-Krieg hinzu. Die Antwort auf den von Russland entfachten Krieg sind spürbare, notwendige Sanktionen gegen Russland. Die deutsche Wirtschaft trägt die Sanktionen geschlossen mit. Ein gutes und starkes Zeichen. Denn die wirtschaftlichen Auswirkungen

treffen auch Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Konkret: Eingeschränkte oder unmöglich gewordene Geschäfte in und mit der Ukraine und Russland, massiv ansteigende Energiepreise, Probleme bei der Versorgung mit Lebensmitteln oder anderen Alltagsgütern, verschärfte Lieferschwierigkeiten in nahezu allen Branchen, weitere Rohstoffknappheiten oder Personalengpässe und -ausfälle sind ernst zu nehmende Belastungen. Alles zusammen hat das Potenzial für eine ernsthafte Wirtschaftskrise. Die aktuelle Frühjahrsprognose der Bundesregierung gibt Anlass zur Sorge: Statt 3,6 Prozent Wachstum werden lediglich 2,2 Prozent Wachstum für 2022 erwartet, zudem ist die Inflationsrate von 6,1 Prozent der höchste Wert seit vierzig Jahren; die Risiken einer Rezession nehmen zu.

Gleichzeitig steht unser Land vor einem Jahrzehnt der Erneuerung mit neuen Chancen und Möglichkeiten. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – wir alle sind gemeinsam gefordert, neu und mutig zu denken, zu entscheiden und Maßnahmen umzusetzen, damit Deutschland ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Industriestandort bleibt.

Entscheidend ist einerseits, den aktuellen Krisen standzuhalten, nicht einzubrechen, sie zu überwinden. Große Planbarkeiten gibt es hier nicht. Die Schäden kann die Politik abzumildern versuchen. Andererseits ist nicht nur Reaktion, sondern auch proaktive Weichenstellung gefragt, die wirtschaftspolitisch auf Leistungsfähigkeit, Digitalisierung und Nachhaltigkeit abzielt. Mit einem deutlichen und anhaltenden Aufschwung muss Deutschland aus den Krisen und den Schulden herauswachsen, damit Wirtschaft und Staat Handlungsspielräume zurückgewinnen. Solide öffentliche Haushalte sind und bleiben ein wichtiger Standortfaktor und Vorsorge für weitere Krisen, die nicht absehbar sind. Erforderlich ist zudem eine nachhaltige Sicherung der Stabilität der Sozialversicherungsbeiträge.

DAS ENDE WOHLIGER SICHERHEIT

Auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kommt damit einiges zu. Krisenzeiten sind wie Brenngläser. In den zurückliegenden Wachstumszeiten hingegen konnten wir uns in wohliger Sicherheit wiegen lassen – sprudelnde Steuereinnahmen und gutes Wirtschaftswachstum waren zu verlockend, sich mehr mit dem Verteilen zu beschäftigen als mit dem vorausschauenden Reformieren.

Insgesamt ist eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft mit dem Ziel „Wohlstand für Alle“, ergänzt um den Nachhaltigkeitsaspekt, notwendig. Ludwig Erhard, der Vater der Sozialen Marktwirtschaft, steht für eine Wirtschaftspolitik, die mit guten Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand sorgt. Mit dieser Wirtschaftspolitik hat er als erster Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit ermöglicht.

Die vergangenen zehn Jahre haben gezeigt, dass eine gute und solide Wachstumspolitik auch im Deutschland von heute gelingen kann: Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 verzeichnete die Wirtschaft wieder positive Wachstumsraten, die Schuldenquote sank von über achtzig Prozent auf unter sechzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Schuldenbremse funktionierte. Dieser Trend schwächte sich bereits vor Corona stark ab durch eine Kombination ungünstiger Faktoren, insbesondere durch die demografische Entwicklung, die abnehmende Innovationskraft sowie Unsicherheiten im Außenhandel durch den Brexit und protektionistische Tendenzen weltweit.

Deshalb ist es über krisenbedingte Maßnahmen hinaus erforderlich, bereits heute Verbesserungen der allgemeinen Rahmenbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland auf den Weg zu bringen. Wichtig sind nicht nur Maßnahmen, die kurzfristig für mehr Liquidität bei Unternehmen und Beschäftigten sorgen, sondern auch mittel- und langfristig wirkende Maßnahmen, deren verbindliche Ankündigung und Einleitung schon jetzt das Geschäftsklima positiv beeinflussen.

POLITIK ZUR STÄRKUNG DER WIRTSCHAFT

Eine konsequente Politik zur Stärkung der Wirtschaft ist die Voraussetzung dafür, dass das ambitionierte Ziel der ökologischen und digitalen Transformation erreicht wird. Denn klar ist: Nur erfolgreiche Unternehmen werden den hohen Investitionsbedarf der nächsten Jahre stemmen können. Hierfür muss der Staat Freiräume schaffen und darf das Wachstum nicht mit neuen Belastungen und Verboten ausbremsen.

Wir brauchen ein Sofortprogramm, das an zentralen Stellschrauben der Rahmenbedingungen ansetzt und diese günstig gestaltet. Dadurch sollen die Unternehmen in die Lage versetzt werden, mehr zu investieren, innovativ zu sein und Arbeitskräfte einzustellen. Gleichzeitig wird die internationale Standortattraktivität erhöht.

Zentrale Maßnahmen sind Bürokratieabbau und ein „Belastungsmotorium“, Entlastungen von Steuern und Abgaben, flexible arbeitsrechtliche Regelungen, leistungsfähige Infrastrukturen sowie wettbewerbsfähige Energiepreise und eine sichere, bezahlbare und souveräne Energieversorgung. Darüber hinaus muss das Programm geeignete Maßnahmen enthalten, um die Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung zu unterstützen, die Digitalisierung voranzutreiben sowie die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft zu stärken.

Beim Bürokratieabbau kommt es darauf an, „spürbare“ Entlastungen durch weitere Planungsbeschleunigungen, ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz und die durchgehende Sicherstellung insbesondere der Vollzugs-,

Digital- und KMU-Tauglichkeit neuer Regelungen zu bewirken. Zudem muss stärker darauf geachtet werden, Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch Gesetze und andere Regelungen möglichst zu vermeiden.

Ein Belastungsmoratorium muss alle Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch Gesetze und andere Regelungen auf europäischer und nationaler Ebene auf den Prüfstand stellen und entsprechende Abhilfemaßnahmen ergreifen. Konkret geht es darum, höhere Kosten, mehr Bürokratie, mehr Compliance-Regeln und Risikomanagement oder Einschränkungen von Flexibilität in der jetzigen, neuen Situation zu vermeiden. Auf europäischer Ebene müssen beispielsweise die Regulierung für nachhaltige Investitionen (Taxonomie) und von Lieferketten oder die Ausweitung der Nachhaltigkeitsberichterstattung (*Corporate Sustainability Reporting*) von einem Belastungsmoratorium erfasst werden.

Steuerliche Maßnahmen sind wichtig, um starke Impulse für kurzfristige Entlastungen und einen nachhaltigen Aufschwung zu setzen. Zunächst muss es um schnell wirksame und umsetzbare Maßnahmen gehen, etwa gegen die kalte Progression, für bessere Abschreibungsmöglichkeiten und Verlustverrechnung oder gegen die hohen Energiepreise.

Eine Reform des Arbeitszeitgesetzes muss unter anderem eine wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit im Rahmen flexibler Arbeitszeitmodelle ermöglichen, wodurch die Veränderungen in einer modernen, digitalen Arbeitswelt berücksichtigt und die Wünsche von Beschäftigten und Unternehmen nach einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung aufgegriffen werden.

UMFASSENDE REFORMEN

Darüber hinaus müssen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Fachkräfte stärker mobilisiert werden. Wir als Union haben mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz den Rahmen dafür geschaffen. Jetzt kommt es darauf an, die gesetzlichen Möglichkeiten in der Praxis konsequent und unbürokratisch zu nutzen.

Bei der Digitalisierung ist eine Umsetzungsoffensive erforderlich, die den Aufbau der digitalen Infrastrukturen weiter beschleunigt und die Potenziale der Digitalisierung für alle besser nutzbar macht. Wichtige Projekte, die wir als Union in der Regierung wesentlich vorangebracht haben, müssen jetzt rasch umgesetzt werden: das Onlinezugangsgesetz, das Basisregister für Unternehmensstammdaten, das bundesweit einheitliche Unternehmenskonto und die Ermöglichung von Experimentierräumen in Gesetzen. Reallabore und Experimentierklauseln geben Unternehmen die Freiräume, um Neues auszuprobieren. Nicht mit mehr, sondern mit weniger bürokratischen und regulatorischen Hürden und Lasten bringen wir Zukunftsinnovationen wie Künstliche Intelligenz oder Blockchain voran. Insgesamt kann die Umsetzungsoffensive

Digitalisierung nur dann gelingen, wenn die entsprechenden Kompetenzen und Aufgaben in der Bundesregierung und im behördlichen Bereich gebündelt und gestärkt werden. Zudem müssen föderale Prozesse ganzheitlicher gedacht sowie effizienter und leistungsfähiger werden.

Schließlich benötigen wir ein klares Bekenntnis zum Freihandel und eine dauerhafte Stärkung der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft. Hier ist nach der positiven Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. März 2022 vor allem das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (*Comprehensive Economic and Trade Agreement*, CETA) rasch zu ratifizieren. Außerdem muss eine Neuauflage des Transatlantischen Freihandelsabkommens (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, TTIP) mit den USA initiiert werden.

Das Sofortprogramm wäre ein erster Schritt und Auftakt für weitere, umfassende Strukturreformen. Wir müssen die Bedingungen dafür schaffen, dass eine neue Dynamik von Innovationen und Wachstum entstehen kann und der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgeht. Es geht um nicht weniger als „Made in Germany“ als technologisches Zukunftsversprechen, das Erfindergeist, mehr Investitionen und einen Staat erfordert, der marktwirtschaftliche und technologieoffene Entwicklungen ermöglicht und unterstützt.

Eine nachhaltige, digitale Soziale Marktwirtschaft muss Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand, soziale Teilhabe und auch unser Sozialsystem dauerhaft sichern und einen wichtigen Beitrag zu einem starken Europa leisten. Neue Belastungen und Verbote bremsen Wachstum aus und sind der falsche Weg. Wachstumskritische Abgesänge auf die Soziale Marktwirtschaft sind fehl am Platz. Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt ein Erfolgsmodell, auf das wir stolz sein können.

Kirche für alle?

—
Die neue Fernbeziehung

STEPHAN SCHAEDE

Geboren 1963 in Neuwied, Regionalbischof für den Sprengel Lüneburg der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Anwältin für das Allgemeine? Deutlich mehr als das müsste die Kirche sein. Denn dem, was alle allgemein angeht, nachzujagen, ist ihre Bestimmung. Jenseits aller Bescheidenheit soll sie von Anfang an nicht unter folgendem Sendungsniveau arbeiten: „[...] gehet hin und machet zu Jüngern alle Völker“ (Mt 28,18).

Das apostolische Glaubensbekenntnis bekennt sich zur einen allgemeinen (katholischen) Kirche, die umfassend Menschen vor Gott versammelt: *Credo in [...] sanctam ecclesiam catholicam, sanctorum communionem [...]*. Einer der Grundtexte des reformatorischen Selbstverständnisses der Kirche, das sogenannte Augsburgische Bekenntnis, versteht vor diesem Hintergrund die Kirche als Sammlungsbewegung (*congregatio*) durch Gott geheiligter Menschen, in der das Evangelium angemessen verkündigt und die Sakramente sachgerecht verwaltet werden.¹ Nach Überzeugung der Reformatoren ist das allesentscheidend. Dies muss sein. Mehr muss nicht sein. So aber kann die Kirche Einigkeit und Einheit vor und mit Gott verkörpern.²

Dieser, auf das Allgemeine gehende Versammlungsanspruch der Kirche kollidiert allerdings mit einer kirchlichen und gesellschaftlichen Realität, die religionspolitisch langsam langweilen dürfte: Reduktion der nackten Mitgliederzahlen durch Austritt und Sterben der Hochaltrigen, die noch in großer Zahl zu den Kirchen halten. Selbst wenn es keine sexuellen Missbrauchsskandale gäbe, mit der sich die römisch-katholischen wie evangelischen Kirchen in einer Art moralischem Haftungsverbund öffentlich in schrecklichen Misskredit bringen, selbst ohne diese, die Vertrauenswürdigkeit der Kirchen erschütternden Vorgänge würde sich die aktuelle gesellschaftliche Lage der sogenannten zweiten Moderne von einer vormodernen Lage elementar unterscheiden. Denn die Kirchen können dieser Tage keinen Anspruch mehr darauf erheben, in allen Lebensbereichen als die maßgebliche orientierende Stimme machtvoll mitzureden. Für gesellschaftsrelevante Sinnhorizonte und Werteskalen bieten die Kirchen längst nicht mehr die allein entscheidenden Deutungsmuster. So wurde Ende 2021 voller Neugier verfolgt, welcher Bundesminister oder welche Bundesministerin den Amtseid mit Berufung auf Gott ablegen werde. Beim Bundeskanzler war der Verzicht darauf ja bereits klar.

Jenseits dieses symbolpolitischen Zapfenstreiches für den Religionsbezug ist nüchtern festzustellen: Menschen, die Eheprobleme haben, gehen zum Therapeuten. Die funktionalen Sektoren unserer Gesellschaft – Ökonomie, Recht, Bildung und so weiter – bedürfen nicht der religiösen Deutung und Unterstützung, um zu agieren und zu funktionieren. Diese Entwicklung ist zwar nicht neu: Schon Immanuel Kant diagnostizierte für das ausgehende 18. Jahrhundert, dass es die Menschen zuerst zum Arzt, sodann zum Juristen und nur, wenn es ans Sterben geht, zum Pfarrer zieht. Frappant ist jedoch, dass die Relativierung eines allgemeinen Bedeutungsanspruches im Sinne eines umfassenden Sammlungsanspruches in das Innere der Kirchen durchschlägt.

Die religionssoziologischen Milieustudien und die Mitgliedschaftsstudien der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), um bei den evangelischen Kirchen zu bleiben, lesen sich wie eine Kette von Hiobsbotschaften. Der Unionsanspruch der Kirche erodiert sogar in den eigenen Reihen. Wir haben sie nicht mehr alle. Und wir kriegen sie auch nicht mehr alle. Müde gelaufen ist der Gestus des Deutschen Evangelischen Kirchentages, die Kirche von den Menschen an den Rändern der Kirche her zu erneuern. Denn die Kirchentage sind zu Tummelplätzen der noch kirchlich Hochverbundenen mutiert. Und eine Besinnung auf den harten Kern der Christinnen und Christen in den Kirchen stimmt auch nicht hoffnungsfroh. Dieser Kern nämlich altert ob der Bildungsabbrüche in den volkscirchlich sozialisierten Familien heftig durch.

Aber auch aus einem prinzipiellen Grund können die Kirchen es sich nicht im frommen Winkel sektiererischer Kommunitäten gemütlich machen. Die sogenannte Kerngemeinde kann nicht beanspruchen, katholisch-allgemein-umfassend zu sein. Eine solche Konzentration in der Mitgliedschaft

schlägt dem in den Evangelien verbürgten Ursprungsanspruch des eigenen Religionsstifters Jesus von Nazareth ins Gesicht. Die Frage, wie die Kirchen Kirchen für alle sein können, muss weiter kirchenleitendes Handeln bestimmen. Kirchenleitungen verstehen sich dementsprechend falsch, wenn sie sich als religiöse Rückbaugesellschaften begreifen, die mehr oder weniger geistlich ambitioniert eine schwindende Kirchenmitgliedschaft verwalten. Wer in der Kirche Verantwortung trägt, muss für die Frage brennen, wann, wie und warum sich Menschen in unterschiedlichsten Formen der Kirche zugehörig fühlen. Und diese Zugehörigkeitsfrage besteht ihren phänomenologischen Härtestest in der Vitalität kirchlicher Fernbeziehungen.

SIEBEN VITALITÄTSMERKMALE

Es lohnt sich deshalb in der Frage der Fernbeziehungen, einschlägigen Gazetten von *Gala* über *Men's Health* bis *WOMAN* Gehör zu schenken. Denn diese rufen regelmäßig sieben Vitalitätsmerkmale für Fernbeziehungen auf:

Ferstens zehren von Geschenken, die ihre Wirkung auch über die Distanz hinweg entfalten. Das mag ein Hinweis für Kirchentümer sein, deren erste Kontaktaufnahme in der freundlichen Zusendung eines Überweisungsträgers für das sogenannte freiwillige Kirchgeld ist. Auch die Wirkung von Taufwaschlappen mit dem rot aufgestickten Schriftzug „Gottesgeschenk“, die dieser Tage von Landeskirchen ihren Gemeinden gratis zur Weitergabe überlassen werden, könnte überdacht werden. Stabilisiert ein Waschlappen als Geschenk eine Fernbeziehung?

Zweitens ist auch bei Fernbeziehungen eine gewisse geteilte Zeit notwendig. Fehlen soziale Begegnungsflächen, ist die Beziehung am Ende. Mitglieder, die stark eingebunden in Arbeit niemanden je in ihrem Wohnviertel sehen, werden sich nicht mehr lange zugehörig fühlen. Dementsprechend sind Arbeitsrefugien für katholische Priester von der Größe des altisraelischen Galiläa ein zerstörerisches Einzugsgebiet. Selbst Jesus war nicht allein, sondern mit zwölf geistlichen Sparringspartnern unterwegs.

Drittens stärkt die Fernbeziehung, gemeinsame Pläne zu schmieden und gemeinsame Träume zu haben. Also, liebe Kirchen: Worauf seid ihr aus? Welche eurer Pläne, welche Träume elektrisieren Menschen? Wie können sie an entsprechenden Planungen und Visionsformaten teilhaben? Die Möglichkeit gemeinsamer Träume hat zur Bedingung, überhaupt selbst Träume zu entwickeln und nicht nur mit verzagten bis schlecht gelaunten Selbsteinschätzungen oder den einen oder anderen Alpträumen in die Kommunikation zu gehen. So etwas stimuliert schwerlich geistliche Fernbeziehungen.

Viertens, so ist zu lesen, sei es wichtig, zu telefonieren, zu texten oder zu skypen. Das ist nicht nur ein Votum für eine immer auch digitale Kommunikationsbereitschaft der Kirchen, die in keiner Konkurrenz, sondern als

andere Kommunikationsgestalt zur Begegnung in leiblicher Präsenz stehen mag. Regelmäßige Ansprache ist notwendig – und hier wird es sehr anspruchsvoll: Diese Ansprache sollte einigermaßen persönlich ausfallen. Hektografierte Grußkarten sind sinnlos. Gefühlte Dauerdistanz mündet in einen Abbruch einer Fernbeziehung, folglich zum Kirchenaustritt. Denn es fehlt zuletzt vollständig das, was dieser Tage gern das „Wir-Gefühl“ genannt wird.

Fünftens geben klare Riten Sicherheit. Darauf ist am Ende dieser Überlegungen zurückzukommen.

Sechstens benötigen Fernbeziehungen Geduld und Verbindlichkeit. Nicht das Hüpfen von Mitgliederbindungsprojekt zu Mitgliederbindungsprojekt wird Mitglieder an die Kirchen binden. Nicht unterschätzt werden darf nämlich: Fernbeziehungen sind auf eine noch stärkere verlässliche Verbindlichkeit angewiesen als die Nahbeziehungen.

Siebtens gilt es, gemeinsame Erinnerungen zu schaffen. Dies führt auf einen alles entscheidenden Punkt. Gibt es irgendetwas, an das man sich gemeinsam erinnern kann – eine beeindruckende gemeinsame Erfahrung, eine anrührende Beerdigung, eine mitreißende Trauung, eine berührende Taufe, einen festlichen Weihnachtsgottesdienst, ein unvergessliches Gespräch?³

DIE BEDEUTUNG VON AMBIGUITÄTSTOLERANZ

Diesen sieben elementaren Verhaltens- und Kommunikationseinsichten zur Seite zu stellen, ist im Blick auf den Allgemeinheitsanspruch der Kirchen folgende Herausforderung: Mit einem gesteigerten Interesse an den Fernen in der Kirche ist es ja nicht getan. Das Interesse, die unterschiedlichsten Menschen nicht nur erreichen, sondern geistlich (ver)sammeln zu wollen, erhebt den gewaltigen Anspruch, Menschen von Maria 1.0 bis zu Angehörigen von *Opus Dei* und den Legionären Christi beziehungsweise leidenschaftliche *IDEA*-Leser und Follower von *Anders Amen* unter einen kirchlichen Hut zu bringen. Das erfordert in der Spannweite der Lebenseinstellungen, Lebensformen und Lebenshaltungen das, was in den sozialen Fachwissenschaften auf den Begriff der Ambiguitätstoleranz gebracht wird. Um die aber ist es in den Kirchen wie überhaupt in unserer Gesellschaft schlecht bestellt.

Ambiguitätstoleranz verlangt von Menschen, dazu in der Lage zu sein, mit unhintergehbaren Mehrdeutigkeiten, Deutungs- und Gestaltungsdifferenzen in der Gesellschaft und Welt umzugehen.⁴ Ambiguitätstoleranz lässt so gesehen mehrdeutige Situationen und widersprüchliche Handlungsmaximen ohne Aggression und bei einigermaßen akzeptablen Stresskoeffizienten aushalten. Wichtig ist: Ambiguitätstoleranz führt nicht zu einem Verzicht auf starke Überzeugungen und klare Haltungen. Sie hält vielmehr den Konflikt solcher Überzeugungen in einer sich immer weiter pluralisierenden Lebenslage mit ihren diversen Meinungen, Einstellungen zu Werten und Herkunft aus. Die

damit einhergehenden Mehrdeutigkeiten im soziokulturellen Miteinander strengen Verstand und Gemüt an.

Menschen zerfasern sich im Getümmel unübersichtlicher religiöser Orientierungsangebote jenseits klassisch-kirchlicher Rituale – von Tai-Chi, fernöstlicher Weisheit, Zen, Astrologie, Edelsteintherapie bis zur Arbeit mit Chakren. Noch verwirrender ist, dass Politik, Ethik, Ökonomie, Ästhetik, Pädagogik und Religion allen Bemühungen zum Trotz, die mit den Präfixen „inter-“ und „trans-“ verknüpft sind, eigenen sozialen Praktiken folgen, die jeweils unterschiedliche Regeln haben. Das schürt die Sehnsucht nach einer möglichst klaren, niedrigschwellig zu habenden Zentralperspektive, die nicht durch die kognitive Last durchdachter Argumentationen Mühe macht. Genau deshalb haben fundamentalistische Gruppierungen politischer oder religiöser Provenienz dieser Tage eine derartige Chance. Fundamentalistische Orientierungsmuster bieten eine starke emotionale Bindung und kognitive Entlastung von einer Aufmerksamkeitsüberspannung, die nicht alle aushalten wollen.⁵

BEKENNERTUM UND SELBSTKONSTRUKTIONSNARZISSEN

Nun ist diese Vielfalt von Weltdeutungsansätzen, die miteinander kollidieren, ebenfalls nicht neu. Neuer ist jedoch, dass die von der inter-/transkulturellen Theoriebildung aufgearbeitete soziale, ethische und religiöse Unübersichtlichkeit in das Gelände der alltagspraktischen Lebensbewältigung vordringt.⁶ Genau das führt jenseits der Extremfälle eines argumentationsfreien Fundamentalismus hinein in die Welt einer immer „kleinformatigen Selbstkonstruktion von Differenz (vgl. in den sog. Diversity- oder LGBTQIA-Diskursen)“.⁷ Die berechtigten Anliegen dieser Antidiskriminierungsdiskurse müssen noch viel deutlicher in der gesamtgesellschaftlichen Diskussionslage stark gemacht werden. Diese Antidiskriminierungsambition darf gerade nicht durch Selbstkonstruktionsnarzissen gefährdet werden, die bekenntnisartige Gefolgschaft einfordern. Ein solches Bekenntertum kollidiert nämlich empfindlich mit der oben genannten Ambiguitätstoleranz. Denn das, was prima vista als entschiedene Zurückweisung von Diskriminierung daherkommt, schlägt in die Bildung hermetischer Gruppenidentitäten um.

Diskriminierungsverurteilung erzeugt so gesehen neue soziale Wagenburgen. Der Antidiskriminierungsanspruch betreibt in bester Absicht ungewollt selbst massiv sozial-narzisstische Zersplitterung in starke Gruppenidentitäten. Die Gruppe schmiedet nicht etwa eine komplexe pluralaffine Weltansicht zusammen, sondern die Empörung über die eigene Diskriminierung. Und sie macht im günstigen Fall die positive Erfahrung, dass ihr zunehmende Sonderrechte in der Wahrnehmung des eigenen Standpunktes eingeräumt werden. Aus diesen Dynamiken erwächst kein Interesse am Allgemeinen.

Auf diese Lage ist eine über Jahrzehnte hinweg im Wesentlichen an individual-ethischen oder aber globalethischen Fragestellungen orientierte evangelische Ethik schlecht vorbereitet. Sie hat Übung darin, das (Über-)Leben des Einzelnen vor Gott oder aber das (Über-)Leben der globalen Schöpfung vor Gott zu reflektieren. In der Frage, was in einer gruppenzerfaserten gesellschaftlichen Situation, die in ihre eigenen Reihen hineinreicht, zu tun ist, um zu einer lebenszuträglichen Sozialität beizutragen und deren Zusammenhalt zu stärken, ist sie ungeübt.⁸ Was passiert?

FREIMÜTIGE SELBSTDISTANZ ODER INKLUSIONSENSIBILITÄT

An die Stelle von besonnener, von der Haltung der freimütigen Selbstdistanz gekennzeichneter selbstkritischer Urteilskraft und Ambiguitätstoleranz tritt ein Moralismus, der vorgibt, „inklusionssensibel“ zu sein, allerdings nicht klärt, was das rational und handlungsfeldbezogen eigentlich bedeuten müsste – nämlich zum Beispiel, bis in eine ehrlich gelebte und gestaltete Gastfreundschaft hinein Menschen mit anderen Auffassungen innerhalb der eigenen Religion und Konfession nicht zu diskreditieren, sondern zu respektieren. Die Würde eines anderen Menschen würdigt gerade auch die Person, die respektiert und signalisiert, dass ihr seine Auffassungen fremd sind und fremd bleiben.⁹

Gerade dieses Geständnis führt auf die allgemeinstiftende Erfahrung der Unverfügbarkeit und Unbedingtheit Gottes. Der unverfügbare Gott, die unbedingte Geistkraft Gottes, so muss die christliche Einsicht lauten, steht nicht *auf* der Seite aller Menschen. Vielmehr steht sie in einer schwer nur zu durchschauenden Weise *an* der Seite aller Menschen. Die sozial- und friedensethische Wucht dieser schlichten Einsicht, die es in sich hat, ist noch lange nicht ausgelotet. Sie hat zusammenführende Kraft.

Als die Kirchen und die deutsche Gesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts in einer tief liegenden Krise des Zusammenhalts steckte, war es der sozialpolitisch eminent interessierte evangelische Theologe Ernst Troeltsch, der die Kirchen unter anderem auf zweierlei aufmerksam machte: auf die einheitsstiftende Energie ihrer Rituale und auf die einheitsstiftende Kraft ihres Ursprungs, die sie zusammenhält.

Troeltsch schreibt: „Eine Religion ohne Kultus und ohne die von ihm ausströmende Verlebendigung der gemeinsamen Lebensgehalte, ohne die von ihm geschaffene massenpsychologische Verstärkung der Gefühle und Gedanken wäre rettungslos eine absterbende Religion.“¹⁰ Relevant wird Kirche nach Troeltsch wesentlich als eine sozial eingebettete und von starken Ritualen getragene Gemeinschaft. Kirche braucht entsprechende soziale Arrangements, soziale Felder und Reibungsflächen, die zu Orten christlicher Vergewisserung

werden. Und Troeltsch prägt ferner ein: Christus sei einmalig. Er sei die „von den Jahrtausenden immer wieder ausgemalte Verkörperung überlegener religiöser Kraft, deren Herzschlag durch die ganze Christenheit hindurchgeht, wie das Vibrieren der Schiffsmaschine durch jeden Winkel des ganzen Schiffes fühlbar ist.“¹¹ Wo der Glaube an ihn lebendig sei, sei auch Christus lebendig. Emphatisch fordert Troeltsch: Jeder der Kirche noch so fern stehende Mensch müsse die Chance haben, sich als „Ausstrahlung von diesem Zentralpunkt empfinden“ zu können, und so möglicherweise ein Interesse gewinnen können, sich „in der Verehrung Jesu als der welthistorischen Gottesoffenbarung mit anderen“ zu verbinden.

Ein Mensch, der in dieser Form auf das Allgemeine aus ist, hat verstanden. Es geht hier, es geht im Leben eines Menschen auch um ihn selbst. Aber es geht immer in der gemeinsamen Suche mit anderen, die ganz anders denken und fühlen als er selbst, gemeinsam um ihn und die anderen. In dieser gemeinsamen Suche nach dem, worauf Menschen am aktuellen Tag, in der aktuellen Woche, im aktuellen Monat oder Jahr aus sein sollten, bündelt sich die Kraft, die zum Leben (ver)sammelt. Kirchen, die auf diese Weise unterwegs sind, haben die Chance, auszustrahlen, was sie glauben. Sie predigen nicht nur Freude, sondern leben sie auch, klagen Hoffnung nicht nur ein, sondern haben sie selbst in vermaledeiten Zeiten für sich und die Menschen, die sie beherbergen und versammeln sollen.

¹ Vgl. Confessio Augustana VII: Est autem ecclesia congregatio sanctorum, in qua evangelium pure docetur et recte administrantur sacramenta.

² Vgl. Confessio Augustana VII: Et ad veram unitatem ecclesiae satis est consentire de doctrina evangelii et de administratione sacramentorum.

³ An dieser Stelle auf die Fernbeziehungen einer Partei übertragen: Bei aller Innovationslust – ist es wirklich ein neues Parteiprogramm, was Menschen für eine Partei gewinnt? Ist eine nicht enden wollende Kette von Frohbotschaften und Heldentaten und erfolgreichen Taten eines Parteigeneralsekretärs, das Signal, ständig alles besonders richtig gemacht zu haben, etwas, das ernsthaft die Zugehörigkeit stärkt? Oder ist es nicht vielmehr der Verweis auf eine soziale politische Errungenschaft, an die sich gern gemeinsam erinnert wird?

⁴ Vgl. hierzu Bernhard Dressler: „Ambiguitätstoleranz? Zum Umgang mit Mehrdeutigkeit in religionspluraler Kultur“, in: ders.: Religion verstehen. Beiträge zur Religionshermeneutik und zu religiöser Bildung, Stuttgart 2020, S. 217–228.

⁵ Vgl. Dressler, a. a. O., S. 218 f.

⁶ Vgl. Dressler, a. a. O., S. 222.

⁷ Vgl. Dressler, a. a. O., S. 220.

⁸ Das zeigt sich dieser Tage auch an den friedensethischen Haltungsirritationen in Teilen der evangelischen Kirche, die die Folgen eines radikalen Pazifismus nur für Individuen reflektiert (passiver Widerstand), das Recht auf Selbstverteidigung ganz abspricht oder nur für Individuen halbwegs zulässt, aber mit dem Selbstverteidigungsrecht im Sinne rechtserhaltender Gewalt eines ganzen Volkes nichts anzufangen vermag.

⁹ Vgl. Dressler, a. a. O., S. 224.

¹⁰ Vgl. Ernst Troeltsch: „Die Zukunftsmöglichkeiten des Christentums“, in: ders.: Zur religiösen Lage. Religionsphilosophie und Ethik, Tübingen 1913, S. 837–862, 856.

¹¹ Vgl. Troeltsch, a. a. O., S. 847.

Teilhabe durch Wissen

Über die Unentbehrlichkeit der Allgemeinbildung

CARSTEN DUTT

Geboren 1965 in Calw, Literaturwissenschaftler und Philosoph, Präsident der Hans-Georg Gadamer-Gesellschaft für hermeneutische Philosophie, geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift „Archiv für Begriffsgeschichte“, Lehrbeauftragter am Philosophischen Seminar der Universität Heidelberg.

Wie heißt der höchste Berg der Welt, und wo liegt er? Was sind Viren? Wann begann und wann endete der Erste Weltkrieg? Was ist eine Regierungskoalition? Welche Aufgaben erfüllt das Bundesverfassungsgericht? Wie entsteht Kohlendioxid, und inwiefern schädigt es das Klima? Was ist ein Adverb? Wer war Marie Curie? Wer war Rembrandt? Und was besagt der Satz des Pythagoras? Was sind, was eint und was trennt die abrahamitischen Religionen?

Was versteht man unter einer Coda, was unter einer Raute und was unter Renaissance? Wer Fragen wie diese richtig und selbstständig – ich meine: ohne den behelfswisen Rückgriff auf digitale Informationsplattformen – zu beantworten weiß, verfügt erkennbar über das, was wir mit einem von Patina überzogenen und nichtsdestoweniger dauerhaft orientierungswichtigen Wort *Allgemeinbildung* nennen.

Die Frage, was Allgemeinbildung sei, gehört übrigens selbst zu den Fragen, die zutreffend und selbstständig beantworten zu können eine Sache der Allgemeinbildung ist. Bildungsexperten mögen die fällige Antwort mit analytischen und historischen Differenzierungen versehen, allerdings fällt das Wesentliche in den gemeinsprachlichen Vorhof ihrer Expertise, in dem hinreichend bedeutungsstabil gilt, dass der evaluativ gehaltvolle Prädikator *Allgemeinbildung* auf den Bestand jener Kenntnisse und Fähigkeiten referiert, an denen in respektablem Umfang teilzuhaben ohne Weiteres wünschenswert und ganz unabhängig von ihrer etwaigen Legitimation durch die Zweckanforderungen spezialisierter Tätigkeiten und Berufe für jedermann von Vorteil ist.

„MAMA, WAS IST EIN ADVERB?“

Was ich meine, lässt sich an schlichten Daseinsvollzügen illustrieren. Man denke etwa an das Lesen oder Hören von Nachrichten, die man ja überhaupt nur dann versteht, wenn man versteht, *worüber* denn berichtet wird, wenn, sagen wir, über eine Unfallserie am Mount Everest, CO₂-Emissionsgrenzen, Spannungen innerhalb der deutschen Regierungskoalition, die Eröffnung einer Rembrandt-Ausstellung oder ein gerichtsextern kontroverses Urteil des Bundesverfassungsgerichts berichtet wird. Oder man denke an allfällige Situationen wie die der elterlichen Hausaufgabenbetreuung („Mama, was ist ein Adverb?“) oder auch an etwas derart Intimes wie das Hören von Musik („Leise beginnt die Coda ...“). In diesen und zahllosen anderen Kontexten ist Allgemeinbildung unentbehrlich, um überhaupt Informationen aufnehmen und verarbeiten, Erfahrungen artikulieren und soziale Interaktionen sprachlich und sachlich bestehen zu können.

Allgemeinbildung hebt und stabilisiert das Niveau unserer Teilnahme an Prozessen der Kommunikation, vom Tischgespräch bis zur Bürgerschaftsdebatte; sie fördert unsere Orientierungsfähigkeit in Handlungszusammenhängen, die nicht zu alternativen Routinen abgeschliffen sind, sondern mit neuen und jeweils besonderen Wahrnehmungs-, Abwägungs- und Entscheidungsaufgaben einhergehen; sie steigert die Rationalität unserer Urteile und Entschlüsse, sei es bei der Entscheidung für oder gegen ein Elektroauto oder bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag.

Nicht weniger eindrucksvoll zeigt sich die Unentbehrlichkeit von Allgemeinbildung in Gestalt ihrer Sockelfunktion für die Wissenschaften. Alle szientifischen – seien es geisteswissenschaftliche, seien es naturwissenschaftliche – Leistungen leben vom mühelosen und just deswegen auch nur ausnahmsweise thematischen Einsatz jener infradisziplinären Kenntnisse und Fähigkeiten, deren Inbegriff der Begriff der Allgemeinbildung ist – übrigens nicht in völliger Synonymie mit dem Begriff des Allgemeinwissens, dem die personale, auf den Prozess des *Sich*-Bildens und den Zustand des Gebildetseins gleichermaßen abhebende Bedeutungskomponente fehlt.

Allgemeinwissen lässt sich in Büchern und auf Internetseiten thesaurieren, *Allgemeinbildung* hingegen verwirklicht sich in Personen, die ihrerseits nicht passive Behälter, sondern aktive Nutzer und mit Urteilskraft, dem Sinn für Zusammenhänge, Unterschiede und Relevanzen, begabte „Vernetzer“ des Allgemeinwissens sind, das ihnen als Ertrag formellen oder informellen Lernens in dieser oder jener Hinsicht zu Gebote steht.

Nicht zuletzt am warnenden und mahnenden Gebrauch des Allgemeinbildungsprädikats zeigt sich, worauf es in lebensweltlicher und *a fortiori* in wissenschaftskultureller Hinsicht ankommt: „Aber das gehört doch zur Allgemeinbildung!“ sagen wir, wenn wir einen Vorgang *kafkaesk*, eine Politikermentalität *manchesterkapitalistisch* oder eine Batterie *oxidiert* nennen und damit anstelle von Zustimmung, Zweifel oder Widerspruch semantisch überfordertes Nichtverstehen auslösen. „Aber das gehört doch zur Allgemeinbildung!“ sagen wir auch, wenn Studierende historisch-philologischer Fächer uns noch in Hauptseminaren dadurch verblüffen, dass sie mit dem Wort *Hostie* oder dem Namen *Pontius Pilatus* nichts anzufangen wissen. Dass literaturwissenschaftliche Institute sich vermehrt zu Crashkursen wie „Die Bibel für Germanisten“ veranlasst sehen, signalisiert eben nicht nur einen unvorteilhaften Hiat zwischen vergleichsweise elementaren Erfordernissen des Lehr- und Forschungsbetriebes eines Universitätsfachs und den unter dem Schleier der Erfolgshetorik tatsächlich erreichten Resultaten des mit der Vermittlung der „allgemeinen Hochschulreife“ betrauten Zweigs unseres Bildungssystems; die Installation solch nachholender Propädeutika ist vielmehr ein Beispiel für den in allen Disziplinen vorausgesetzten Bedingungs Zusammenhang von Allgemeinbildung und Wissenschaftspartizipation.

„ALTE“ UND „NEUE“ BILDUNG

Allgemeinbildung ist überdies ihrerseits in einem anspruchsvollen Sinn wissenssensitiv und seit mindestens 250 Jahren ja auch zu großen Teilen Resultat der edukativ kontrollierten Weitergabe von Wissenschaftsresultaten. Wäre es anders, repräsentierte ihr Begriff ein weihevolleres Umding. „Alles, was man wissen muss“ – so oder ähnlich sind denn auch die auflagenstarken Kompendien

untertitelt, die Felder und Inhalte der Allgemeinbildung für Erwachsene oder Jugendliche im deutschsprachigen Raum übersichtlich machen. Das reklamehafte Versprechen des Pronomens „alles“ ist dabei selbstverständlich nicht beim Wort zu nehmen und wird in besonneneren Formulierungen wie „Das muss man wissen“ zu Recht vermieden. Denn selbstverständlich lässt sich all das, was man in modernen Gesellschaften mit Fug und Recht unter die Gegenstände und Kompetenzen der Allgemeinbildung rechnet – längst nicht mehr nur die „alte Bildung“ aus humanistischer, überhaupt literarisch-philosophisch-künstlerischer Tradition, sondern ebenso die „neue Bildung“ der Naturwissenschaften, der Technik, des Ingenieurwesens, der Industrie –, nicht auf 500 und auch nicht auf 800 bebilderten Seiten zwischen zwei Buchdeckel pressen.

WECKUNG VON WISSENSPASSIONEN

Eine gediegene, Umsicht und sachgemäße Verknüpfungen herstellende, krasse Lücken und Einseitigkeiten vermeidende Auswahl lässt sich gleichwohl treffen, und ganz gleich, ob man den Boom von Büchern, deren englischsprachige Äquivalente Überschriften wie *The Knowledge Book: Everything You Need to Know to Get by in the 21st Century* tragen, als Krisensymptom, als Kompensationsphänomen oder – gelassener – als den Reflex eines nach wie vor weit verbreiteten, jedenfalls weckbaren Interesses an solider Allgemeinbildung interpretieren will: Expertenstolze Herablassung ist qualitätvollen Handreichungen gegenüber ebenso unangebracht wie das relativistische Schulterzucken derjenigen, die Versuche zur sachliterarischen Modellierung eines Kanons der Allgemeinbildung für anmaßend oder überflüssig und entsprechende Selektionen, die sich mit dem Mut, das Wichtigste auszuzeichnen, an den historischen und kulturellen, nicht zuletzt den wissens- und wissenschaftskulturellen Grundlagen unserer Lebensform orientieren, allesamt für unbrauchbar halten. Das Gegenteil ist wahr: Wer kompetent gemachte Überblickswerke nicht nur kauft und zwischen Tweets durchblättert, vielmehr aufmerksam liest, sie gar im alten Sinn des Wortes „studiert“, wird unter den darin summarisch präsentierten Beständen von der Mythologie und den Weltreligionen über Philosophie und Literatur, Kunst und Musik bis zur überreichen Welt der MINT-Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – zumal als junger Mensch vieles entdecken, das dazu angetan ist, seine schon andernorts, im Elternhaus nämlich und alsdann in neun bis dreizehn Jahren regulären Schulbesuchs erworbene Allgemeinbildung aufzufrischen, zu erweitern und in der einen oder anderen Richtung auch zu vertiefen – womöglich mit dem schönen Effekt der Weckung lebenslang wählender Wissens- und sogar Wissenschaftspassionen.

Was solchen Aufstieg allzu oft hemmt, ist bekannt: Passivierungen durch ungenügende Förderungs- und Anforderungsmilieus; bildungspolitische Trends und Diskursatmosphären, die die orientierende Kraft des Begriffs der Allgemeinbildung kleinreden oder verkümmern lassen; am meisten freilich die aufmerksamkeitszersplitternden und konzentrationsverhindernden Effekte eines unter die Räder mediengesellschaftlicher Hochrüstung geratenen Alltags. Umso mehr bleibt es unsere gesellschaftspolitische Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass der Abstand zwischen denjenigen, deren Allgemeinbildung nach bewährten Parametern ordentlich, ja gut genannt werden darf, und der großen, zu großen Anzahl derer, deren Allgemeinbildung rudimentär bleibt und im Falle der Eskamotierung selbst des die Sache bezeichnenden und empfehlenden Wortes aus dem ihnen erreichbaren Selbstverständigungsvokabular Züge der Depravation annimmt, nicht zum unüberwindlichen Abstand zwischen Kasten wird.

Allgemeinbildungsprofile variieren freilich nicht nur auf bedenkliche Weise vertikal, sie variieren selbstverständlich auch horizontal, zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Nationalkulturen zum Beispiel. Einem Chilenen etwa würde man es billigerweise nicht als Allgemeinbildungsmanko anrechnen, wenn er über die Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts allenfalls vermutungsweise Auskunft zu geben vermöchte, einer Deutschen hingegen schon; und ersichtlich gälte das Umgekehrte für Kenntnismängel, die das Volk der Mapuche, die Schlacht von Maipú oder den Salpeterkrieg betreffen.

Daran zu erinnern, heißt natürlich nicht, in Abrede zu stellen, dass es zwischen chilenischer *cultura general* und deutscher Allgemeinbildung eine große Schnittmenge gibt und dass diese Schnittmenge, das sozusagen weltgesellschaftlich Allgemeine der Allgemeinbildung, in allen möglichen Formen des Kontakts zwischen Chilenen und Deutschen positiv zum Tragen kommt. Was demgegenüber im Ausgang von den Vorgaben nationaler oder regionaler, auch „weltregionaler“ Geschichte und Kultur partikular bleibt, ist gleichwohl keine nachrangige Randzone innerhalb der jeweiligen Konkretionen von Allgemeinbildung. Es ist im Gegenteil das, was die Angehörigen unterschiedlicher Überlieferungs- und Traditionsgemeinschaften zu interessanten anderen macht, im Austausch mit denen sich der unvermeidliche Beisatz an Provinzialität in der je eigenen Allgemeinbildung bemerken und in aufgeschlossenen lernbereiten Gesprächen auch ein Stück weit korrigieren lässt.

Parteigeschichte und Parteireform

Zwei Sammelbände zur Geschichte der CDU

WOLFGANG TISCHNER

Geboren 1967 in Berlin, Abteilungsleiter Publikationen / Bibliothek, Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Norbert Lammert (Hrsg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU, Siedler-Verlag, München 2020, 840 Seiten, 30,00 Euro.

Norbert Lammert (Hrsg.): Handbuch zur Geschichte der CDU. Grundlagen, Entwicklungen, Positionen, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2022 (voraussichtlich Juli 2022), 684 Seiten, 35,00 Euro.

Was heißt und zu welchem Ende studiert man Parteigeschichte? In einer Parteiendemokratie fällt die Antwort darauf nicht schwer: Zum einen dient dies der

Identitätsstiftung und damit der Legitimation des politischen Systems, und zum anderen, gedacht aus der Perspektive der jeweiligen politischen Gruppierung, soll natürlich, ganz im ursprünglichen Sinn griechischer Geschichtsschreibung, aus der Analyse der eigenen Geschichte gelernt werden. Die Fehler der Vergangenheit sollen sich nicht wiederholen, aber erfolgreich erprobte Handlungsmuster können auch Entscheidungshilfen für die Zukunft geben. Die CDU befindet sich nach der krachenden Niederlage bei den Bundestagswahlen 2021 sicherlich in einer Situation, in der Anregungen aus der Parteigeschichte hilfreich sein können. Da trifft es sich gut, dass zwei neue Sammelwerke zur Geschichte der Partei den Forschungsstand zusammenfassen und zur Debatte anregen.

Die Erforschung der Geschichte der CDU hat vergleichsweise spät eingesetzt; im Wesentlichen erst in den 1970er-Jahren. Solange man die „Kanzlerpartei“ war, in den Amtszeiten Konrad Adenauers und seiner beiden Nachfolger Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger, war das Interesse in der CDU an der Erforschung der eigenen Geschichte gering. Anders als die Sozialdemokraten, die 1933 ihr Parteiarchiv vor dem Zugriff der Nationalsozialisten retten mussten, verfügte eine Vorläuferin der Union, die katholische Zentrumsparterie, über gar kein umfangreiches Archiv. Die CDU ging 1945 aus einer dynamischen Parteineugründung hervor und konnte auf ihre Vorgeschichte nur mit Schwierigkeiten verweisen, weil man sich aus Rücksicht auf evangelische Empfindlichkeiten nicht in der Nachfolge des Weimarer Zentrums sehen durfte. Erst als die Union von der SPD von der Macht verdrängt wurde und unter Helmut Kohl der

systematische Um- und Aufbau der Parteistrukturen begann, geriet die eigene Geschichte mit ihren Vorläufern in den Blick. Bezeichnenderweise war einer der Initiatoren der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Union im Deutschen Bundestag, Heinrich Krone, der als stellvertretender Generalsekretär des Zentrums in seiner Person dessen Traditionen mit der Ära Adenauer verknüpfte. Krone, der auch Mitglied der Kommission für Zeitgeschichte war, einer Forschungsstelle der katholischen Kirche, nutzte seine darüber bestehenden Kontakte zum 2017 verstorbenen Bonner Historiker Konrad Repgen, um die Aufarbeitung der Geschichte der CDU anzustoßen. Allerdings machte sich dann der Parteivorsitzende Kohl, selbst ein promovierter Historiker mit klarem Sinn für die langfristige Bedeutung von Geschichtsbildern, energisch die Sache zu eigen.

ENTSCHEIDENDE SCHRITTE

Den Auftakt bildeten die gemeinsam von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Kommission für Zeitgeschichte 1971 bis 1974 herausgegebenen fünf Bände der *Adenauer Studien*, die den Startschuss für die wissenschaftliche Erforschung der Rolle des ersten Kanzlers gaben. Die Zusammenarbeit machte aber auch deutlich, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung anfangs noch wissenschaftliche Hilfestellung nötig hatte. Ein entscheidender Schritt wurde 1976 die Gründung ihres Archivs für Christlich-Demokratische Politik, das ab diesem Zeitpunkt die Archivalien der CDU und ihrer führenden Politikerinnen und Politiker sammelte. Der erste Archivleiter, Klaus Gotto, war von

Konrad Repgen promoviert worden und hatte zuvor als Geschäftsführer die Kommission für Zeitgeschichte geleitet. Anschließend erfolgte ein zügiger Ausbau; mit der Publikationsreihe *Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* und den *Historisch-Politischen Mitteilungen* als Zeitschrift wurden Publikationsorgane geschaffen, die mit den Veröffentlichungen der Friedrich-Ebert-Stiftung mithalten konnten.

PLURALISTISCHER ANSATZ

Zum 75-jährigen Jubiläum der CDU 2020 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Sammelband zur Einordnung der Rolle der Partei in der deutschen Geschichte publiziert. Herausgegeben von ihrem Vorsitzenden Norbert Lammert, versammelt der Band gut zwei Dutzend Beiträge namhafter deutscher Historiker und Publizisten. Der Grundgedanke war dabei, dass von bewusst unterschiedlichen Standpunkten aus die einzelnen Aspekte der Geschichte der in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik wichtigsten Partei diskutiert und bewertet werden sollten. Lammerts persönliche Handschrift ist, dass dabei nicht nur unionsnahe Stimmen Berücksichtigung fanden, sondern etwa auch Forscher, die andere Parteibücher haben. Ralf Fücks, der langjährige Chef der grünen Parteistiftung, untersucht gemeinsame Potenziale von Union und Grünen, der Sozialhistoriker und ehemalige SPD-Staatssekretär Wolfgang Schroeder in einem sehr gelungenen Beitrag die Sozialpolitik der Union. Auch Klaus-Dietmar Henke, dem es kürzlich gelungen ist, die im Grundsatz lange bekannten Spitzeldienste des Bundesnach-

richtendienstes für Adenauer der deutschen Öffentlichkeit als Neuentdeckung zu präsentieren, hat in einem Beitrag die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen durch die CDU thematisiert. Letzterer Beitrag wurde dann übrigens im *Neuen Deutschland* gelobt – so etwas passiert mit Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung seltener. Insgesamt aber hat diese politische Breite dem Band gutgetan: Neben vielen neuen Einzelergebnissen in den verschiedenen Beiträgen besticht in der Gesamtschau vor allem das tiefenscharfe Bild, das sich entwickelt. Der mittlerweile fast vergriffene Band ist im Siedler-Verlag erschienen; bei der Verlagswahl war für den Herausgeber entscheidend, dass das Buch möglichst breit rezipiert werden sollte. Von der Kritik wurde es sehr freundlich aufgenommen.

Bereits in der Konzeptionsphase dieses „Debattenbandes“ wurde ein zweiter Band mitgedacht, der im Sommer 2022 bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft erscheinen wird. Ziel ist es dabei, in einem Handbuch eine solide Wissensbasis zur Parteigeschichte der CDU zu sammeln, die für weitere Forschungen die entsprechende Faktenbasis bereitstellt. Deshalb werden Beiträge zur Geschichte der Partei ergänzt durch Artikel über die einzelnen Landesverbände und Organisationen der CDU sowie Fachartikel zur Politik der Union in einzelnen Politikfeldern wie Programmatik oder Umweltpolitik. In ihrer Gesamtheit bieten die beiden Bände einen aktuellen Überblick über die Geschichte der CDU und erlauben eine differenzierte Einordnung aller Phasen der Parteigeschichte.

Sehr deutlich wird beim Blick in die Bände, dass es zu vielen Aspekten der gegenwärtigen Situation der Union historisch

Vergleichbares gibt. Nach dem Abgang Konrad Adenauers und Helmut Kohls kam es jeweils zu Phasen letztlich erfolgloser Interimsvorsitzender. Weder Ludwig Erhard noch Kurt Georg Kiesinger und Rainer Barzel konnten dauerhafte Wahlerfolge sichern, und auch nach dem Abgang Helmut Kohls hatte Wolfgang Schäuble nicht mehr Glück als zuletzt Annegret Kramp-Karrenbauer oder Armin Laschet. In jedem einzelnen Fall handelte es sich um vorher erfolgreiche Politikerinnen und Politiker, die bewiesen hatten, dass sie Wahlen gewinnen, Bundesländer regieren oder Ministerien erfolgreich führen konnten. Dem Leser (und natürlich auch der Leserin) beider Bände stellt sich deshalb die Frage, ob es strukturell überhaupt möglich ist, als direkter Nachfolger eines jahrzehntelang agierenden Kanzlers und Parteivorsitzenden beziehungsweise einer Kanzlerin *nicht* zu scheitern. Zumindest ist diese direkte Nachfolge eindeutig eine immense Bürde.

REFORMEN UND RÜCKKEHR AN DIE MACHT

Ebenfalls wird deutlich, und insofern sollte die Partei hier vielleicht aus der Geschichte lernen, welche entscheidende Rolle eine bewusst angegangene Parteireform für die Rückeroberung der Macht spielt. Dies gilt insbesondere für die Ära Kohl. Der spätere „Kanzler der Einheit“ baute die CDU seit seinem Amtsantritt als Parteivorsitzender 1973 in einem bislang nur selten realisierten Maße um. Dies geschah sowohl organisatorisch, als er mithilfe seiner Generalsekretäre Kurt Biedenkopf und später Heiner Geißler die letzten Res-

te der alten Honoratiorenpartei aus der Adenauerzeit abstreifte und die CDU zur modernsten Volkspartei ihrer Zeit machte. Von den Reformen im historischen Bereich war schon die Rede. Zwar wird in den Bänden auch deutlich, dass es bereits vorher Ansätze zu organisatorischen Reformen gab, aber erst Kohls Beharrlichkeit und Durchsetzungsstärke gaben den Ausschlag. Ergänzt wurde das Ganze durch eine intensive Programmarbeit, bei der sowohl das neue Grundsatzprogramm als auch einzelne Wahl- oder Spartenprogramme intensiv in der Parteispitze vorbereitet, auf Fachkonferenzen durchaus kontrovers diskutiert und in Publikationen der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Die in der linksliberalen Presse verbreitete Geringschätzung über den angeblich leicht t äppischen Pfälzer hatte nicht viel mit der Realität zu tun: Unter Kohl durchlief die CDU in der Zeit ihrer Opposition die wohl tiefgreifendste Wandlung ihrer Parteigeschichte, immer mit dem Parteichef als Motor.

Die Jahre unter Angela Merkel, auch das wird in den Bänden deutlich, waren weniger intensiv der Partei- und mehr der Regierungsarbeit gewidmet. Der Potsdamer Ordinarius Thomas Brechenmacher hat das Regierungshandeln hinterfragt; dass Angela Merkel sich im Fernsehen kritisch zu einer Passage seines Beitrags geäußert hat, unterstreicht die wissenschaftliche Unabhängigkeit von Autor und Herausgeber. Sein Mainzer Kollege Andreas Rödder setzt den Hebel anders an, kommt aber nicht zu wesentlich anderen Ergebnissen. Da Rödder auch Vorsitzender der Grundwertekommission der CDU ist, ist zu vermuten, dass die Lehren der Parteigeschichte bei der anstehenden Programmdiskussion Berücksichtigung finden.

Noch ein Letztes: Allenfalls punktuell hat es in der Geschichte der Union nach verlorenen Wahlen eine gründliche Fehleranalyse gegeben, da eine solche natürlich politisch unpopulär ist. Nach einer epochalen Wahlniederlage wie 2021 ist eine ungeschminkte Bestandsaufnahme der eigenen politischen Fehler selbstverständlich ein sehr schmerzhafter Prozess und kann nach der Logik des politischen Tagesgeschäfts wohl auch nur hinter verschlossenen Türen stattfinden, da man sonst den politischen Gegner munitioniert. Den-

noch ist dies keine Disziplin, in der sich die Union bisher hervorgetan hat. Hier sollte man unbedingt etwas Neues wagen und, gestützt auf das Material aus der Partei-geschichte, eine tabulose Bestandsaufnahme der Fehler der letzten Regierungsjahre vornehmen. Je klarer der Blick in den Spiegel ausfällt, umso größer ist die Chance, mit einer engagierten organisatorischen und programmatischen Reform voranzukommen. Um Konrad Adenauer zu zitieren: „Es ist nie zu spät für einen neuen Anfang.“

Individuum und Gemeinschaft

—
Paradoxien gegenwärtiger gesellschaftspolitischer Entwicklungen

JUDITH FROESE

Geboren 1985 in Köln, seit 2021
Inhaberin des Lehrstuhls für
Öffentliches Recht mit Neben-
gebieten, Universität Konstanz.

Was macht eine Frau zur Frau? Ist es die Biologie, die *expérience vécue* (Simone de Beauvoir), der performative Akt der Bezeichnung (Judith Butler)? Und lässt sich das Geschlecht eines Menschen überhaupt kategorial fassen, lassen sich die unterschied-

lichen Erscheinungsformen des Geschlechts also unter allgemeinere Oberbegriffe wie „weiblich“ oder „männlich“ subsumieren? Reichen diese Kategorien aus, um das Spektrum der vorhandenen Varianten abzudecken? Oder handelt es sich beim Geschlecht gar um eine rein individuelle Gegebenheit?

Das Recht, zumal das Verfassungsrecht, sieht sich mit diesen Fragen zunehmend konfrontiert. Mit der Menschenwürde stellt das Grundgesetz den Eigenwert des Menschen an seine Spitze. Und doch abstrahiert das Recht notwendigerweise vom Einzelnen und blendet individuelle Gegebenheiten aus – etwa, wenn das Personenstandsrecht für das Geschlecht eines Menschen nur eine begrenzte Anzahl von Eintragungsmöglichkeiten in das Geburtenregister vorsieht. Bereits die menschliche Erkenntnis ist auf Komplexitätsreduktion durch das Ausblenden des Graduellen, des „schwirrenden Durcheinanders“ (Rogers Brubaker) der Wirklichkeit angewiesen. Dies gilt umso mehr für das Recht, das die „Wirklichkeit“ nicht bloß erfasst, sondern regeln und ordnen soll.

DEKONSTRUKTION DES KATEGORIALEN

Kategoriale Erfassungen des einzelnen Menschen und die juristische Begriffsbildung selbst geraten zunehmend unter Druck. Das Bundesverfassungsgericht forderte Ende 2017 bekanntlich die Einführung eines zusätzlichen personenstandsrechtlichen Geschlechtseintrags wie beispielsweise „divers“ für Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung neben den bereits bestehenden binären Eintragungsmöglichkeiten „weiblich“ und „männlich“ sowie der Möglichkeit, den Eintrag offenzulassen.¹ Damit dürfte die juristische Entwicklung in diesem Bereich, die in den 1980er-Jahren mit der Anerkennung der Transsexualität ihren Anfang genommen hat, jedoch keineswegs zu einem Ende gelangt sein. So wird ein erweitertes Verständnis der Kategorie „divers“, die auch Fälle einer „lediglich empfundenen Intersexualität“ erfassen soll, im öffentlichen Diskurs und in Gerichtsverfahren gefordert. Noch weitgehender sind Bestrebungen, die an die Stelle einer immer noch kategorialen Erfassung individuelle Bezeichnungen wie beispielsweise „genderfluid“ oder „nichtbinär“ setzen wollen. Die Bundesregierung strebt eine Reform der einschlägigen Regelungen an. Bislang werden staatlicherseits Anforderungen an die Änderung des Vornamens und des Geschlechtseintrags gestellt. Insbesondere sieht das Transsexuellengesetz vor, dass sich die Betroffenen einem Begutachtungsverfahren unterziehen müssen. An die Stelle dieser Vorgaben soll künftig eine Selbstauskunft treten. Das Geschlecht erscheint hier als eine rein individuelle Gegebenheit.

Eine wesentliche Ursache für Vorbehalte gegenüber kategorialen Erfassungen des Menschen ist im Verhältnis von Recht und „Wirklichkeit“ zu erblicken: So haben die rechtliche Kategorie Geschlecht und das juristische Begriffsverständnis einen erheblichen Anteil an der Selbst- und Fremdwahrnehmung des Menschen. Das Recht stellt nicht nur eine Perspektive auf den Menschen und die „Wirklichkeit“ dar, sondern prägt diese mit, ist also zugleich die Perspektive, *aus der* der Mensch sich und seine „Wirklichkeit“

sieht. Dies gilt umso mehr, als das Recht die „Wirklichkeit“ nicht einfach aufnimmt, sondern seine eigene Wirklichkeit schafft, die es als „die Wirklichkeit“ verstanden wissen will.² Hierin kann man mit Pierre Bourdieu eine „symbolische Macht“ des Staates sehen.

REKONSTRUKTION DURCH GRUPPENBILDUNG

Die Infragestellung und Dekonstruktion herkömmlicher Kategorien wie derjenigen des Geschlechts lassen sich allerdings schwerlich dahingehend deuten, dass der Mensch sich weg vom Zoon politikon hin zu einem „isolierten und selbtherrlichen Individuum[s]“³ entwickeln würde. Die skizzierte Entwicklung verläuft nämlich keineswegs widerspruchsfrei in eine Richtung. Neben die Kritik an rechtlichen Kategorien tritt ein anderes, gegenläufig anmutendes Phänomen: die Rückkehr von Gruppen, mittels derer das dekonstruierte Gemeinsame eine Rekonstruktion erfährt. Besonders deutlich tritt dies in den Kontexten der Diversität, Repräsentation und Teilhabe zutage, aber auch, wenn nach Rechten der Mehrheit (Liav Orgad) gefragt wird. Freilich sind alle Menschen einmalig und damit unterschiedlich, allerdings erhellt sich der Begriff der Vielfalt beziehungsweise Diversität erst durch den Gruppenbezug: Es geht um die Verschiedenheit der Angehörigen einer Gruppe gegenüber den Angehörigen anderer Gruppen beziehungsweise um die als solche wahrgenommene Verschiedenheit. Diese soll berücksichtigt, anerkannt, respektiert und geschützt werden.⁴

Die beiden skizzierten Entwicklungen lassen sich am Beispiel des Geschlechts veranschaulichen: Die Dekonstruktion der herkömmlich binären Geschlechterordnung steht Pate für in jüngerer Zeit zu beobachtende Individualisierungs- und Auflösungstendenzen. Als Suche nach dem Gemeinsamen lässt sich demgegenüber die Bezugnahme auf das – konkret: weibliche – Geschlecht im Kontext von wahlrechtlichen Paritätsbestimmungen deuten. Die „Selbstverständlichkeit“ der kategorialen Einteilung der Menschen in Männer und Frauen wird einerseits verfassungsrechtlich dekonstruiert. Das Graduelle der Wirklichkeit wird im Recht sichtbar durch die personenstandsrechtliche Anerkennung von Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung. Andererseits nehmen Paritätsvorgaben im Wahlrecht explizit Bezug auf das weibliche Geschlecht. Sie sollen eine angemessene Partizipation und Repräsentation von Frauen in den Parlamenten durch verpflichtende Vorgaben für die Kandidatenaufstellung der politischen Parteien erreichen. Das Geschlecht einer Person wird hier zu einem Faktor von konstitutiver Bedeutung. Denn das Argumentationsmuster, Frauen seien derzeit nicht angemessen repräsentiert, verlangt logisch eine Definition dessen, was eine Frau ausmacht. Die Frage nach der Definition des Frauseins wird in diesem Rahmen jedoch

bemerkenswerterweise nur vereinzelt aufgeworfen. Es scheint vielmehr selbstverständlich zu sein, was eine Frau zur Frau macht, wenngleich herkömmliche Anknüpfungen an das biologische Geschlecht in anderen Kontexten zunehmend abgelehnt wurden und werden. Soweit sich hiermit näher auseinandergesetzt wird, soll es denn auch nicht auf das biologische Geschlecht, sondern auf gemeinsame Interessen ankommen.⁵

Die Koinzidenz der gegenläufigen Entwicklungen ist so evident, dass sie keine bloß akzidentielle sein wird: Vielmehr dürfte sie als Ausdruck des menschlichen Bedürfnisses nach Versicherung, Orientierung und Gemeinschaft zu verstehen sein. Insofern kann die Suche nach dem Gemeinsamen gerade als Konsequenz der zunehmenden Dekonstruktion althergebrachter, lange Zeit als „Selbstverständlichkeit“ (Isolde Charim) verstandener Kategorien angesehen werden. Auf die *Dekonstruktion des kategorial Gemeinsamen* erfolgt seine *gruppenbezogene* Rekonstruktion. Das offensichtliche Paradoxon der gegenwärtigen Entwicklung spiegelt damit das grundlegende Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft wider, wie es auch im ambivalenten Menschenbild des Grundgesetzes angelegt ist: nämlich den individuellen Eigenwert des Menschen, aber auch seine gleichzeitige „Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit“.⁶

DAS ALLGEMEINE IN DER DEFENSIVE

Vor der Folie dieser Entwicklungen ist das Allgemeine in die Defensive geraten. Freilich existieren Ideen zu seiner Reaktivierung, namentlich Vorschläge zur Rückbesinnung auf das Staatsvolk (Francis Fukuyama) beziehungsweise auf die Nation (Aleida Assmann). Die Zeichen der Zeit dürften allerdings vorerst auf einer Betonung gruppenbezogener Verschiedenheit stehen, wie etwa Vorschläge zur Einführung einer sogenannten Migrantenquote⁷ zeigen.

Der Abschied vom Allgemeinen ist damit aber jedenfalls begrifflich keineswegs eingeläutet. Denn die Abbildung der gesellschaftlichen Vielfalt soll nicht allein den jeweiligen Gruppenangehörigen, also etwa Frauen, Menschen mit uneindeutiger Geschlechtlichkeit, Menschen mit einer Migrationsgeschichte, nützen. Vielmehr soll sie im Interesse der Allgemeinheit liegen und dem Wohl der Gemeinschaft insgesamt dienen.⁸ Bestrebungen im Kontext von Repräsentation, Diversität und Teilhabe arbeiten aber zumindest in einem ersten Schritt mit einer Betonung der gruppenbezogenen Verschiedenheit. Freilich ist das Gemeinwohl ein hoch abstrakter, ausfüllungsbedürftiger Begriff, dessen Inhalt nicht ein für alle Mal feststeht, sondern sich permanent neu aushandeln lassen muss. Diversität kann durchaus Gegenstand des Gemeinwohls sein. Es entbehrt indes nicht einer gewissen Paradoxie, das Einende einer Gesellschaft durch gruppenbezogene Fragmentierung erschließen zu wollen.

- ¹ Bundesverfassungsgericht: Beschluss des Ersten Senats vom 10. Oktober 2017, BVerfGE 147, 1.
- ² Im Einzelnen Judith Froese: *Der Mensch in der Wirklichkeit des Rechts. Zur normativen Erfassung des Individuums durch Kategorien und Gruppen*, Tübingen 2022.
- ³ Zum Menschenbild des Grundgesetzes, das „nicht das des isolierten und selbstherrlichen Individuums, sondern das der gemeinschaftsbezogenen und gemeinschaftsgebundenen Person“ ist: Bundesverfassungsgericht: Urteil des Ersten Senats vom 02.03.1999, BVerfGE 50, 290 (353).
- ⁴ Vgl. Thomas Duve: *Die Justiz vor den Herausforderungen der kulturellen Diversität – rechts-historische Annäherungen: Einführung in die Ringvorlesung des LOEWE-Schwerpunkts „Außergerichtliche und gerichtliche Konfliktlösung“*, WS 2013/2014, FB Rechtswissenschaft der Goethe Universität, Working Paper Nr. 7, 18.03.2013, S. 2; eine grundlegende und kritische Analyse des Diversitätskonzepts liefert Frank Schorkopf: *Staat und Diversität*, Paderborn 2017.
- ⁵ Kathrin Eulers: *Frauen im Wahlrecht*, Baden-Baden 1991, S. 91 ff.
- ⁶ Bundesverfassungsgericht: Urteil des Ersten Senats vom 15.12.1983, BVerfGE 4, 7 (15 f.).
- ⁷ Dazu etwa Thomas Groß: „Die Verfassungskonformität einer Quote für Eingewanderte“, in: *JuristenZeitung (JZ)*, 76. Jg., Nr. 18/2021, S. 880 ff.
- ⁸ Instrukтив (zum Minderheitenschutz): Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, 13.11.2007, EGMR NVwZ 2008, 533 (534); Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, 18.01.2001, Slg. 2001-I Rdnr. 93 f.

Mehr oder weniger anerkannt

Zur öffentlichen Sicht auf die Bundeswehr

KERSTIN VIEREGGE

Geboren 1976 in Rinteln, seit 2022 Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages.

Der damalige Bundespräsident Horst Köhler sprach 2005 mit Blick auf das Ansehen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit von einem „freundlichen Desinteresse“ der Bevölkerung. Aus Sicht der Bundeswehr glaubte Thomas de Maizière – zu diesem Zeitpunkt Verteidigungsminister – 2013 einen „übertriebenen Wunsch nach Wertschätzung“ zu erkennen und meinte sogar, viele Soldatinnen und Soldaten seien „vielleicht geradezu süchtig nach Anerkennung“. Ich teile letztere Auffassung nicht, jedoch deuten die beiden Zitate auf ein schon länger bestehendes Grundproblem in unserer Gesellschaft hin.

Bekanntermaßen wurde die Gründung der Bundeswehr in Teilen der Bevölkerung misstrauisch und auch ablehnend verfolgt. In den 1980er-Jahren

gab es Friedensdemonstrationen und Ostermärsche mit großem Zulauf, die sich gegen eine angebliche Militarisierung West-Deutschlands richteten. In diesem Zeitraum wurde auch die diffamierende Äußerung „Soldaten sind Mörder“ populär. Das Bundesverfassungsgericht hob 1994 und 1995 Urteile gegen Pazifisten, die den Ausdruck verwendet hatten, auf, da – so eine Begründung des Gerichts – ein spezieller Bezug zur Bundeswehr nicht bestehe. Eine negative Beurteilung des Berufs des Soldaten besteht teils auch heute noch, auch wenn die Diskussionen darüber, mit Ausnahme einschneidender Ereignisse wie der Luftangriff 2009 bei Kundus, abgeflacht sind.

Über die Jahrzehnte gewöhnten sich die meisten Menschen an die Bundeswehr und akzeptierten sie als Teil der Gesellschaft; dazu trug auch die Wehrpflicht bei. Allerdings ging mit einer langen Friedensperiode, insbesondere nach dem Fall der Berliner Mauer, das Bedrohungsempfinden weitgehend verloren. Es ist diese Kombination aus kollektiver Erinnerung an den Schrecken und die Schuld der Weltkriege und der Gewöhnung an den Frieden, die Horst Köhler zu seinem Ausspruch motivierte. Die Deutschen vertrauen mehrheitlich der Bundeswehr, allerdings sind vielen Menschen ein vertieftes Interesse an ihr oder sogar Stolz auf sie bisher fremd. Soldatinnen wie Nariman Hammouti-Reinke beklagen deshalb zu Recht, dass in einigen Kreisen ein Herabblicken auf den Soldatenberuf zum vermeintlich guten Ton gehört.

Die sich lange Zeit verschlechternde Materiallage der Bundeswehr tat ihr Übriges. Der Ausfall von Maschinen der Flugbereitschaft; die Notwendigkeit, für Wintermützen eines Einsatzverbandes die Bestände der gesamten Bundeswehr zu plündern; die teilweise komplett stillgelegte U-Boot-Flotte und weitere Mängel wurden in den vergangenen Jahren bekannt. Diese Entwicklung gipfelte in der Bemerkung des Heeresinspektors zu Beginn des Ukraine-Krieges, nach der die Bundeswehr „mehr oder weniger blank“ dastehe.

RUNNING GAG IN SATIRESHOWS

Die Öffentlichkeit reagierte auf die schlechte Materiallage zwar zum einen schockiert, zum anderen aber auch spöttisch. Die Bundeswehr wurde zum Running Gag diverser Satireshows, und ihr Image als professionelle und einsatzbereite Streitkraft bleibt vorerst beschädigt. Zu behaupten, dass die Vorwürfe zu Unrecht erhoben wurden, wäre falsch. Allerdings erwachsen aus ihnen selten gesellschaftliche Forderungen nach einer signifikant besseren Ausstattung. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Bundeswehr zwar zum Teil geschätzt wurde, jedoch nicht in dem Maße, dass man sich mit den Implikationen der genannten Mängel auseinandersetzte.

Festzustellen ist, dass die Bundeswehr – außerhalb der Amtshilfe bei Katastrophen, der Flüchtlingshilfe und zum Teil bei den Auslandseinsätzen – in den Medien nahezu ausschließlich im Zusammenhang mit Mangelwirtschaft

oder Extremismus erwähnt wird. Insbesondere linke Parteien und Interessengruppen sind schnell dabei, einen Generalverdacht gegenüber der Bundeswehr zu formulieren, der ihre grundlegend ablehnende Haltung verdeutlicht. Auch ihre führenden Politiker lassen teilweise ihre Distanz erkennen; so etwa Martin Schulz 2017, als er zuspitzend Investitionen in die Verteidigung in einen Wettbewerb mit Ausgaben für Bildung und andere, gesellschaftlich anerkanntere Aufgabengebiete stellte.

Diese künstlichen Dichotomien verfälschen und vergiften die öffentliche Diskussion, da sicherlich niemand gegen mehr Bildung argumentieren würde. Schlussendlich schützen Investitionen in die Bundeswehr nicht nur die Soldatinnen und Soldaten in Uniform, sondern vor allem die Bürgerinnen und Bürger. Und auch die Freiheit, zu lehren und zu lernen, muss verteidigt werden können. Die englische Schriftstellerin Evelyn Beatrice Hall hat Voltaire das vielzitierte Bonmot „Ich missbillige, was Sie sagen, aber ich werde bis zum Tod Ihr Recht verteidigen, es zu sagen“ in den Mund gelegt. Diese große Errungenschaft unserer liberalen Demokratie wird als Selbstverständlichkeit hingenommen und nicht wirklich geschätzt.

„PAZIFISMUS AUF KOSTEN ANDERER“

Initiativen wie „Schule ohne Militär“ tragen zu einem wenig freundlichen Klima gegenüber der Bundeswehr bei. Einige Schulen verweigern Jugendoffizierinnen und -offizieren, die politische Hintergründe – etwa von Auslandseinsätzen der Bundeswehr – erläutern wollen, den Zutritt. Viele Lehrkräfte sind der Meinung, dass eine derartige politische Bildung ihnen selbst überlassen werden sollte. Oftmals drückt sich darin eine pazifistische Haltung und die Ablehnung jeglicher militärischen Aktionen aus. Wolfgang Thierse sprach vor Kurzem von einem „Pazifismus auf Kosten anderer“.

An Universitäten besteht ein manchmal sogar feindliches Klima. Diese Erfahrung konnte unter anderem Thomas de Maizière machen, als er 2013 einen Vortrag an der Berliner Humboldt-Universität über die Bundeswehr halten wollte. Sprechchöre wie „Nie wieder Krieg. Nie wieder Deutschland“ verhinderten jegliche Diskussion und verdeutlichten die Eindrücke, die auch Soldaten bei Gelöbnissen wahrnehmen.

Während in manchen Ländern die Befürchtung herrscht, gesellschaftlich ausgegrenzt zu werden, wenn man die eigenen Streitkräfte nicht lautstark unterstützt, ist es in Deutschland geradezu umgekehrt. Aufgrund der deutschen Geschichte sind Pazifismus und Antimilitarismus vielfach akzeptierte Normen. Diese Selbstregulierung gilt insbesondere für den Journalismus und den akademischen Bereich. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die überwiegende Mehrheit der Volontärinnen und Volontäre im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und fast alle Allgemeinen Studierendenausschüsse

(AStAs) politisch links ausgerichtet sind. Dabei ist aufgrund vieler Umfragen nicht davon auszugehen, dass bundeswehrkritische Stimmen in der Gesamtgesellschaft die Mehrheit bilden. Sie sind jedoch oftmals sehr laut- und meinungsstark, da sie sich auf die deutsche Geschichte berufen können. Die geradezu hysterische Berichterstattung und Empörung in den sozialen Medien anlässlich des Großen Zapfenstreichs und Fackelmarsches im letzten Jahr ist ein anschauliches Beispiel.

ANGST VOR DISKREDITIERUNG

In den letzten Jahrzehnten haben Umfragen stets ergeben, dass die Bundeswehr bei einem Großteil der Bevölkerung entweder ein hohes oder zumindest durchschnittliches Ansehen genießt. Angesprochen auf die individuelle Einschätzung der Befragten, wie sie das Ansehen der Bundeswehr in der Restbevölkerung beurteilen würden, wurde diese als durchweg schlechter eingeschätzt. Dieser Umstand führt dazu, dass sich in anonymen Umfragen ein Großteil zwar positiv über die Bundeswehr äußert, dies allerdings nicht auch offensiv nach außen vertritt. Es besteht die Angst davor, als Militarist diskreditiert zu werden.

Es ist daher wichtig, zu vermitteln, dass der Großteil der Bevölkerung hinter der Bundeswehr steht und ihren Einsatz sowie den Dienst wertschätzt. Dazu ist es jedoch notwendig, dass sich diese Wertschätzung auch in öffentlicher und breiter Unterstützung äußert. Es besteht schließlich ein Unterschied zwischen anonymen Umfragen und einem selbstbewussten Einstehen für die eigenen Werte. Linke Aktivistinnen und Aktivisten sowie Echoräume bilden weder die Mehrheit noch den gesellschaftlichen Konsens ab. Aufgrund unserer Geschichte sind wir zu Recht kritischer gegenüber dem Militär eingestellt als die Bürger anderer Staaten. Dies darf jedoch nicht zu einer reinen Reflexhaltung werden, mit der jedwede Investition in die Bundeswehr oder öffentliches Auftreten und Anerkennen der Bundeswehr als „faschistische Kriegstreiberei“ verunglimpft wird.

Soldatinnen und Soldaten „gieren“ zwar nicht nach Anerkennung. Doch sind Akzeptanz und Anerkennung laut Umfragen für sie der zweitwichtigste Faktor, wenn sie überlegen, sich als Berufssoldatinnen und -soldaten zu bewerben. Dabei geht es nicht darum, dass ihnen alle auf die Schulter klopfen und für den Dienst danken, sondern vielmehr um aktive Solidarität, die pauschale Angriffe und Diffamierung abwehrt. Diese Entwicklung ist noch nicht eingetreten, und es bleibt abzuwarten, ob der Schock des Angriffskrieges in der Ukraine zu einem meiner Meinung nach notwendigen Umdenken führen wird. Die angekündigte Zeitenwende muss zu einer aktiveren Wertschätzung der Bundeswehr und ihrer Soldatinnen und Soldaten durch die deutsche Gesellschaft führen.

Kalkül statt Respekt

—
Stühlerücken im Bundestag

ANDREAS FESER

Geboren 1960 in Braunschweig, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Leiter des Arbeitsbereichs Untersuchungsausschüsse der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

In allen Parlamenten wird nach jeder Wahl die Bestuhlung vor der konstituierenden Sitzung an die veränderten Mitgliederzahlen der Fraktionen und gegebenenfalls

an die veränderte Zahl der vertretenen Fraktionen und Gruppen angepasst. Erstmals in der Geschichte des Bundestages folgte in der aktuellen 20. Wahlperiode auf das erste Stühlerücken vor der Konstituierung über Weihnachten und Neujahr 2021/22 ein zweites: Mit der Mehrheit der Fraktionen der SPD-geführten Koalition und mit Unterstützung der Linksfraktion wurde am 16. Dezember 2021 beschlossen, dass die Plätze der Oppositionsfraktion CDU/CSU und der Regierungsfraktion

FDP getauscht werden. Der erste Impuls ist, Stühlerücken für eine Kleinlichkeit zu halten, die besser mit Schweigen übergangen wird: Wer sitzt wo – darüber wird vielleicht im Kindergarten gestritten, aber doch nicht im Deutschen Bundestag! Es kann nicht sein, dass für solche Kindereien Zeit verschwendet wird! Doch dieser Impuls verkennt die grundsätzliche Bedeutung dieser Entscheidung.

Nicht selten zeigt Großes sich im Kleinen – so auch hier. Bedeutsam ist der Weg, auf dem über die Sitzordnung im Plenum entschieden wurde. Erfolgen Änderungen einvernehmlich, regeln die Abgeordneten und ihre Fraktionen das als Gleiche unter Gleichen. Geschieht das per Abstimmung, macht die Mehrheit eine Minderheit bei der Regelung einer inneren Angelegenheit des Parlaments zum Objekt ihrer Mehrheitsmacht.

Solche Entscheidungen, in denen sich Mehrheit und Minderheit nicht auf Augenhöhe begegnen, sucht die Geschäftsordnung des Bundestages zu vermeiden. Dazu hält Paragraph 11 die demokratische Selbstverständlichkeit fest, dass die Reihenfolge der Fraktionen ihrer Stärke und damit der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler folgt. Diese Reihenfolge ist bedeutsam für das Vorschlagsrecht für das Amt des Präsidenten, die Reihenfolge der Redner im Plenum und für das sogenannte Zugreifverfahren bei der Verteilung von Aufgaben im Bundestag wie etwa dem jeweiligen Vorsitz in seinen Ausschüssen. Das alles soll nicht mit Mehrheit entschieden werden, um die Rechte der Minderheit und den gleichen Wert der Mandate aller Abgeordneten zu wahren. Die Geschäftsordnung des Bundestages hebt in Paragraph 126 die Bedeutung dieses Grundsatzes zusätzlich dadurch hervor,

dass von der Regel des Paragraphen 11 nur abgewichen werden darf, wenn eine Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Bundestages zustimmt. Diese Mehrheitsregel spielte bei der Entscheidung über die Sitzordnung keine Rolle.

Mehrheitsentscheidungen sind bei der Regelung der eigenen Angelegenheiten des Parlaments mit dem Respekt vor dem grundsätzlich gleichen Mandat aller Abgeordneten nur dann zu vereinbaren, wenn die Regelung für die Erfüllung der Aufgaben des Parlaments zwingend erforderlich ist. Das aber wurde für diesen Tausch von Plenarplätzen nicht einmal behauptet: Die FDP wolle, so hieß es zur Begründung, nicht länger neben der Alternative für Deutschland (AfD) sitzen.

PLATZIERUNG BISLANG IMMER EINVERNEHMLICH

Es gibt keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass die FDP diesen Wunsch hatte. Es folgt allerdings aus diesem Wunsch kein stichhaltiges Argument: Denn es kann getrost unterstellt werden, dass keine der anderen im Bundestag vertretenen Fraktionen neben der AfD sitzen will. Dieser Wunsch aller anderen Fraktionen ließe sich nur verwirklichen, wenn die AfD nicht länger im Parlament vertreten wäre. Zu einer Politik, die dafür sorgt, dass die AfD entsprechend an Wählerzuspruch verliert, war die Platztauschaktion der um die Linke verstärkten Regierungsmehrheit kein Beitrag – eher im Gegenteil. Die AfD hat sich über die damit verbundene Beachtung erkennbar gefreut und alle anderen Fraktionen mit Hohn und Spott übergossen.

Die Sitzordnung im Deutschen Bundestag wurde über viele Wahlperioden hinweg als ungeschriebene Regel beachtet. Sie war über Jahrzehnte verlässlich und stabil. Regelungen waren immer einvernehmlich erfolgt. Darüber gab es nicht einmal im ersten Deutschen Bundestag 1949 nennenswerte Diskussionen, denn dessen Sitzordnung schloss sich an die Tradition der Weimarer Nationalversammlung, des Reichstags im Kaiserreich und der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche an: Vom Präsidium aus gesehen, saß die SPD links, die CDU und CSU als neue bürgerliche Formation mit konfessionellen Wurzeln in der Mitte und die FDP als neue liberale Partei rechts. Letztlich stammt diese Sitzordnung aus den Parlamenten Frankreichs nach der Französischen Revolution 1789.

Wenn im Bundestag neue Fraktionen hinzukamen – 1983 die Grünen, 1990 die spätere Linksfraktion, 2017 die AfD –, wurde eine Übereinstimmung über deren Sitzplätze hergestellt. So hätte 1983 aus Sicht der Grünen selbst wie auch der damaligen Koalition der Mitte unter Führung von CDU und CSU viel dafür gesprochen, wenn die Grünen ihren Platz im Plenum – ihren damaligen politischen Positionen folgend – links neben der SPD gefunden hätten. Die Oppositionsfraktion SPD wollte jedoch ihren traditionellen Platz links nicht aufgeben, und so verständigten sich alle Fraktionen darauf, dass die Grünen zwischen Union und SPD Platz nahmen. Nach dem vorübergehenden Ausscheiden der Grünen 1990 und dem Einzug der Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne übernahm diese Gruppe die Platzierung der Grünen. 1994 kehrte die fusionierte Partei Bündnis 90/Die Grünen in den Bundestag und auf ihre ehemaligen

Plätze zurück. Mit Blick auf die ebenfalls 1990 erstmals vertretene Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) stand auch für die SPD außer Frage, dass die richtigen Plätze für die neue Formation links von ihr liegen. Bei der erstmaligen Wahl der AfD in den Bundestag 2017 schließlich gab es in keiner Fraktion Zweifel, dass die Neulinge ganz rechts ihre Plätze finden. Die FDP kehrte nach ihrem vorübergehenden Ausscheiden 2013 nach der Wahl 2017 auf ihre alten Plätze zurück.

ZUR GELTUNG UNGESCHRIEBENER REGELN

Den Abgeordneten eine Sitzordnung nach Fraktionen vorzugeben, ist für das Funktionieren eines Parlaments sowie für die Transparenz und öffentliche Erkennbarkeit seiner Entscheidungsabläufe notwendig. Diese Sitzordnung über die einzelnen Wahlperioden hinweg stabil zu halten und nicht ins Belieben der jeweiligen Mehrheit zu stellen, hat einen wichtigen Beitrag zur Würde des Bundestags und zu seinem Rückhalt in der Öffentlichkeit geleistet. Eine Demokratie ruht nicht nur auf der geschriebenen Verfassung und den geschriebenen Gesetzen. Sie hat nur Bestand, wenn im demokratischen Wettbewerb gerade für das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit auch eine Reihe ungeschriebener Regeln gelten und auf einen demokratischen Grundkonsens Verlass ist. Zu diesen ungeschriebenen Regeln gehörte bisher, die traditionellen Platzierungen im Plenum entweder einvernehmlich zu ändern oder unverändert zu lassen.

Der Abgeordnete Johannes Vogel sprach in der Debatte am 16. Dezember 2021 in seiner Funktion als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion und verwies auf die Formulierung des früheren CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, „dass es rechts von der CDU/CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben darf“. Als Strauß dies in den 1980er-Jahren hervorhob, betonte er, diese Formulierung eng mit Bundeskanzler Helmut Kohl abgesprochen zu haben. Gemeinsam machten die beiden Vorsitzenden von CDU und CSU damit ihre Einschätzung der „Republikaner“ deutlich und markierten eine klare Abgrenzung von dieser damals neuen, aber inzwischen bedeutungslos gewordenen politischen Formation.

GLAUBWÜRDIGKEITSPROBLEM DER SPD

Die FDP sah seinerzeit keinen Anlass, diesen Satz auf sich zu beziehen und die Sitzordnung im Plenarsaal des Bundestages infrage zu stellen. Als der Satz fiel, lagen zudem die dreizehn Jahre der Mitarbeit der FDP in einer SPD-geführten Bundesregierung noch nicht lange zurück. Die FDP sah sich in den 1970er-Jahren sicher als Kraft der Mitte und die Union als Formation rechts von ihr. Dennoch haben Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick nie einen Versuch unternommen, die Sitzordnung im

Plenum des Bundestages durch Mehrheitsbeschluss zu ändern.

Die größten Vorteile bringt die neue Sitzordnung im Deutschen Bundestag auf den ersten Blick für die SPD: Die Abgeordneten der den Kanzler tragenden Fraktionen sitzen nun in einem geschlossenen Block; das ergibt eindrucksvolle Bilder der Gemeinsamkeit und Führungskraft, wenn Bilder aus den Debatten übertragen werden. Ohne dass die Abgeordneten der SPD selbst den Platz wechseln mussten, wirkt die SPD-geführte Mehrheit deutlich nach links gerückt. Da die SPD weiß, dass das größte Risiko für die Stabilität der Ampel die Enttäuschung bei den Grünen und in ihrem Umfeld über wichtige Aspekte des Koalitionsvertrags ist, begrüßt sie es, dass die Grünen nun auf beiden Seiten von Koalitionspartnern eingerahmt werden. Auf den zweiten Blick zeigt sich die Sitzplatzentscheidung allerdings durchaus als Problem für die Glaubwürdigkeit der SPD und des Kanzlers: Das Schlagwort des Wahlkampfs von Olaf Scholz war „Respekt“. Wie sollen Bürgerinnen und Bürger, vor allem, wenn sie der Politik fernstehen, Vertrauen fassen, dass dies ernst gemeint war, wenn im Parlament selbst das Kalkül der Mehrheit und nicht der Respekt vor dem freien und gleichen Mandat aller Abgeordneten das Vorgehen bestimmt?

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

„Glücklich das Land, wo Helden Helden sind“

Über russische Kriegsverbrechen, die Aufgabe des Schriftstellers im Krieg und die Bedeutung des Euromaidan

JURI ANDRUCHOWYTSCH

Geboren 1960 in Iwano-Frankiwsk, einer Stadt im Westen der Ukraine, wo Andruchowytsch auch zurzeit lebt. Er debütierte mit dem Geschichtenband „Links, vom Herzen“ (1989) und wurde mit den Romanen „Moscoviada“ (1993), „Perversion“ (1996), „Zwölf Ringe“ (2003) sowie mit Essays (unter anderem „Mein Europa“, 2004) zu einem der wichtigsten Vertreter der ukrainischen Gegenwartsliteratur.

Sie sind trotz des Krieges in Ihrer Heimat geblieben. Wie geht es Ihnen und den Ihren im April 2022?

Juri Andruchowytsch: Ich traue mich, jetzt zu sagen, dass es uns etwas besser geht als noch im Februar und März. In unserer Stadt haben wir ständig Luftalarme, an die alle schon gewöhnt sind; und viele Menschen reagieren nicht mehr. Aber unsere Situation unterscheidet sich sehr von der in anderen Gebieten der Ukraine, wo die russischen Attacken grausam sind und vor allem auf Zivilisten zielen. Aus dem Grund relativer Ruhe sind wir zu einer Stadt mit vielen Neuankömmlingen geworden; insbesondere Familien aus ost- und südukrainischen Städten. Die Hauptsache ist, dass die russische Offensive Richtung Kiew zerschlagen worden ist.



Foto: © Yana Stefanyshyn

Was nehmen Sie vom Verlauf des Krieges wahr?

Juri Andruchowytsch: Totale Vernichtung des Lebens. Das Ausmaß der russischen Kriegsverbrechen umfasst Erschießungen, Folterungen, Vergewaltigungen – alles massenhaft und alles als ein Teil des Kriegsplans! Also keine einzelnen Fälle, keine Exzesse – alles planmäßig. Die Russen wollen unseren Schmerz – so viel, wie es nur geht – und kennen dabei keine Grenzen. Sie rechnen auf den Moment, wo wir diesen Schmerz nicht mehr ertragen können und kapitulieren werden. Sie haben sich aber mit ihrem Terror verrechnet: Die Ukrainer sind heute hartnäckig wie nie.

Lässt es die Situation zu, dass Sie als Schriftsteller arbeiten?

Juri Andruchowytsch: An einem Roman zu arbeiten, ist nicht möglich. Es gibt viele

Interviewanfragen, vor allem von ausländischen Medien. Wenn man pro Tag drei bis vier Interviews in drei bis vier Fremdsprachen führt, richtet sich der Gedanke nicht auf Kunstphantasie und stilistische Raffiniertheit. Neue Gedichte kann ich mir vorstellen, aber nur vorstellen. Kurz gesagt, meinen heutigen Beruf würde ich als „öffentliche Person“ bezeichnen. Das bedeutet, nicht unbedingt als Schriftsteller zu arbeiten, aber als jemand, der kommentiert und vermittelt.

„Ich steige aus“, schreibt die Schriftstellerin Antje Rávik Strubel, „Alles umsonst“, resümierte kürzlich der Schriftsteller Maxim Biller. Was kann die Aufgabe des Schriftstellers im Krieg sein?

Juri Andruchowytsch: Ein literarischer Text, auch wenn er genial ist, kann keinen Krieg stoppen. Es ist vielleicht besser, auf so eine Aufgabe zu verzichten, weil im

Krieg jede Täuschung tödlich sein kann. Die Aufgabe bleibt dieselbe wie immer und besteht aus einer synonymischen Reihe: wahrnehmen, miterleben, sehen, hören, erzählen, lieben. Die heute offene Frage besteht darin, wie es mit der Sache des „Hasses“ steht. Soll ich, muss ich, darf ich den blutigen Vergewaltiger von Butscha hassen? Ja, die Emotionen verschärfen sich. Und das kann für einen entstehenden Text sowohl günstig als auch schädlich sein. Also, sehr vorsichtig mit Emotionen! Gleichzeitig aber – kein Dogmatismus, keine abstrakte Political Correctness. Die Aufgabe liegt darin, so zu schreiben, als ob es Political Correctness nie gegeben hätte. Und – obwohl das Böse banal ist – jede Banalität zu vermeiden. Nur so kann man wirklich etwas Hochwertiges zum Gedächtnis der Menschheit beitragen.

„Unglücklich das Land, das Helden nötig hat“, lässt Bertolt Brecht Galileo sagen. Was hat diese Formel einer postheroischen Gesellschaft aktuell zu sagen?

Juri Andruchowytch: Seit Februar 2014 – der letzten Woche des Maidan – bin ich aus einer postheroischen Gesellschaft kommend in einer neuheroischen Gesellschaft gelandet. Der Grund des Wunders, warum ich seit dem 24. Februar 2022 und bis heute immer noch am Leben bin, in keiner Folterkammer gequält, in keinem Straflager geschlagen wurde und warum ich immer noch atmen, lachen, schreiben und denken kann, ist vor allem der Heroismus. Nicht mein Heroismus – sondern der unserer Armee, die mich und uns alle rettet. Und das kostet sie viele, viele Menschenleben, Soldatenleben. Aber sie kämpft weiter gegen eine riesige Masse

und sie hat keine Angst, diese Gegenmasse zu besiegen. Natürlich hatte Brechts Galileo recht. Man kann das aber paraphrasieren: „Glücklich das Land, wo Helden Helden sind.“

In einem Interview haben Sie bezweifelt, dass der Rest Europas die Entschlossenheit der Ukrainerinnen und Ukrainer, zu kämpfen und zu sterben, schwer nachvollziehen kann. Liegt es nur an der, wie Sie sagten, „warmen Badewanne des Daseins“, die die Menschen im Westen für die Nöte anderer unempfindlich gemacht hat?

Offenbar noch mehr verärgert haben Sie Äußerungen wie die von Hans-Ulrich Wehler, nach der „Russland, Weißrussland und die Ukraine nie Bestandteile des historischen Europa“ gewesen seien.

Juri Andruchowytch: Erst einmal nur die Reaktion auf das Zitat: Arroganz und Ignoranz. Russland, das ist eine spezielle Geschichte: Immer hat es sich gegen Europa gestellt und eine eigene fremdenfeindliche „Religion“ entwickelt – Euroasiatismus. Ukraine und Belarus, bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts vom Moskauer (so hieß es damals) Zarenreich absolut getrennt, gehörten der anderen Welt, wo Polen und Litauen zusammen eine „Res Poloniae“ gebildet haben. Waren Polen und Litauen auch keine Bestandteile Europas? Und was ist mit späteren Epochen, etwa der habsburgischen? Hier aber gibt es keinen Platz für die weitere „Erklärung des Offensichtlichen“.

Zu Ihrer Frage: Nein, natürlich gibt es nicht nur „die Badewanne“, es gibt auch die Kehrseite des Komforts – Angst. Man wird allmählich in die „russische Mächtigkeit“

immer tiefer hineingezogen und von diesem Konstrukt paralytisch beziehungsweise hypnotisiert. Wie kann man es nur wagen, diesem Monster zu widerstehen? Ausgerechnet die Ukraine? Im Augenblick wird sie von der „grenzlosen Supermacht“ Russland verschluckt! Was, will sie nicht kapitulieren? Mehr als vierzig Tage lang kämpft sie? Wieso?

Ich denke, dass die Ukraine für sehr viele Europäer zu einer Art schlechtem Gewissen geworden ist. Zum Teil wegen ihrer Furchtlosigkeit.

Sie haben die Proteste auf dem Maidan im Winter 2013/14 miterlebt. Sie waren dabei, als Zehntausende gegen die Gewalt demonstrierten, mit der die Janukowitsch-Regierung ihre Macht erhalten wollte. Welche Bedeutung hat die Erfahrung des Euromaidan für die Ukrainer? Warum hat das westliche Europa diese Ereignisse offensichtlich unterschätzt?

Juri Andruchowytch: An den Protesten auf dem Maidan haben sieben bis zehn Prozent der ukrainischen Gesellschaft teilgenommen. Das waren die Aktivsten und die Tapfersten. Und ich spreche jetzt über das ganze Land, nicht nur über Kiew, jede Stadt hatte damals ihren eigenen Maidan, groß oder klein. Der andere Teil, die Mehrheit konnte sympathisieren oder auch nicht – abhängig von den Umständen.

Aber die Maidan-Leute wurden zu einer gesellschaftlichen Kraft. Sie haben das Land in der ersten Phase des „kleineren Krieges“ (2014 bis 2015) gerettet, als wir praktisch keine Armee hatten. Sie haben viele notwendige Reformen in der Ukraine durchgesetzt. Unter ihrer Ägide ist die

Armee modernisiert und so effektiv geworden, wie sie heute ist.

Und heutzutage, mit der Mobilisierung gegen die russische Aggression, ist das ganze Land zu einem großen Maidan geworden, mit all den damaligen Werten, die wieder lebendig sind: Freiheit, Würde, Solidarität, Demokratie. All das, was unser Feind uns wegnehmen will. Der Maidan hat sich also im ganzen Land ausgebreitet. Ein Beispiel nur: Im Laufe der ersten zwei Kriegstage, am 24. und 25. Februar, haben die einfachen Leute aus der ganzen Ukraine umgerechnet 300 Millionen Euro für ihre Armee gespendet! Leute, die nicht reich sind. 300 Millionen in 48 Stunden! Das ist wie der Maidan – diese Bereitschaft, zu spenden, zu opfern, zu unterstützen.

In Ihrem Essay „Mein Europa“ ziehen Sie ein Register der Ruinen in der Ukraine, der Ruinen der Industrie, der Natur, der Zivilisation und der Hoffnung. Was bedeuten die Kriegsrüinen, die jetzt in ukrainischen Städten entstehen, für Sie, und was bedeuten sie für „unser Europa“?

Juri Andruchowytch: Die Kriegsrüinen sind die Kriegsrüinen – da haben wir die ganze Bedeutung. Die Stadt Mariupol, wo ich in den Jahren 2015 bis 2018 dreimal aufgetreten bin, wo das Publikum meine Auftritte sehr warmherzig aufgenommen hat, ist zu neunzig Prozent eine Ruine geworden. Und die Straßenkämpfe gehen dort weiter, also sind diese neunzig Prozent nicht das Ende der Zerstörung. Wie ich schon gesagt habe – totale Vernichtung des Lebens.

Nach unserem Sieg wird man alles neu aufbauen. Ich hoffe auf riesige

Bauinvestitionen, vor allem der Europäischen Union. Ich hoffe auf die Verwandlung der ukrainischen Nachkriegslandschaften in die schönsten und technologisch modernsten Städte Europas. Ich hoffe, dass die besten Architekten und Urbanisten zu uns kommen werden, um ihre progressivsten Ideen zu verwirklichen. Paradox, aber Putins Russland vernichtet jetzt im Osten der Ukraine auch alles Hässliche – Objekte der Stalin’schen Industrialisierung, es vernichtet alles, was dort sowjetisch ist, jede Spur der damaligen „Modernisierung“. So bekommen wir, bei allem Leid, trotzdem eine Chance, dort völlig neue urbanistische Landschaften zu kreieren.

Sie kennen Russland sehr genau und haben dort noch zu Zeiten der Sowjetunion gelebt. Was bedeutet die Erfahrung einstiger „Verbundenheit“ für Sie heute im Krieg?

Juri Andruchowytsch: Verbundenheit? Gab es sie? Na ja, es musste so etwas geben in der Sowjetunion mit ihrem gemeinsamen wirtschaftlichen Raum, wo sehr viele Ukrainer ihre Arbeitsstellen in Russland gefunden haben, besonders viele in Sibirien und im Norden mit seinen Erdöl- und Gasfeldern. Man konnte dort damals mehr Geld verdienen und danach eine höhere Pension erhalten.

Für mich persönlich kam das nicht in Frage, und nach Moskau kam ich nicht deshalb, weil ich Russland so liebte, sondern weil ich nach neuen Erfahrungen und Stipendienmöglichkeiten suchte. Moskau war mir eher fremd, dennoch auch sehr interessant. Besonders, weil ich dort den Zerfall der UdSSR unmittelbar aus seinem Zentrum beobachten konnte.

Heute sehe ich keine Möglichkeit, mit Russen zu kommunizieren, absolut keine. Die Unzähligen, die ich damals gekannt habe, sind schon längst aus meinem Leben verschwunden. Die letzten im Jahr 2014, als die Krim annektiert wurde: Sie hatten nichts zu sagen. Manche haben ihr Land verlassen. Die anderen waren schon damals, also in der Zeit von 1989 bis 1991, sehr aggressiv, großimperialistisch und monarchistisch eingestellt. Einige versprachen mir den gnadenlosen Krieg gegen die ukrainische Freiheit bereits im Jahr 1990. Soll ich mit ihnen Verständigung finden? Nein, danke!

Sie sagen, eine Zeit schlimmster Tragödien schaffe immer auch eine Welt neuer kreativer Möglichkeiten. Selbst Lachen sei nicht ausgeschlossen. Können Sie uns ein Beispiel dafür geben?

Juri Andruchowytsch: Der schwarze Humor, mit dem unser Alltag voll ist, ist meistens unübersetzbar. Es ist mehr als undankbar, einen Witz zu kommentieren beziehungsweise sein komisches Wesen zu erklären. Deshalb kann ich kein konkretes Beispiel nennen, sondern nur sagen, dass mir persönlich die offiziellen Berichte des ukrainischen Generalstabs am besten gefallen – wahrscheinlich gibt es dort einen sehr begabten Sprachstilisten. Die Tonalität finde ich meistens ziemlich elegant: kalt ironisch, zurückhaltend, ohne Pathos, dafür aber immer optimistisch, mit zwei oder drei Schwerpunkten, wo der Feind und seine Stumpfheit witzig belacht wird. Ich wollte so etwas können!

Die Fragen stellten Michael Braun, Literaturreferent der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Bernd Löhmann, Chefredakteur der Zeitschrift Die Politische Meinung, schriftlich Anfang April 2022.

Der Putin-Schwindel

—
Die SPD und ihr Entspannungsdogma

NORBERT SEITZ

Geboren in Wiesbaden, Soziologe, Sachbuchautor und freier Mitarbeiter des „Deutschlandfunk“.

Mit der Entfesselung des Ukraine-Krieges ist ein Streit im intellektuellen Umfeld der SPD über eine haarsträubende Erklärung ihres seit 2019 existierenden „Geschichtsforums“ ausgebrochen. Darin wird die desaströs gescheiterte Entspannungspolitik im Umgang mit Putins Russland noch immer gerechtfertigt: „Bemühungen sozialdemokratischer Politiker*innen, im Dialog mit Russland auf Deeskalation zu setzen, waren nicht falsch, haben sich jedoch leider als vergeblich erwiesen.“¹ Solche schlichten Versuche der Selbstverteidigung unternahm die Mehrheit der dreißig Mitglieder des „Geschichtsforums“. Die Historiker Ulrich Mählert, Nikolas Dörr und Jan C. Behrends gaben ein Minderheiten-votum unter dem Titel „Für Eure und unsere Freiheit!“ ab.² Ihre *dissenting*

opinion unterstreicht, dass Willy Brandts Ostpolitik nicht zum Selbstzweck und Allheilmittel erhoben werden kann und Russlands Weg unter Putin in eine neue Diktatur vorhersehbar hätte sein können. Deshalb sei es auch erforderlich, dass sich der Deutsche Bundestag „in einer Enquete-Kommission mit der Russlandpolitik seit der Wiedervereinigung auseinandersetzt“.³

Keine Partei wünscht das weniger als die SPD. Denn angesichts des täglichen Grauens scheint es unfassbar, wie gerade Politikerinnen und Politiker aus ihren Reihen den Kreml-Despoten nach der folgenden Schreckensbilanz derart verharmlosen konnten: nach dem zweiten Tschetschenien-Krieg, dem Krieg in Georgien, der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem secessionistischen Überfall in der Ostukraine, dem Abschuss der MH17 durch pro-russische Söldner mit 300 Todesopfern, den flagranten Kriegsverbrechen in Syrien zugunsten eines Mörderregimes mit der gewollt destabilisierenden Konsequenz von Millionen von Flüchtlingen – und innenpolitisch nach den Auftragsmorden gegen Oppositionelle wie Anna Politkowskaja oder Boris Nemzow, den Geheimdienstverbrechen in Salisbury und im Berliner Tiergarten, dem Nowitschok-Giftanschlag auf Alexej Nawalny und den himelschreienden Urteilen danach oder der Auflösung der Menschenrechtsorganisation *Memorial International* in Russland, um deren weitere Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen unter Strafe zu stellen.

NOSTALGIE UND RESENTIMENTS

Doch bei den Sozialdemokraten schwang immer auch gehörig viel Herzblut mit, wenn sie sich in den letzten Jahren ein fortwährend abschlägig beschiedenes Appeasement nach dem anderen leisteten, im festen Glauben, dies in Erinnerung an Willy Brandts alte Ostentspannung der russischen Sicherheitsparanoia nach dem Zerfall der alten Sowjetunion schuldig zu sein.

Das Hauptverdienst der Ostentspannung lag in der Befriedung des Status quo zu Zeiten des Kalten Krieges. Diese Politik wurde von den Regierungen Kohl-Genscher fortgesetzt. Es war dann Willy Brandt selbst, der unter dem Eindruck des Mauerfalls im November 1989 seinen Genossen zurief, dass die alte Ostpolitik beendet sei und einen neues Blatt in der Geschichte aufgeschlagen würde. Viele hörten nicht hin, Ostentspannung wurde Dogma, das das Freiheitsstreben von Menschen und ganzen Nationen im ehemaligen sowjetischen Machtbereich ausblendete. Eine bizarre Mixtur kam dabei zum Tragen: die nostalgische Verklärung der alten Ostpolitik inklusive Egon Bahrs zweifelhafter Erfolgslegende, damit die deutsche Einheit in die Wege geleitet zu haben. Dazu ein latent vorhandener Anti-Amerikanismus als dem tiefstendsten Ressentiment in der linken Gefühlswelt, in der schon immer so getan wurde, als habe es sich bei der Ostpolitik um eine „Äquidistanzpolitik“ gehandelt, um für den gleichen ideologischen Abstand sowohl nach West

wie nach Ost zu sorgen. Und komplementär dazu: viel deutsch-russischer Seelenverwandtschaftskitsch.

PUTIN RÜHRT ZU TRÄNEN

Der Putin-Schwindel begann im Deutschen Bundestag am 25. September 2001, als der neue Hoffnungsträger aus Sankt Petersburg einen Teil seiner Rede auf Deutsch vortrug und damit viele Sozialdemokraten zu Tränen rührte. Es fühlte sich für sie an wie die Erfüllung einer Friedensvision. Was seit 1970 mit den Ostverträgen in Gang kam und in Oreanda auf der Krim bei einer gemeinsamen Sommerfrische von Leonid Breschnew und Willy Brandt fast romantische Züge annahm, schien über viele bewegende Zeitläufe hinweg sein Happy End im Deutschen Bundestag gefunden zu haben.

Aber bereits zu dem Zeitpunkt, als die Ehepaare Putin und Schröder Anfang Januar 2001 gemeinsame Schlittenfahrten im Schnee vor Moskau unternahmen, hätte der russische Präsident nach dem Vernichtungskrieg in Tschetschenien und der Auslöschung der Hauptstadt Grosny als gebrandmarkter Kriegsverbrecher und nicht als der ersehnte Modernisierer des post-sowjetischen Russlands oder Versöhner zwischen Ost und West gelten müssen.

So ist es dem dritten SPD-Kanzler zu verdanken, dass Wladimir Putin nach dem 11. September 2001 an der Seite von US-Präsident George W. Bush ins Boot des Anti-Terrorkampfes geholt wurde. Günstiger konnte der Moment für Gerhard Schröder nicht sein, um Putins Verbrechen in Tschetschenien gleichsam als pionierhafte Vorleistung im weltweiten Kampf gegen den mörderischen Islamismus in Rechnung zu stellen. Zum blanken Entsetzen des grünen Koalitionspartners, der die Bombardements auf Grosny immer als Kriegsverbrechen Putins verurteilt hatte.

Man müsse den militärischen Sondereinsatz in Tschetschenien ein wenig „differenzierter“ beurteilen, erklärte der SPD-Kanzler daraufhin während eines gemeinsamen Pressetermins an der Seite seines vor Kameras gern geherzten Freundes. Schröder gewährte Putin noch auf der Schlussgeraden seiner Kanzlerschaft eine hohe Bürgschaft, mit der er siebzehn Tage nach seinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt zum Chef des Aufsichtsrates des Gaspipelineunternehmens Nord Stream AG aufstieg.

Als fortan hochnützlicher Kremलगänger sah sich Schröder zu einer „differenzierten“ Betrachtung der brutalen Machtpolitik Putins nicht mehr imstande. In seinen Erinnerungen *Entscheidungen. Mein Leben in der Politik* (2006) charakterisiert er Putin als einen „abendländisch“ denkenden, gläubigen Mann, der Russland „kulturell, emotional und vom Lebensgefühl und von den Wertvorstellungen her eben als Teil Europas“ definiere.

Die Aufforderung, gezielte russische Kriegsverbrechen in Syrien, den barbarischen Bombenterror auf Wohngebiete in Aleppo, bei seinem Freund im

Kreml anzusprechen, wies Schröder brüsk zurück: Er könne ihm doch keine moralischen Vorhaltungen machen, wo er doch selbst als Kanzler im Kosovo-Krieg 1999 „Bomben auf Belgrad“ habe werfen lassen. „Ich habe damals völkerrechtswidrig gehandelt“, lautete Schröders unwürdiges Dementi seiner eigenen, europäisch abgestimmten Politik, um einem befreundeten Staatsterroristen Beistand gegen dessen weltweite Verurteilung zu leisten.⁴ Die Kanzlerin Angela Merkel mochte diese Gegenüberstellung nicht gelten lassen: Kosovo-Krieg und Krim-Annexion ließen sich nicht miteinander vergleichen.

Prominente Sozialdemokraten sahen lange Zeit dem Serientäter im Kreml die Untaten nach und forderten ein ums andere Mal die Rücknahme der angeblich kontraproduktiven Sanktionen der Europäischen Union, um längst verstopfte Gesprächskanäle nach Moskau nicht zu gefährden. Allen voran tat sich dabei die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, mit ihrem in Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika höchst umstrittenen Gasgeschäft Nord Stream 2 hervor. Dafür ließ sie bis zu dessen Aus sogar eine dubiose, größtenteils russisch finanzierte Umweltstiftung gründen, um vor US-Sanktionen sicher zu sein. Ganz vorn an der Front der SPD-Putin-Versteher auch der damalige Chef des Deutsch-Russischen Forums, Matthias Platzeck, dem eigenen Bekundungen zufolge das Herz blutete, weil sich die Kanzlerin seit der Krim-Annexion Einladungen zur traditionellen Siegesparade am 9. Mai auf dem Roten Platz entgehen ließ.

Die damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel wurden nicht müde, die tibetische Gebetsmühle vom einzig erfolgversprechenden „Dialog“ mit Moskau zu bemühen. Sigmar Gabriel ließ es sich sogar nicht nehmen, zu seinem Ausscheiden aus dem Amt auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 gegen die Sanktionen der Europäischen Union und die Politik seiner eigenen Regierung zu wettern.

Auch Politikerinnen und Politiker der Union und der FDP hielten viel zu lang an einer Dialoghoffnung gegenüber Putins Russland fest. So verteidigte auch Kanzlerin Merkel Nord Stream 2 und unternahm noch im letzten Jahr der Großen Koalition den Versuch auf EU-Ebene, auf Putin zuzugehen, was in Brüssel – ohne eine Vorleistung Moskaus – auf schroffe Ablehnung stieß.

SOLIDARITÄTSVERWEIGERUNG GEGENÜBER DER UKRAINE

Zum moralischen Desaster für die freiheitsliebende, sozialdemokratische Traditionspartei geriet das Ausbleiben von Solidaritätsadressen an die in Existenznot getriebene Ukraine seit der 2013 beginnenden Maidan-Revolution und der im Jahr darauf erfolgten Annexion der Krim. Stattdessen verfehlten dumpfe Antifa-Instinkte aus dem Kreml mit obskuren Naziverdächtigungen in Richtung Maidan nicht ihre Wirkung. So verteufelte Erhard Eppler die

Ukraine 2015 – im Jahr nach der Krim-Annexion – bei der Präsentation seines letzten Buches: „Ich bin davon überzeugt, dass dieses heruntergekommene, ökonomisch total heruntergekommene, total verschuldete, total korrupte Land, korrupter als alle Umgebung, dass das nur zu sanieren ist, wenn die EU und die Russen sich darüber verständigen, wie man dieses Land wieder auf die Beine bringt“ (Tondokument der Friedrich-Ebert-Stiftung). Schon im Jahr zuvor hatte Erhard Eppler, früherer Protagonist gegen die NATO-Nachrüstung, in einem *Spiegel*-Essay viel Verständnis für den Expansionismus des neoimperialen Regenten Putin aufgebracht, „der sich von Ukrainern und Westlern nicht auf der Nase herumtanzen lässt“.⁵

„Korrupter als alle Umgebung“ (!) – dieses Vernichtungsurteil Epplers entsprach vermutlich der mehrheitlichen Auffassung in der SPD, die Eigenständigkeit der Ukraine für einen Irrläufer des Epochenbruchs zu halten, sie aus historischer Sicht nach wie vor Russland zuzuschlagen und damit die völkisch-nationalistischen Gebietsansprüche des Putin-Regimes als legitim einzustufen. Für die meisten Sozialdemokraten war Frank-Walter Steinmeiers Euphemismus von der „Modernisierungspartnerschaft“ mit Russland wichtiger als die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts im bedrohten Nachbarstaat. Die Ukraine durfte bestenfalls auf Neutralität hoffen. Vertreter der SPD wie Ralf Stegner deklamierten vollmundig bei Markus Lanz oder Anne Will, die Ukraine komme nicht in die NATO, als habe die SPD dies einstimmig beschlossen und Putin im Kreml zugesichert. So nannte SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich lange Zeit den beängstigenden Aufmarsch russischer Truppen ein „gegenseitiges Sich-Hochschaukeln“ und mied eine Unterscheidung zwischen Aggressoren und Opfern. Es bedurfte schon der geballten Brutalität des russischen Militärs, um zur Besinnung zu kommen und die reale Gefechtslage politisch und moralisch anzuerkennen.

DER PERFIDE VORWURF DES „SÄBELRASSELNS“

Den Solidaritätsverrat komplettierte Schröder vor Kriegsbeginn mit seinem perfiden Vorwurf des „Säbelrasselns“ an die Adresse Kiews. Denn er verlor gleichzeitig kein Wort über die lebensbedrohliche Umzingelung des Landes mit Hunderttausenden russischen Soldaten, die dort auf Befehl seines Busenfreundes ihr Unwesen trieben.

Den Topos des „Säbelrasselns“ hatte der Ex-Kanzler vom früheren Außenminister Steinmeier übernommen, der damit schon Jahre zuvor die NATO-Manöver im Baltikum nach der Annexion der Krim und dem Überfall von Putins Terrormilizen in der Ostukraine gezeißelt hatte.

Als die Kritik aus Europa und den USA am deutsch-russischen Gasgeschäft Nord Stream 2 im Jahr 2021 immer lauter wurde, schaltete sich Steinmeier sogar als Bundespräsident ein. In einem Interview mit der *Rheinischen*

Post befürwortete er das Gasprojekt als die „letzte verbliebene Brücke zwischen Russland und Europa“⁶ und verknüpfte die energiepolitische Dringlichkeit mit der historischen Erinnerung an den bevorstehenden 80. Jahrestag des Naziüberfalls auf die Sowjetunion. Die Verärgerung in der Ukraine war groß über den aus ihrer Sicht völlig deplatzierten geschichtlichen Zusammenhang.

So haben Putin-Versteher Putin in Wahrheit *nicht* verstanden. Dass sich die Herrschaft des menschenverachtenden Tschekisten auf Lüge und Täuschung gründet, wollten sie nicht wahrhaben, erklärten sie doch ihr inzwischen wenig taugliches ostpolitisches Instrumentarium für sakrosankt. Demgegenüber haben die Abweichler im SPD-„Geschichtsforum“ deutlich gemacht, dass Entspannungspolitik nur „eine unter mehreren Optionen der Bewältigung von Konflikten“ sei. Dieser Befund steht quer zu Egon Bahrs säkularer Überschätzung, wonach das Prinzip „Wandel durch Annäherung“ auf alle kritischen Situationen der Weltpolitik anwendbar sei, um Frieden herbeizuführen. In Wahrheit ist die Entspannungspolitik mittlerweile zu einem kulturellrelativistischen Dogma abgestürzt, das fragwürdige Traditionen für unumstößlich hält, Wirtschaftsinteressen überdimensioniert und Menschenrechtsfragen ins Wolkenkuckucksheim verbannt.

¹ Zitiert aus der Erklärung des SPD-Geschichtsforums zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine (Mehrheitsvotum), 09.03.2022, <https://geschichtsforum.spd.de/aktuelles/aktuelles/news/erklaerung-des-spd-geschichtsforums-zum-russischen-angriffskrieg-gegen-die-ukraine/09/03/2022/> [letzter Zugriff: 05.04.2022].

² Zitiert aus der Erklärung des SPD-Geschichtsforums zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine (Minderheitsvotum „Für Eure und unsere Freiheit!“), 16.03.2022, <https://geschichtsforum.spd.de/aktuelles/aktuelles/news/erklaerung-des-spd-geschichtsforums-zum-russischen-angriffskrieg-gegen-die-ukraine/09/03/2022/> [letzter Zugriff: 05.04.2022].

³ Ebd.; siehe auch Markus Wehner: „Hauptsache Entspannung. Ein Streit im SPD-Geschichtsforum zeugt vom Widerstand gegen Kanzler Schulz in Sachen Russland“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 68, 22.03.2022, S. 8.

⁴ „Wer wird denn Putin die Krim krummnehmen?“, in Die Welt, 20.03.2014, www.welt.de/print/die_welt/politik/article125986167/Wer-wird-denn-Putin-die-Krim-krummnehmen.html [letzter Zugriff: 05.04.2022].

⁵ So Ralf Neukirch: „Das Ende der Ostpolitik. Die Alten in der SPD kritisieren Steinmeiers neue Ostpolitik“, in: Der Spiegel, 07.06.2014, S. 23.

⁶ Frank-Walter Steinmeier im Interview mit Kerstin Münstermann und Moritz Döbler, Rheinische Post, 06.02.2021, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Interviews/2021/210206-Interview-Rheinische-Post.html [letzter Zugriff: 05.04.2022].

Wir sind schuldig

Die Sicht einer russischen Kriegsgegnerin im Exil

DARIA BELOVA

Geboren 1982 in Sankt Petersburg, Studium der Literatur und Philologie an der Sankt Petersburger Staatsuniversität, Journalistin und Regisseurin, Preisträgerin beim Filmfestival in Cannes in der Kategorie „Bester Kurzfilm“ 2013. Belova hat Sankt Petersburg am 4. März 2022 verlassen, wo sie wegen der Teilnahme an Antikriegsprotesten verhaftet wurde, und lebt zurzeit in Berlin.

In den frühen Morgenstunden des 24. Februar 2022 marschierte Russland in die Ukraine ein. Ich weiß noch sehr gut, wie mir zumute war, als mich die Nachricht erreichte: „Unfassbar!“ und „Das darf nicht sein!“. In Sankt Petersburg schien der Frühling ausgebrochen, doch geschockt saßen meine Familie und ich den ganzen Tag vor dem Bildschirm und verfolgten die noch vorhandenen russischen Oppositionsmedien. Wir fühlten Schmerz, Bestürzung, unendliche Scham.

Am Abend gingen wir zu einer spontanen Kundgebung gegen den Krieg. Sie endete mit brutalen Festnahmen.

Wie alle Russen, die sich gegen den Krieg mit der Ukraine aussprechen, bin ich davon überzeugt, dass die Situation von russischen Kriegsgegnern, so schwierig sie auch sein mag, nicht annähernd mit dem zu vergleichen ist, was das ukrainische Volk gegen seinen Willen erdulden muss. Zehntausende von Zivilisten sind getötet worden, Millionen sind auf der Flucht. Häuser, ganze Städte werden zerstört. Russland ist der Aggressor, der einen Angriffskrieg führt und Kriegsverbrechen auf dem Gebiet der Ukraine begeht.

Auch in den nächsten Tagen wurde in Sankt Petersburg demonstriert, doch offensichtlich nicht laut genug. Die jahrelangen Repressionen gegen Oppositionelle zeigen Wirkung: Längst gibt es in Russland keine unabhängigen Gerichte mehr, in den Gefängnissen und bei den Ermittlungsbehörden sind Foltermethoden keine Seltenheit – Elektroschocks, Strangulierungen, Vergewaltigungen. Das ist kein einzelnes Systemversagen, sondern es hat System. Die Menschen sollen gedemütigt werden, man will ihnen Geständnisse abpressen und sie zur Kooperation zwingen.

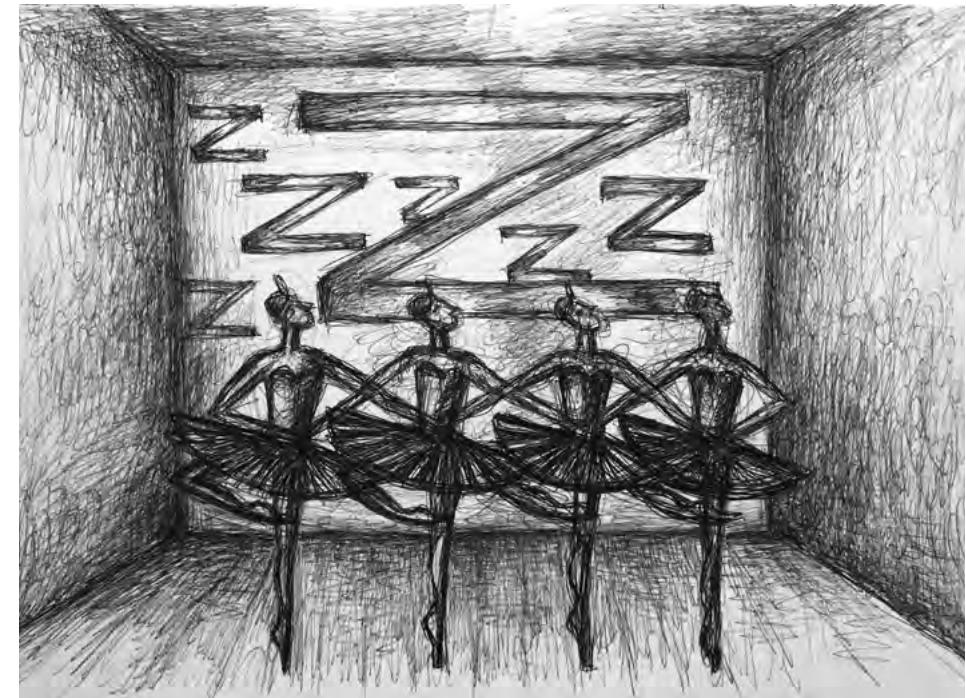
RISIKEN FÜR PROTESTIERENDE

Die russischen Bürgerinnen und Bürger sind sich dessen sehr wohl bewusst – unabhängig von ihrer politischen Überzeugung. Wer trotzdem demonstriert geht und Kinder hat, braucht nicht nur einen Babysitter für eine Nacht. Man braucht nahe Verwandte, die die Kinder länger betreuen, wenn die Eltern festgenommen werden und – sofern es glimpflich ausgeht – nur zu der üblichen Sanktion von fünfzehn Tagen Haft verurteilt werden.

Viele wagen es nicht, an den Kundgebungen teilzunehmen. Beispielsweise Beschäftigten des staatlichen oder öffentlichen Sektors droht bei einer Verhaftung die sofortige Entlassung. Ein entscheidendes Kriterium für die Teilnahme an einer Demonstration ist, ob man in der Lage ist, schnell wegzulaufen, um den Verhaftungen zu entgehen. So ist die Mehrheit der Antikriegsdemonstranten jung und beweglich.

In der Woche nach Kriegsbeginn wurde das Gesetz über „Falschinformationen“ und gegen die „Diskreditierung der russischen Armee“ verhängt, das Gefängnisstrafen von fünf bis fünfzehn Jahren vorsieht. Seitdem ist jede Mitteilung über den Krieg, die nicht mit den Erklärungen des russischen Verteidigungsministeriums übereinstimmt, strafbar. Allein die Bezeichnung des Krieges als „Krieg“ ist bekanntlich verboten.

Unter Strafe stehen selbst Losungen, die eine lange sowjetische Tradition haben und die bis heute jedes russische Kind aus seinen Schulbüchern



„Schwanensee“. Spitzentanz vor sich verengenden Propagandamauern. Diese Reflexion stammt von einer russischen Künstlerin, die aus Furcht vor Repressalien nicht namentlich genannt sein will.

kennt: „Kein Krieg“, „Solange es keinen Krieg gibt“, „Frieden der Welt“. Doch damit nicht genug: „Kein Faschismus“ wird als Falschinformation deklariert. Inzwischen reicht es tatsächlich aus, ein Plakat zu tragen, auf dem gar nichts steht, um verhaftet zu werden.

EXODUS VON OPPOSITIONELLEN

Innerhalb einer Woche wurden alle unabhängigen Oppositionsmedien, die trotz aller Repressionen und Schikanen und Verhaftungen durchgehalten hatten, zerschlagen: Journalisten packten binnen Stunden ihre Koffer, um der Verfolgung zu entkommen. Sie reisten vor allem in Länder, für die sie keine Visa brauchten: Armenien, Türkei, Georgien. Seit Ende Februar und im März fand ein beispielloser Exodus nicht allein von Journalisten, sondern auch von Intellektuellen, Künstlern, YouTube-Bloggern, IT-Spezialisten, Geschäftsleuten, sogar Bankangestellten und Beamten der mittleren und unteren Ebene statt.

Es war eine panische Emigration: Menschen, deren gesamte Lebensplanung an Russland hing, entschlossen sich binnen Stunden, buchstäblich

ins Nirgendwo zu gehen. Ihre Wohnungen und Arbeitsplätze kündigten sie erst jenseits der russischen Grenze. Vielen drohte Verfolgung. Nach der ersten Protestwoche wurde klar: Nach zwei Festnahmen folgen Hausdurchsuchungen, Überwachungen oder Strafverfahren aus frei erfundenen Gründen.

Schon bald erfuhr die Welt, dass in der Ukraine zivile Einrichtungen beschossen wurden: Krankenhäuser, Entbindungskliniken, ganze Wohnviertel. Gräueltaten der russischen Armee traten ans Licht. An dem Tag, an dem wir die Bilder aus Butscha sahen, gab es kein Zurück mehr: Es ist die Armee unseres Landes, die so etwas tut. Und wir in Russland essen in Restaurants und schlendern durch die Geschäfte. Die meisten glauben den Fernsehpropagandisten, die den Unsinn verbreiten, dass sich die Ukrainer selbst bombardieren, ihre eigene Bevölkerung vergewaltigen und töten würden. Wie kann es sein, dass wir das alles nicht verhindert haben? Wir sind schuldig geworden.

„PUTIN IST NICHT JANUKOWITSCH“

Einige meiner Generation, die heute Vierzigjährigen, haben ihr ganzes Erwachsenenleben damit verbracht, gegen Putins System zu protestieren. Unsere Erfahrung war: Egal, wie groß und bedeutend die Proteste waren – sie haben jedes Mal nur eine neue Runde repressiver Maßnahmen eingeläutet. Immer mehr Menschen wurden verhaftet. Vielleicht ist das der Grund, warum auch dieses Mal niemand große Hoffnungen in die Antikriegsdemonstrationen setzte: „Putin ist nicht Janukowitsch“, hieß es.

Diejenigen, die – wie auch ich – ins Ausland geflohen sind, wissen, dass sie unter Putins Regime nicht mehr nach Russland zurückkehren können: Jeder, der sich in Tiflis, Eriwan, Istanbul oder Berlin öffentlich gegen den Krieg ausspricht, wird in der Heimat zum „ausländischen Agenten“ erklärt. Viele exilierte Intellektuelle sehen ihre Aufgabe nun darin, ihre Landsleute zu Hause über die tatsächlichen Kriegsereignisse zu informieren.

Seit Anfang März boomt das russischsprachige YouTube, es gibt unzählige Antikriegskanäle und Streamer mit Millionen von Zuschauern. Dort berichten oppositionelle Journalisten, Politiker und Menschenrechtsaktivisten aus dem Exil über den Krieg und verweisen auf die kollektive Verantwortung für den Krieg. In mehreren Ländern haben sich Initiativen gegründet, die sich für Hilfen an die Ukraine und Flüchtlingsinitiativen engagieren. Andere helfen, Beweise für Kriegsverbrechen der russischen Armee zu sichern, und unterstützen russische Kriegsgegner bei der Ausreise – versuchen, die Überbleibsel des Widerstands in Russland zu stärken.

Weil man für Georgien kein Visum benötigt, ist Tiflis zum Zentrum des russischen Widerstands im Exil geworden. In Berlin, wo sich die Einreise für russische Bürger aufgrund von Visabeschränkungen sehr viel schwieriger

gestaltet, haben russische Freiwillige bis Anfang Mai wenigstens siebzig Antikriegsinitiativen und Aktionen zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge organisiert.

Nicht jeder, der will, kann Russland verlassen. Vielen fehlen dazu einfach die finanziellen Mittel. Das trifft für die Mehrheit der russischen Kriegsgegner zu. Dass rund siebzig, später bis achtzig Prozent der russischen Bevölkerung den Krieg unterstützen, ist ein Mythos, den ein staatliches Umfrageinstitut in die Welt gesetzt hat. Noch nie hat es echte Zahlen geliefert – weder bei Präsidentschafts- noch bei Duma-Wahlen.

Wie soll man sich in Russland auf Meinungsumfragen verlassen? Das gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass es eine Straftat darstellt, sich gegen den Krieg auszusprechen. Unabhängige Soziologen in Russland gehen davon aus, dass sich viele Befragte weigern, zu antworten, oder aus Angst vor Strafverfolgung ihre Antworten an den Erwartungen der Behörden ausrichten. Es wird kolportiert, etwa zwanzig Prozent der Bevölkerung würden den Krieg aktiv unterstützen, zwanzig Prozent seien dagegen, und die große Mehrheit nehme eine neutrale Position ein, die man mit „Grundsätzlich sind wir gegen jeden Krieg, aber wir kennen nicht die Wahrheit und können sowieso nichts machen“ umschreiben kann. Nachweise über das wahre Meinungsbild kann niemand beibringen.

Gewiss bleibt die aggressive Kriegspropaganda in der Breite der russischen Gesellschaft nicht ohne Wirkung. Es bleibt die Suche nach verlässlichen Quellen im Netz: Doch erfordert es inzwischen erhebliche Kenntnisse, um die Sperrungen der Informationswege zu umgehen. Damit korreliert, dass es eher junge und gebildete Menschen sind, die sich dem Einfluss der staatlichen Propaganda entziehen.

ÜBERGANG ZUM TOTALITARISMUS

Seit Ende Februar ist der Übergang von der Autokratie zum Totalitarismus selbst auf den Schulhöfen sichtbar. Kinder staatlicher Einrichtungen werden in Z-Form aufgereiht und damit in die Kriegspropaganda einbezogen. An den Universitäten erhielten die Lehrkräfte einen detaillierten Fragebogen, der ihre Einstellung zur „Spezialoperation“ überprüft. Sicherheitshalber wurden die Fragen so formuliert, dass jeder weiß, auf welche Frage eine nicht genehme Antwort zur Entlassung führt. Gegen Künstler wie Oleg Kulik wurden Strafverfahren eingeleitet, weil allenthalben patriotische Verunglimpfungen unterstellt werden. Staatliche Museen wurden aufgefordert, Ausstellungen aus dem Boden zu stampfen, die die Sowjetunion und den „Großen Vaterländischen Krieg“ verherrlichen.

Kriegsgegnern in Russland, die sich entschlossen haben, zu bleiben und verdeckte Aktionen durchzuführen, berichten, dass auch für sie der

Druck zunimmt. Es gibt einen aktiven Widerstand mit Flugblättern, geheimen Mailinglisten oder Antikriegs-Straßenkunst, doch münden die Aktionen der ersten Kriegswochen zunehmend in Strafverfahren. Diesen Gruppen bleibt nur die Arbeit im Untergrund.

Für uns im Exil heißt das: Unsere ganze Kraft konzentrieren wir darauf, der Ukraine und den Ukrainern, aber auch den russischen Bürgern, die gegen den Krieg sind, zu helfen und den weltweiten russischen Widerstand gegen den Krieg zu organisieren. Die russischen Antikriegsorganisationen im Exil schließen sich aktiv zusammen und bilden ein vereinigt Netz der Antikriegsbewegungen im Ausland, die den Widerstand in Russland unterstützen. Für uns ist offensichtlich, dass Putin zwei Kriege führt – einen Krieg gegen die Ukraine und einen zweiten gegen das eigene Volk in Russland. Wir hoffen, dass er beide Kriege verliert, und dafür tun wir alles, was in unseren Kräften steht.

Der Heureka-Moment

Über die Erfindung der „Sozialen Marktwirtschaft“ vor 75 Jahren

HANS-JÖRG DIETSCHKE

Geboren 1972 in Freudenstadt, Jurist und Politologe, Ministerialrat und Professor für Recht und nachhaltige Gesetzgebung, Fachhochschule des Mittelstands (FHM) Bielefeld.

MATTHIAS SCHÄFER

Geboren 1968 in Stuttgart, langjähriger Leiter der Arbeitsgruppe Soziale Marktwirtschaft, seit 2021 Leiter des Auslandsbüros Algerien der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Algier.

„Nun weiß ich, wie es heißen muss. ‚Soziale Marktwirtschaft‘ muss es heißen! ‚Sozial‘ mit einem großen ‚S‘!“, rief Alfred Müller-Armack an einem Morgen im Hungerwinter 1946/47 aus. Raschen Schrittes eilte er damals die Treppe im Turm des Herz-Jesu-Klosters in Vreden-Ellewick herunter.¹ So erinnern sich Brüder des katholischen Ordens der Canisianer, die damals das Kloster betrieben. Sie haben diesen „Heureka“-Moment des seit dem Krieg dort einquartierten Professors überliefert.

Müller-Armack hatte ein theoretisches Konzept zu einem griffigen Schlagwort verdichtet. Es sollte den politischen Diskurs in Deutschland prägen – und das bis heute.

Geboren wird Alfred Müller-Armack am 28. Juni 1901 in Essen als Sohn des Direktors bei den Krupp-Werken Hermann Müller. Den Geburtsnamen seiner Mutter Elise, geborene Armack, fügt er später hinzu, um als publizierender junger Wissenschaftler Verwechslungen vorzubeugen, sich sozusagen „einen Namen zu machen“.² Müller-Armack studiert Nationalökonomie in Gießen, Freiburg, München und Köln. An der Universität zu Köln wird er 1923 bei dem Soziologen Leopold von Wiese zum Dr. rer. pol. promoviert und habilitiert sich 1926 ebenfalls dort in wirtschaftlichen Staatswissenschaften mit einer Arbeit über „Ökonomische Theorie der Konjunkturpolitik“. Damit ist er einer der jüngsten Privatdozenten im Deutschen Reich, lehrt und forscht zunächst weiter in Köln, wo er 1934 zum außerordentlichen Professor berufen wird.

Nachdem 1936 eine Berufung an die Universität Frankfurt aufgrund der Intervention staatlicher Stellen im NS-Staat unterbunden wird, geht er 1938 als außerordentlicher Professor nach Münster und wird 1940 als Ordinarius auf eine Professur für „Nationalökonomie, Kultursoziologie und insbesondere Religionssoziologie“ berufen. Parallel leitet er seit 1939 die kleine Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen. Diese Erfahrung empfiehlt ihn 1941 als Gründungsdirektor der von der deutschen Textilwirtschaft initiierten „Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft“, die dem Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität angegliedert war.³

Die zunächst mit acht Wissenschaftlern und vier Sekretärinnen ausgestattete Forschungsstelle wuchs in der Folge auf bis zu 27 Mitarbeiter an, was die in der Universität zur Verfügung stehenden Raumkapazitäten sprengte. Daher und aufgrund der zunehmenden Luftangriffe forcierte die Forschungsstelle ihre Evakuierung. Als geeignete Räumlichkeiten bot sich das Herz-Jesu-Kloster der „Gemeinschaft der Canisianerbrüder“ in der am westlichen Rand des Münsterlandes im heutigen Landkreis Borken gelegenen Stadt Vreden, genauer gesagt ihres dörflichen Ortsteils Ellewick, an.

AUS DER KLOSTERZELLE

Im Juli 1943 erfolgte der Umzug der Forschungsstelle und ihrer Mitarbeiter, die überwiegend in Klosterzellen oder auch auf umliegenden Bauernhöfen wohnten; damit entging die Forschungsstelle der Zerstörung – ganz im Gegensatz zum Staatswissenschaftlichen Seminar in Münster, das, wie die gesamte Innenstadt, bei dem großen Luftangriff vom 10. Oktober 1943 in Flammen aufging. Erst im August 1949 konnte die Forschungsstelle wieder nach Münster zurückziehen.

Die Abgeschiedenheit eines Klosters in der tiefen Provinz als Geburtsstätte einer bahnbrechenden Idee wie der Sozialen Marktwirtschaft mag klischeehaft anmuten, zumal die Kriegseignisse auch Vreden keineswegs unberührt ließen – die Kleinstadt wurde ebenfalls stark zerstört, und das Kloster in Ellewick nahm zusätzlich ein Lazarett sowie später Ostflüchtlinge auf. Nicht nur zufällig flankiert dieser Rahmen einer Lebens-, Arbeits- und

Forschungsgemeinschaft im Kloster den von Alfred Müller-Armack vertretenen, weiter ausgreifenden interdisziplinären Ansatz. Als Kultur- und Religionssoziologe nahm er über das Wirtschaftssystem hinaus die dasselbe tragende Gesellschaft und ihr Werteverständnis ganzheitlich in den Blick.

Sein Werk *Das Jahrhundert ohne Gott* als Teilschrift des Bandes *Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform* entstand ebenfalls im Vredener Kloster. Müller-Armack sollte es später als sein bedeutendstes Werk bezeichnen.⁴ In diesem Schlüsselwerk deutete er den Nationalsozialismus, den er in der Retrospektive als Ersatzreligion in einer Zeit des Glaubensabfalls betrachtete, religionssoziologisch aus.

INTROVERTIERTER DENKER?

Ausgehend von diesen Analysen und seinem Rückgriff auf das christliche Menschen- und Gesellschaftsbild, entwickelte er in Vreden das Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft nicht nur als Überschrift eines Konzepts, sondern als Begriff und gleichzeitig als „irenische Formel“.

Doch dem Bild vom introvertierten Denker – das etwa auch der Buchtitel *Soziale Marktwirtschaft aus der Klosterzelle* nahelegen mag⁵ –, dem entspricht, wie viele dem NS-Regime gegenüber kritische Intellektuelle in jener Zeit, die in innerer Emigration an den Entwürfen für eine Zeit nach Hitler arbeiten, Müller-Armack im Vredener Kloster keineswegs. Gerade in der Forschungsstelle im entlegenen Vreden liefen die unter den Bedingungen

von Krieg und NS-Diktatur höchst sensiblen, von der Wirtschaft bereitgestellten Daten zusammen. Dies verschaffte Müller-Armack – „Marktbeobachtung“ gehörte zu den Kernaufgaben seiner Forschungsstelle – Innenansichten des industriellen Kerns der deutschen Wirtschaft sowie einen ungetrübten Blick auf die Diskrepanzen zu ihrer Einbettung in die Kommando-Kriegswirtschaft des NS-Regimes und bot seiner konzeptionellen wissenschaftlichen Arbeit einen praktischen Bezugsrahmen. Dies vertiefte offensichtlich seine – dem Zeitgeist deutlich widersprechende – Überzeugung, dass eine Rückkehr zur Marktwirtschaft unumgänglich sein würde, um Deutschland nach dem Krieg wiederaufzubauen.

1947 veröffentlichte Müller-Armack seine Überlegungen und sein Gesamtkonzept – das er „Soziale Marktwirtschaft“ betitelte – mit seinem im Vredener Kloster entstandenen Buch *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*. Dies war das grundlegende theoretische Werk, auch wenn es ebenso wie Müller-Armack selbst nur in der Fachwelt Beachtung fand.

„Verkörpert“ wird die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard als dem bis heute populären „Vater des Wirtschaftswunders“, zumal dieser mit seinem Buch *Wohlstand für Alle* die Soziale Marktwirtschaft auch in einer breiten Öffentlichkeit bekannt machte. Hinter Erhard stand jedoch stets Müller-Armack, zunächst als Inspirator, dann als Berater und schließlich als enger Mitarbeiter im Bundeswirtschaftsministerium.

Ludwig Erhard, der 1941 mit Müller-Armack in Kontakt gekommen war, wurde 1947 Leiter der Expertenkommission „Sonderstelle Geld und Kredit“ – angegliedert bei der Verwaltung der Finanzen

der britisch-amerikanischen Bizone –, deren Hauptaufgabe die Vorbereitung der Währungsreform war. In dieser Funktion berief er Müller-Armack als Berater; dies blieb er auch, als Erhard 1949 zum ersten Bundeswirtschaftsminister der neugegründeten Bundesrepublik aufstieg.

1950 übernahm Müller-Armack den Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaft an der Universität zu Köln, den er zunächst behielt, als er 1952 in Erhards Bundeswirtschaftsministerium ins nahe Bonn wechselte; zuerst als Leiter der Grundsatzabteilung und seit 1958 als Staatssekretär. Als Erhard 1963 zum zweiten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde und das Wirtschaftsministerium verließ, beendete auch Müller-Armack seine dortige Tätigkeit und lehrte bis zu seiner Emeritierung 1970 wieder in Köln. Hier ist er 1978 verstorben.

DIE IRENISCHE FORMEL HEUTE

Was hat uns Alfred Müller-Armack heute noch zu sagen? Es lohnt sich, die Grundlagen seines Konzepts in Erinnerung zu rufen, wenn es um die Herausforderung der Digitalisierung, Fragen nach dem Menschensein, der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung wie auch den gesellschaftlichen und damit politischen Rahmenbedingungen geht.

Das Konzept Müller-Armacks, die irenische – friedenssuchende – Formel dieser Ordnung, kann auch der Disruption der Digitalisierung eine ethische Kontur geben, weil sie „nie aus dem Zweckdenken und überalterten politischen Ideen allein hervorgehen kann, sondern der tieferen Begründung durch sittliche Ideale bedarf,

welche ihr erst die innere Berechtigung verleihen“.⁶ Dieser menschengemäße, normative Kern macht das Konzept unvergleichbar mit anderen liberalen Modellen, wenn es besagt, „[...] es scheint doch notwendig, darauf hinzuweisen, dass das letzte Kriterium für eine Wirtschaftsordnung auch im Geistigen ruht und nicht im Wirtschaftlichen allein.“⁷

Wir stehen vor der Aufgabe, diese menschliche, geistige Dimension der sozialen Beziehungen ähnlich gegenüber dem Digitalen zu schützen, wie es mit der Sozialen Marktwirtschaft in der frühen Bundesrepublik Deutschland gelungen ist, die Würde des Menschen gegen die Übertreibungen des Marktes wie den unbotmäßigen staatlichen Eingriff zu schützen.

Müller-Armacks Ansatz ist auch eine angemessene Richtschnur im Umgang mit Staaten wie China oder Russland, die eine gänzlich andere Gesellschaftsordnung verfolgen. Denn er gründet auf einem ganzheitlichen Denken, wenn er schreibt: „Die Frage der Wirtschaftsordnung steht in unlösbarem Zusammenhang mit der politischen und Gesamtlebensordnung, die wir erstreben. Es gilt heute Klarheit darüber zu gewinnen, wie wenig es möglich ist, die Ideale menschlicher Freiheit und persönlicher Würde zu verwirklichen, sofern die wirtschaftliche Ordnung, die wir wählten, dem widerspricht.“⁸

Die Soziale Marktwirtschaft ist der Ordnungsrahmen, der eine leistungsfähige Wirtschaft in einer symbiotischen Beziehung zur geistigen, sozialen und politischen Ordnung ermöglicht. Seine Offenheit für den geordneten Streit der Meinungen und Ideen unterscheidet ihn von autoritären Systemen genauso wie seine Überzeugung, dass die Wirtschaft den Menschen dient und nicht der Nation,

dem Staat oder einer Partei. Die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft ist der dezidierten Wirtschaftslenkung überlegen, wenn sie unterschiedliche Interessen ausgleichen kann, ohne sich brachial zugunsten einiger (weniger) entscheiden zu müssen, und wenn sie in ihrer Offenheit nicht beliebig ist, sondern möglichst allen Interessen einen Platz einräumt und damit in einem umfassenden Sinne inkludiert.

Auch die Bewältigung der klimatischen Folgen unseres Lebens- und Wirtschaftsstils findet ihre Berücksichtigung, wenn Müller-Armack betont: „Neben den engeren Aufgaben der Wettbewerbssicherung [...] des sozialen Schutzes steht der Staat seit je und heute bewusster als früher vor Aufgaben der Gesellschaftspolitik, um die heute so gern zitierte ‚Qualität des Lebens‘, d. h. die Lebensumstände für alle, zu verbessern.“⁹

Man kann die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft für den wirtschaftlichen Wiederaufbau infrage stellen,¹⁰ als eine von verschiedenen Varianten des Kapitalismus¹¹ oder eine Epoche besonderer historischer Umstände des Wiederaufbaus der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine solche Einordnung unterschätzt jedoch ihren eigenen Charakter als „offenem, der Ausgestaltung harrenden progressivem Stilgedanken“.¹² Gerade im Zusammenspiel des „strengen“ Prinzipiengerüsts der Freiburger Schule Walter Euckens und des „begnadeten“ Kommunikationsstils Ludwig Erhards ist Müller-Armacks Beitrag grundlegend für die Anpassungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft an die zahlreichen epochalen Umbrüche, die die immer noch junge Bundesrepublik Deutschland erlebt oder bestanden hat.

Wäre es anders, wäre uns oder anderen bereits etwas Besseres eingefallen. Und es wäre auch nicht zu erklären, warum diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung weiterhin Anziehungskraft auf Menschen weltweit ausübt. Man könnte sich keine bessere *soft power* wünschen, und diese ist untrennbar mit Alfred Müller-Armack verbunden.

Ein Initiativkreis erinnert in Vreden an „75 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ mit einer Festveranstaltung und einer Ausstellung, die vom 7. Juni bis 31. Juli präsentiert wird. Die Feier mit Verleihung der Alfred Müller-Armack Verdienstmedaille findet am 28. Juni 2022 statt.
www.soziale-marktwirtschaft-ist-kult.de

¹ Claus Hecking: „Die Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft“, in: Die Soziale Marktwirtschaft – Made in Vreden, Beiträge des Heimatvereins Vreden zur Landes- und Volkskunde, Band 99, Vreden 2019, S. 19.

² Daniel Dietzfelbinger: „Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsstil“, in: Die Soziale Marktwirtschaft, a. a. O., S. 84.

³ Friedrich Aumann: „Die Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft im Herz-Jesu-Kloster in Vreden 1943–1949“, in: Die Soziale Marktwirtschaft, a. a. O., S. 65.

⁴ Hermann Terhalle: „Das Herz-Jesu-Kloster in Vreden-Ellewick und die Soziale Marktwirtschaft“, in: Die Soziale Marktwirtschaft, a. a. O., S. 58.

⁵ Vgl. Volker Tschuschke: „Vreden und die Soziale Marktwirtschaft – vom Weltkrieg zum Wirtschaftswunder“, in: Die Soziale Marktwirtschaft, a. a. O., S. 32.

⁶ Alfred Müller-Armack: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern/Stuttgart 1981.

⁷ Alfred Müller-Armack: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Bern/Stuttgart 1976.

⁸ Müller-Armack 1976, a. a. O.

⁹ Müller-Armack 1981, a. a. O.

¹⁰ Werner Abelshäuser: Des Kaisers neue Kleider, RHI-Positionen, Nr. 7/2009.

¹¹ Siehe Bundeszentrale für Politische Bildung, www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/10727_Soziale%20Marktwirtschaft_Leseprobe.pdf [letzter Zugriff: 08.03.2022].

¹² Müller-Armack 1976, a. a. O.

„Saint Schuman“

Ein Europäer auf dem Weg zur Seligsprechung

REBECCA SCHRÖDER

Geboren 1991 in Waldshut-Tiengen, promovierte Historikerin, Referentin Schriftgutarchiv, Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Im Übrigen werden die Heiligen unseres Jahrhunderts einen Straßenanzug tragen“: Dies schrieb Henri Eschbach seinem Freund Robert Schuman im Jahr 1911. Zu

diesem Zeitpunkt war Schuman so schwer von dem plötzlichen Unfalltod seiner Mutter getroffen, dass er mit der Absicht spielte, katholischer Priester zu werden. Schuman folgte aber dem freundschaftlichen Rat Eschbachs und entschied sich für ein Leben als aktiver Laienkatholik, als dessen grundlegenden Bestandteil er sein politisches Engagement betrachtete. Seiner Berufung als „Heiliger im Straßenanzug“ ist der französische Außenminister,

Gründervater der Europäischen Union und Pionier der deutsch-französischen Aussöhnung am 19. Juni 2021 einen großen Schritt näher gekommen: Papst Franziskus verlieh ihm den „heroischen Tugendgrad“ als eine erste wichtige Stufe auf dem Weg zur Selig- und somit auch Heiligsprechung.

Christlicher Glaube und politisches Handeln bildeten in Robert Schumans Biographie eine untrennbare Einheit: Als eine Ausnahme in der französischen Politik fühlte er sich weniger einer politischen Partei als seinem Glauben verpflichtet. Während seiner politischen Karriere stand er den Mitte-Rechts- und den christlich-demokratischen Parteien nahe, da diese seine Werte am ehesten widerspiegelten. Schuman war davon überzeugt, dass die Demokratie ihre Existenz dem Christentum verdanke und der Mensch daher verpflichtet sei, „im täglichen Engagement die Würde der menschlichen Person in ihrer individuellen Freiheit umzusetzen, unter Achtung der Rechte eines jeden und in der Ausübung der brüderlichen Liebe zu allen“.

Europa war für Robert Schuman nach den beiden verheerenden Weltkriegen die Konstruktion einer verallgemeinerten Demokratie im christlichen Sinne, weniger eines bestimmten Systems der Vertretung oder Regierung. Für ihn war die Beteiligung an der Gründung der Europäischen Union ein Akt des Glaubens. In einer Rede vor dem Europäischen Parlament 1958 betonte Schuman: „Alle Länder Europas sind von einer christlichen Kultur durchdrungen. Sie ist die Seele Europas, die ihm wiedergegeben werden muss.“ Und in seinem politischen Vermächtnis, dem Buch *Pour l'Europe*, heißt es: „Europa wird nicht leben, wird sich nicht retten, wenn nicht

in dem Maß, in dem es sich seiner selbst und seiner Verantwortung bewusst ist, zu den christlichen Prinzipien der Solidarität und Brüderlichkeit zurückzukehren.“

Diese christlichen Wurzeln Europas wirken bis heute – daran erinnerte etwa Papst Johannes Paul II. (1920–2005), der Schuman 1988 vor dem Europäischen Parlament als ein „ewiges Vorbild für alle Verantwortlichen am Aufbau Europas“ bezeichnete.

VEREHRUNG ALS „VOLKSHEILIGER“

Schumans spirituelle Ausstrahlung und der Einfluss christlicher Werte auf seine politischen Handlungen führten dazu, dass er bereits kurz nach seinem Tod 1963 als „Heiliger“ betrachtet und verehrt wurde: Nur wenige Monate nach seinem Ableben äußerte sich Konrad Adenauer (1876–1967) in einer kleinen abendlichen Gesprächsrunde über Schuman: „Dat is' ne heiligmäßige Mann.“ Auch sein enger Freund, der große Gelehrte, Theologe und Philosoph Romano Guardini (1885–1968), bestätigte: „Ja, ich halte Robert Schuman für einen Heiligen in unserer Welt.“

Spätestens seit Mitte der 1970er-Jahre wurde Schuman auch von der katholischen Volksfrömmigkeit in den Heiligenkanon der römischen Kirche aufgenommen. So findet sich Schumans Porträt unter den zwölf kolorierten Bildtafeln von Heiligen aus den Ländern Westeuropas in der Pilgerkathedrale in Kevelaer. Auch in den Medien wird Schuman entsprechend präsentiert: Ende der 1980er-Jahre ehrte das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) den französischen Staatsmann mit dem 45-minütigen

Dokumentarfilm „Robert Schuman – ein heiliger Politiker?“, den der Journalist Peter Scholl-Latour (1924–2014) mit den Worten beendete: „Früher hätte man diesen Mann heiliggesprochen.“

Die Initiative zur Einleitung eines offiziellen kirchlichen Untersuchungsverfahrens zur Seligsprechung ging vom *Institut Saint Benoît, Patron de l'Europe* aus, gegründet am 15. August 1988 in Metz von einer Gruppe christlicher Laien, bestehend aus Franzosen, Deutschen und Italienern. Treibender Motor auf deutscher Seite war Schumans langjähriger Wegbegleiter und Mitbegründer des Europäischen Parlaments, Hans August Lückner (1915–2007). Seine Dokumentensammlung lässt sich heute im Archiv der Europäischen Union in Florenz einsehen.

VERLEIHUNG DES „HEROISCHEN TUGENDGRADS“

Offiziell eingeleitet wurde der Seligsprechungsprozess in Metz am 9. Juni 1990. Nach Anhörung von etwa 200 Zeugen, die Robert Schuman persönlich gekannt hatten, und nach einer kritischen Analyse aller öffentlichen und privaten Schriftstücke des Politikers wurde die Anfrage einer Theologenkommission übergeben, die die Unterlagen auf Schumans geistige Haltung hin untersuchte. Nach Abschluss bestätigte der Dominikaner und damalige Metzger Bischof Pierre Raffin OP, dass Schuman von Anfang an anhaltend im Ruf der Heiligkeit („fama sanctitatis“) gestanden hatte. So konnte das diözesane Untersuchungsverfahren am 29. Mai 2004 beendet und die Untersuchung auf weltkirchlicher Ebene fortgeführt werden.

Die 50.000 Seiten starke und 500 Kilogramm schwere Akte wurde an die Vatikanische Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse übergeben, wo theologische Zensoren die Echtheit der Unterlagen und Zeugenaussagen prüften und Gutachten einholten. Die Heiligsprechungskongregation kam zu dem Ergebnis, dass Robert Schuman seine politische Karriere „als Mission und Verpflichtung zum Apostolat auf sich nahm“ und als „Vater, Apostel des geeinten Europas, Pilger, Architekt und Wegbereiter der europäischen Einheit“ zu würdigen sei. Die Tugend des Glaubens prägte sein ganzes Leben: „Die Entscheidung, sich politisch zu engagieren, wurde von ihm als Gehorsam gegenüber dem Willen Gottes betrachtet.“ Auf diese Empfehlung hin entschied Papst Franziskus per Dekret, Schuman den heroischen Tugendgrad („heroicitas virtutum“) zuzusprechen.

Der heroische Tugendgrad drückt aus, dass ein Mensch die christlichen Tugenden des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe in seinem Leben in vorbildlicher Weise gelebt hat. Mit der feierlichen Verleihung gilt Schuman als besonderes Glaubensvorbild, das heißt, die Nachahmung seines Lebenswandels wird von der katholischen Kirche offiziell gutgeheißen und empfohlen. Als sogenannter „ehrwürdiger Diener Gottes“ („venerabilis Dei servus“) verfügt Schuman über die sogenannte „Ehre der Altäre“. Es darf zwar noch kein öffentlicher Verehrungskult um den französischen Politiker und Staatsmann ausgeübt werden, er darf jedoch in Gebeten und Gottesdiensten der Kirche genannt und von den Gläubigen öffentlich um Fürbitte angerufen werden.

Um Schuman seligsprechen zu können, muss ihm in einem gesonderten

Prozess ein gewirktes Wunder nachgewiesen werden. Dieses sollte auf seine persönliche Fürsprache hin zurückzuführen sein. Viele der Befürworter einer Seligsprechung sind der Ansicht, allein schon sein Verdienst, die Vision eines geeinten und friedlichen Europas nach Zeiten des „totalen Kriegs“ in die politische Realität umgesetzt zu haben, sei Wunder genug. Allerdings zählt allein eine „medizinisch unerklärbare und definitive Heilung eines Menschen“, die die katholische Kirche als Wunder anerkennen könne. Mit dem Nachweis eines Wunders würde nicht nur der Seligsprechung durch den Papst nichts mehr im Wege stehen, es könnte auch ein Heiligsprechungsverfahren initiiert werden.

„VATER EUROPAS“

Auch wenn ein solches Wunder bisher nicht nachgewiesen wurde, wirkt die Anerkennung des heroischen Tugendgrads an den „Vater Europas“ wie ein eindringlicher Appell, Europa nicht ausschließlich als wirtschaftliche Einheit zu betrachten,

sondern als Gemeinschaft von Nationen, in die das Fundament der religiös-sittlichen Werte des Christentums eingeflossen ist und die auch Personen anderer Religionen und Weltanschauungen offensteht.

Vor dem Hintergrund aktueller nationalistischer Tendenzen und antieuropäischer Ressentiments in einigen Ländern der Europäischen Union sollte Robert Schumans Ideal der geteilten Verantwortung und Brüderlichkeit zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union verstärkte Beachtung finden. Als Vorbild und Christ, der sich in den Dienst der Gesellschaft und in das politische Leben stellte, mahnt uns der „Architekt der europäischen Versöhnung“, politisches Handeln stets am Wohl des Menschen auszurichten.

Literatur

- Benning, Hermann J.: Robert Schuman. Leben und Vermächtnis, München 2013.
 Lückner, Hans August: Robert Schuman. Europäer aus christlicher Verantwortung, Vallendar 1992.
 Seitlinger, Jean / Lückner, Hans August: Robert Schuman und die Einigung Europas, Bonn 2000.
 Schuman, Robert: Für Europa. Vorwort von Konrad Adenauer, Hamburg 1963.

PUBLIKATIONEN

In der Reihe *Monitor Entwicklungspolitik* richtet die am 29. März 2022 erschienene Analyse *New Kids on the Block: AIIB und NDB* den Blick auf zwei multilaterale Entwicklungsbanken: die Neue Entwicklungsbank (NDB) der BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika mit Hauptsitz in Shanghai sowie die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB), mit Sitz in Peking. Das Papier zeigt, wie China dadurch die Dominanz der USA in der Entwicklungsfinanzierung herausfordert.

Wohnungs(bau)politik gehört zu den virulenten Themen unserer Zeit. Der am 4. April 2022 veröffentlichte dreiteilige *Monitor Wohnen* beleuchtet das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven – von den Hürden der Wohneigentumsbildung über Modernisierungs- und Digitalisierungsansätze beim Wohnungsbau bis hin zur Diskussion von Förderungsversuchen für bezahlbaren Wohnraum.

Bisherige Studien über Nichtwählerinnen und -wähler untersuchen meist sozialstrukturelle oder Einstellungsunterschiede. Die Studie *Wählen oder nicht wählen?*, publiziert am 11. April 2022, verfolgt einen anderen Ansatz und untersucht die Motive, nicht wählen zu gehen.

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und den Berichten über prorussische Autokorsos in deutschen Städten steht die Haltung russischsprachiger Menschen in Deutschland zur

Politik Russlands zunehmend im Fokus. Während die ältere Generation eher Verständnis für Wladimir Putins Politik äußere, zeige sich bei Jüngeren häufiger eine kritische Einstellung. Das am 19. April 2022 erschienene Papier *Russlanddeutsche im Generationenkonflikt?* geht dieser Frage nach.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine löst in Deutschland und der Europäischen Union eine Neujustierung der Sicherheits- und Außenpolitik aus. Einseitige Abhängigkeiten bei Rohstofflieferungen und Nahrungsmittelversorgung müssen behoben und Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit angestrebt werden. Die am 20. April 2022 erschienene Publikation „*Zeitenwende*“ für Nachhaltigkeit skizziert die Auswirkungen des Krieges auf die Energieversorgung, den Umweltschutz, die Landwirtschaft, die globale Gesundheitspolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit.

PERSONALIA

Seit 1. März 2022 ist Thomas Knirsch neuer stellvertretender Leiter der Politischen Bildung und leitet die Abteilung Bildungsmanagement; Elke Erlecke hat die neu geschaffene Funktion der Regionalbeauftragten Ost für die Politische Bildung übernommen; Christian Echle ist neuer Leiter der Abteilung Asien und Pazifik in der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juli 2022 zum Thema

Preise

Wenn es teuer wird

Mit Beiträgen unter anderen von Veronika Grimm, Elke Hannack, Michael Hüther und Gunther Schnabl.

IMPRESSUM

Nr. 574, Mai/Juni 2022, 67. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto
Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 310-333
kas@frommrasch.de

Herstellung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



DIENST AN DER ALLGEMEINHEIT

Das Kürzel „A.C.A.B.“ („All cops are bastards“ = „Alle Polizisten sind Bastarde“) hat leider auch in Deutschland weite Verbreitung gefunden. Unsere Redaktion hat das geärgert und daher einen Anti-A.C.A.B.-Sticker produziert. Doch es sind nicht mehr Polizistinnen und Polizisten allein, die zunehmend angefeindet werden. Selbst Rettungskräfte werden im Einsatz beleidigt und bedroht. Im Berliner Bezirk Kreuzberg war in der Pandemie die Mithilfe der Bundeswehr zunächst unwillkommen.

Grundvertrauen statt grundsätzliches Misstrauen – das sollen unsere Aufkleber vermitteln. Wenn Sie in diesem Sinne ein „Freund der Helfer“ oder eine „Freundin der Helfer“ sein möchten, können Sie die Sticker kostenfrei bestellen unter www.politische-meinung.de/aufkleber.

Mehr zur Initiative
unter www.politische-meinung.de

Die Politische Meinung

KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



